

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

September 1999 Nummer 215
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Zeichnung: Matthias Berghahn

„Wir müssen alle kürzer treten“

Sparen am falschen Ende

Das Sparpaket der rot-grünen Bundesregierung erhitzt die Gemüter. Dass gespart werden muss, ist einzusehen, wichtig ist das Wie und Wo. Bleiben die Pläne so wie sie jetzt sind, werden die kleineren Betriebe stärker belastet und der Strukturwandel weiter forciert. Das kann eigentlich nicht im Sinne einer Regierung sein, der der Erhalt bäuerlicher Strukturen am Herzen liegt, auf den **Seiten 11 – 13**

Im Interview kritisiert Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf diese Agrarpolitik der Bundesregierung als „unglaubliche Fehlleistung“. Er fordert eine sozial ausgewogene Politik, die bäuerlichen Betrieben an den regionalen Märkten eine Perspektive bietet. **Seite 3**

Erstes Nachbaurteil gefällt

In Mannheim wurden vier Bauern vom Landgericht dazu verpflichtet, Auskunft über ihren Nachbarbau zu erteilen, das Braunschweiger Landgericht zweifelt eine allgemeine Auskunftspflicht an. Mehr zum Ringen in Sachen Nachbargebühren auf der **Seite 5**

Mähdrescher spricht!

Jetzt stehen die Mähdrescher wieder im Stall, bis auf einen: den hat der Landkünstler Marunde ordentlich präpariert auf einen Acker gestellt und wartet nun, was sich daraus entspinnt. Er spricht, nicht nur auf **Seite 18**

Hochspannender Markt

Der Strommarkt ist liberalisiert, die Anbieter werben mit Billigangeboten um Kunden. Auch in der Landwirtschaft wird zur Schnäppchenjagd geblasen. Aber ist billig wirklich das einzige Kriterium, was zählt? Dazu mehr auf **Seite 4**

Viele Wege zum regionalen Markt

Den alten Emmer erweckt Peter Jantsch zu neuem Leben und erfreut damit schon manchen Gauern. Um München schließt sich langsam ein Ring aus regionalen Solidargemeinschaften, und in Westfalen vernetzt sich ein Neuland-Zerlegebetrieb weiter mit der Gesellschaft. **Seiten 14 – 15**

In Deutschlands Supermärkten tobt derzeit ein erbitterter Kampf um Renditen und Regale. Selbst das erst seit Kurzem gültige Antidumpinggesetz (Verbot des Verkaufs unter Einstandspreisen) wird unterlaufen und ruft – insbesondere bei Rewe – das Kartellamt in den Laden. Stagnierende Umsätze bei Lebensmittelketten führen zu Marktverteilungskämpfen, zu Übernahmeversuchen und -abwehr. Tengelmann und Spar gelten als sturmreif, als „Wackelkandidaten“. Zudem steht der amerikanische Konzern Wal-Mart ante portas. Durch die Übernahme der Wertkauf-Gruppe und 70 Interspar-Filialen hat er bereits den Fuß in der Tür. Dieser weltgrößte Lebensmittelkonzern greift nicht wie seinerzeit Hannibal mit Elefanten an, sondern mit seinen ca. 250 Mrd. DM Umsatz, mit seiner Computerlogistik und mit Gehirntraining für Verkäuferinnen und Verkäufer. Sie stellen sich im Kreis auf, und wenn der Geschäftsführer fragt:



Wer ist der König?, müssen die Angestellten antworten: Der Kunde!

KOMMENTAR Krieg der Konzerne

Diese Situation im Lebensmittelhandel trifft auf eine zweite: Vor einem Jahr riefen alle landwirtschaftlichen Interessenverbände unisono: Der Preis für Schweinefleisch in den Supermärkten muss herunter, um den Absatz zu steigern und die Überproduktion abzubauen. Mittlerweile schwindet der Schweineberg, doch jetzt sind die Preise in den Verkaufsverhandlungen mit Supermärkten und Ladenketten nicht wieder hoch zu bringen. Der Preisdruck setzt sich trotz geringem Angebot weiter fort.

Während Wal-Mart die Lebensmittelvermarktung aufmischt, setzt das amerikanische Großkapital auch in den Bereichen von Produktion und Verarbeitung zum Sprung über den Atlantik an. Nachdem die US-amerikanischen Schweineproduzenten im eigenen Land die Produktion kräftig ausgeweitet haben, drängen sie nun auf den europäischen Markt. Beim Essen hält sich die Liebe der US-Amerikaner zum Schweinefleisch noch in Grenzen. Seit sie jedoch erkannt haben, dass damit zwischen Tokio und Moskau Geld zu machen ist, wird gewaltig expandiert.

Während der Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Franz-Josef Möllers, noch annimmt, dass dem Schweinemarkt bei der Osterweiterung keine Belastung droht, weil in den osteuropäischen Ländern das Geld fehlt, verkündet der US-Branchenriese Smithfield Food, dass er in den nächsten Jahren 300 Mio. US-Dollar in Polen in den Aufbau von Schweineproduktionsbetrieben investieren will – und zwar ohne polnische Beteiligung, weil „die Qualifikation unzureichend ist“, wie eine Fachzeitung zitiert. In den USA ist Smithfield Food mit über 300.000 Sauen und entsprechender Mast bereits einer der größten Schweineproduzenten. In einen französischen Schlachthof hat sich das Unternehmen bereits eingekauft. Bertold Brecht wusste beim „Studium der Vorgänge auf der Weizenbörse Chicagos ... gleich: du bist in eine böse Sache geraten“. Ich will es kürzer fassen und nachdrücklicher: Ami go home! – oder: Bleib' wo du bist! Ich denke nämlich, dass durch Globalisierung und Liberalisierung auf dem Nahrungsmittelmarkt viele nicht satt, dafür aber wenige um so reicher werden.

Gleich ob es der Weltweizenmarkt war oder der Weltschweinemarkt sein wird.

Günther Völker, Ferkelerzeuger in Westfalen

Polens Bauern in Aufruhr

Sinkende Preise und düstere Zukunftsaussichten

Bei einer erneuten Eskalation der seit über einem Jahr schwelenden Bauernproteste in Polen wurden über 80 Polizisten und Bauern verletzt, die sich in Bartoszyce eine Straßenschlacht lieferten. Gründe der Proteste sind tagelange Verzögerungen beim staatlichen Getreideaufkauf, da die Banken das Geld nicht rechtzeitig freigeben, aber auch die seit 1996 ständig fallenden Getreidepreise. Hinzu kommt, dass die EU-Agrarpolitik den polnischen Bäuerinnen und Bauern schwer zu schaffen macht. Zum Einen subventioniert Brüssel die eigenen Exporte in ehemals polnische Exportländer wie Russland und die Ukraine, zum Anderen

ist auch Polen vor EU-Billigimporten nicht sicher. Außerdem ist jedem polnischen Bauern mittlerweile klar, dass er nach Polens Beitritt in die EU nicht in den Genuss der gleichen hohen Subventionen kommen wird wie seine resteuropäischen Berufskollegen. Trotzdem verfolgt die polnische Regierung natürlich weiterhin ihren agrarpolitischen EU-Anäherungskurs, der zu einem Massensterben der vielen kleinen Bauernhöfe in Polen führt. In Polen arbeitet noch jede/r vierte in der Landwirtschaft und kaum jemand glaubt, dass ihnen die EU nach dem Strukturwandel auch neue Jobs beschert. cs

Spritzfolgen statt Fruchtfolgen?

Neues Beizmittel erlaubt noch intensiveren Getreidebau

Jockey“ – so heißt das neue Beizmittel von Agrevo, das gegen die Schwarzbeinigkeit im Weizen wirken soll und mit dem der Chemiekonzern „ein größeres Stück Kuchen im Beizmittelsegment“ erobern will. Bisher war diese Pilzkrankheit, die vor allem in Weizen bei zu engen Getreidefruchtfolgen auftritt, nicht chemisch bekämpfbar. Vor allem da, wo immer wieder Weizen nach Weizen angebaut wird, springt die Infektion von unverrotteten Stoppelresten auf Wurzeln und Halmgrund über, die dunkel und vermorscht werden, so dass die Ähren weiß und ertraglos bleiben. Begünstigt wird diese Fußkrankheit nicht nur durch enge Fruchtfolgen, sondern auch durch den Trend zu Großbetrieben im Ackerbau, die ihre Arbeitsspitzen durch immer frühere (und deshalb auch infektionsbegünstigende) Aussaat-Termine von Winterweizen zu brechen suchen. Das neue Fungizid, so verspricht Agrevo, soll diese Probleme lösen, es erlaube sogar eine weitere Steigerung des Weizenanteils auch in „kritischen Fruchtfolgen“.

Professor Metz (Humboldt-Universität Berlin) hat die Ergebnisse solch enger Fruchtfolgen untersucht: Es werden Infektionsbrücken für Schaderreger geschaffen, mühsam aufgebaute Resistenzzüchtungen werden durchbrochen, es werden auch bisher als relativ resistent bezeichnete Pflanzenarten wie Winterroggen, Triticale oder Mais von Fruchtfolgenschädlingen befallen. Der Wissenschaftler weist in der Fachzeitschrift „Neue Landwirtschaft“ darauf hin, dass Fruchtfolgen eine dauerhafte, komplexe und kompensierende Wirkung mit „Gratifikatoren“ für den Ackerbau haben – während teure Pflanzenschutzmittel nur einseitige und meist kurzfristige Effekte auslösen. Er ruft dazu auf, sich auf die Bedeutung des Fruchtwechsels zu besinnen und fordert: „Fruchtfolgen statt Spritzfolgen!“ en



„Unglaubliche Fehlleistung der Regierung“

„Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung im Agrarbereich forcieren den Strukturwandel. Das lehnen wir ab.“ Der Bundesvorsitzende der AbL und neue Vorsitzende des Agrarausschusses im Europäischen Parllament, Friedrich Wilhelm Graefe zu Barinddorf, im Interview

Bauernstimme: Minister Funke hat eine Bilanz seiner Agrarpolitik vorgelegt: Die Bauern und Bäuerinnen in Deutschland verlieren durch die Agenda 2000, die Steuerreform und jetzt das Sparpaket zusammen 4 Milliarden DM im Jahr. Ist überhaupt noch was zu retten für die bäuerliche Landwirtschaft?

Graefe zu Baringdorf: Das große Problem ist, dass die Einsparungen die kleinere Landwirtschaft stärker treffen als die einkommenstarke. Das ist vor allem im Sozialbereich der Fall. Wenn man hier die Zuschüsse linear kürzt, dann sind die Betriebe mit geringen Einkommen am stärksten betroffen, denn sie erhalten bisher entsprechend ihrer Einkommenslage relativ höhere Zuschüsse. Die größeren, einkommenstarken Betriebe, die die Zuschüsse nicht nötig hätten, werden dagegen durch die Kürzungen weniger getroffen. Das ist eine unglaubliche Fehlleistung dieser Regierung. Wenn eine Reduzierung der Beiträge nicht zu verhindern ist, dann muss die Staffelung eher noch verstärkt werden. Es ist bei denen zu kürzen, die die Zuschüsse nicht nötig haben. Die Vorgehensweise der Regierung zerstört alle Erwartungen auf eine vernünftige Agrarpolitik, die man in diese Regierung setzen konnte.

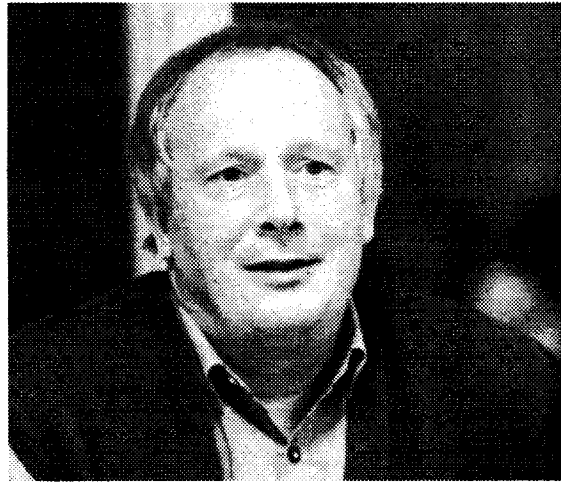
Spätestens mit den Sparvorschlägen entpuppt sich Rot-Grün als Wolf im Schafpelz. Worauf ist dieser Affront gegen die bäuerliche Landwirtschaft zurückzuführen: Unkenntnis oder fehlendes Interesse für Landwirtschaft?

Ich glaube, es ist zu einem Teil Unkenntnis, die zu dieser Rasenmähermentalität führt. Man fährt die Zuschüsse zurück und sieht nicht, wie sich dieses bei unterschiedlicher Leistungsfähigkeit der Betriebe ganz brutal gegen kleinere Betriebe richtet. Minister Funke hat signalisiert, dass es hier zu einer Revidierung kommen könnte, aber ich finde, diejenigen, die so einen Vorschlag gemacht haben, hätten das vorher bedenken müssen. Wenn der Staat kürzt, muss gesagt werden, wo bitte schön der Staat im wirtschaftlichen Bereich mehr Raum für eine Perspektive gibt, damit die Anstrengungen der Betriebe auch dazu führen können, dass sie ihre Existenz sichern. Es ist bedauerlich, dass die Regierung, Minister Funke keine Strategie erkennen lässt, wie er mit einer Förderung der Qualitätserzeugung

von Lebensmitteln für regionale Märkte mehr Einkommen auf die Höfe leiten will. Dass dies auch bei knapper Haushaltslage möglich ist, zeigen vernünftige agrarpolitische Ansätze in Nordrhein-Westfalen.

Nun, es gibt ja eine immer deutlicher werdende Richtung, die Funke und sein Ministerium verfolgen: sie schonen bzw. stärken die einkommenstarken Betriebe.

Richtig, sie sind in der Agenda 2000 nicht an diese Betriebe rangegangen – und in den Sparbeschlüssen wieder nicht. Dass die nationalen Spielräume der Agenda 2000 auch konstruktiv genutzt werden können, zeigen ja



Frankreich und Dänemark mit ihren Programmen zur Sicherung von Arbeit und Umwelt im ländlichen Raum. Die Agrarpolitik unserer Regierung läuft – zufällig oder absichtlich – auf eine Forcierung des Strukturwandels hinaus, das lehnen wir ab.

Dabei haben zumindest die Grünen diese Ablehnung bisher immer auch vertreten.

Es gibt innerhalb der Fraktionen aus dem Agrarbereich Widerstand bis dahin, dass sie gesagt haben, sie würden dem Haushalt nicht zustimmen. Aber das hat wohl keine Chance – der Agrarbereich ist in diesen Parteien einfach zu schwach verankert. Nur darf man sich nicht täuschen, das ist in der CDU auch nicht viel anders, die hätten auch zugegriffen – sie hatten ihre Petersberger Sparbeschlüsse ja schon in der Tasche. Nur muss ja Rot-Grün nicht alles übernehmen, was die CDU schon vorgedacht hat.

Gäbe es denn sozialverträglichere Sparmöglichkeiten?

Ja, z.B. bei der Organisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger, wovon es immer noch über zwanzig mit jeweils vier Unterabteilungen für eine halbe Million landwirtschaftliche Betriebe gibt. Das ist ein viel zu aufgeblähter Apparat. Man spricht davon, dass hier etwa 600 Millionen Mark allein für Verwaltungsaufgaben verbraten werden. Hier müssen wir zu einer Bereinigung kommen, d.h. sie entweder an ein allgemeines Sozialsystem angliedern oder wenigstens straffen und zu einem einheitlichen, von der Bundesebene auf die Landesebene runtergebrochenen System überführen. Nur der Bauernverband hat an einer Straffung kein Interesse, weil viele seiner Funktionäre in den bezahlten Gremien dieser einzelnen Träger sitzen.

Wie sieht es denn mit der Bäuerinnenrente aus – ist sie zu halten?

Hier ist schon zu sagen, dass der Strukturwandel in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik unter CDU-Regierung ohne soziale Absicherung der Bäuerinnen betrieben wurde. Sie ist im wesentlichen über die

sozial-liberale Regierung gekommen, und somit eine Errungenschaft, die schon maßgeblich durch die SPD eingeführt worden ist...

... was nicht dazu berechtigt, sie jetzt faktisch wieder abzuschaffen.

Richtig, deshalb erwarte ich, dass die Errungenschaft der Bäuerinnenrente nicht zurückgenommen wird. Es käme vielmehr darauf an, die kleineren Betriebe zu entlasten, denn die Einführung der Alterssicherung für die Bäuerinnen hat ja erstmalig zu einer Beitragserhöhung bei denjenigen geführt, die sich keine private Alterssicherung leisten konnten. Nach dem, was ich gehört habe, soll die Bäuerinnenrente Bestand haben.

Ein weiterer Punkt ist die angekündigte Streichung der Gasölrückvergütung. Jetzt ist in der Diskussion, dass die Landwirtschaft zwar keine Mineralölsteuer für Schlepper-Diesel mehr erstattet bekommen soll, aber eventuell mit dem billigeren Heizöl fahren darf, wie in Frankreich auch.

Für die AbL ist es unanhembar, dass sich der Energiepreis in der Landwirtschaft am Tankstellenpreis für den Straßenverkehr orientieren soll. Wir fordern, dass der Produktionsbereich der Landwirtschaft bei den Energiekosten mit dem Produktionsbereich der Industrie gleichgestellt wird. Für die produzierende Industrie liegt der Energiepreis auch nur geringfügig über dem Heizölpreis. Auf der anderen Seite sollte der Tiefladerbauer, wenn er sich auf der Straße bewegt und transportiert, auch den normalen Spritpreis zahlen. Wir wollen die Differenzierung zwischen Produktion und Transport.

Sie sind gerade zum Vorsitzenden des Agrarausschusses im Europäischen Parlament gewählt worden. Dazu erstmal herzlichen Glückwunsch. Ist jetzt aus Brüssel eine Politik im Sinne der bäuerlichen Landwirtschaft zu erwarten?

Die Politik der AbL, das haben wir in der Auseinandersetzung um die Agenda 2000 gesehen, ist in wesentlichen Bereichen im Europäischen Parlaments mehrheitsfähig. Sie hat von den Grundüberlegungen auch Eingang gefunden in den Agenda-Vorschlägen der Kommission.

Aber Regierungschefs und Agrarminister haben trotzdem anderes beschlossen.

Das ist das Problem. Das Parlament hat in Agrarfragen bisher keine Mitentscheidungsrechte. Hätte das Parlament bei der Agenda 2000 die Mitentscheidung gehabt, hätte es den Berliner Beschluss so nicht gegeben. Die Mitentscheidung im Agrarbereich zu erreichen ist also eine wichtige Aufgabe, die ich mir als Ausschussvorsitzender gestellt habe. Die Stimmung im Parlament geht sehr stark in diese Richtung, und die neue Kommission hat hier Unterstützung angekündigt. Leider – um nicht zu stark Hoffnung zu wecken – kann das nicht vom Europäischen Parlament bestimmt werden, sondern das Mitbestimmungsrecht kann ihm nur durch die nationalen Regierungen gegeben werden. Es würde bedeuten, dass der Einfluss der Nationalstaaten geringer wird, und man muss sehen, dass die Agrarlobby, die an den Milliarden im Agrarbereich verdient, an einer parlamentarischen Kontrolle kein Interesse hat. Also, es ist noch nicht gelaufen. *uj*

„Land Macht Satt“-Kampagne 2. Teil

Der Dachverband der Eine-Welt-Läden führt seine im Frühjahr gestartete mehrjährige Kampagne „Land Macht Satt“ in die zweite Phase. Im Vorfeld der Ende November im nordamerikanischen Seattle beginnenden Ministerkonferenz der WTO (Welthandelsorganisation) sollen die Weltläden in Aktionen auf die entwicklungspolitische Bedeutung der WTO-Runde aufmerksam machen und Pakete mit schmackhaften fair gehandelten Produkten für die deutsche bzw. europäische WTO-Delegation zusammenstellen. Die Pakete sollen dann gemeinsam mit einem Forderungskatalog vor dem Abflug der Delegation übergeben werden. Infos: Weltladen-Dachverband, Darmstadt, ☎ 06151-537332

Freispruch für Landlosen-Mörder

Als „Aufforderung zu weiteren Menschenrechtsverletzungen“ bezeichnete die Menschenrechtsorganisation FIAN den Freispruch von 3 Polizisten in Brasilien, die hauptverantwortlich dafür sind, dass am 17. 4. 1996 bei einer Demonstration der Landlosen-Organisation MST von über 100 Polizisten unvermittelt das Feuer auf die 1.500 Landlosen eröffnet wurde. Dabei starben 19 Demonstranten, 69 wurden schwer verletzt. MST bezeichnete das Urteil als nationale Schande, hunderte von Landlosen hatten während des Prozesses vor dem Gerichtsgebäude ausgeharrt. FIAN forderte Bundeskanzler Schröder auf, seine guten Kontakte zu Brasiliens Staatschef Cardoso geltend zu machen, und die Verurteilung der Verantwortlichen einzuklagen. pm

Mist für neues Zwischenlager

Ein Fuhrer Kuhmist luden Mitglieder der AG „Kein Castorlager in Lingen“ vor dem Rathaus der Emsländischen Stadt ab. Dort liegen seit Anfang August die Baupläne für ein Zwischenlager am AKW Emsland aus. Die Castorgegner kritisieren, dass das Lager in den derzeitigen Planungen für das AKW völlig überdimensioniert ist und befürchten, dass hier ein neues zentrales Zwischenlager ähnlich der in Gorleben oder Ahaus errichtet werden soll. pm



Heißwasser statt Herbizid

Ob sich Herbizide durch den Einsatz von Heißwasser ersetzen lassen, das erproben Öko-Obstbauern im Alten Land derzeit mit Unterstützung der Hamburger Umweltbehörde. Das Problem im Öko-Obstbau: entlang der Obstbaumreihen ist eine mechanische Unkrautregulierung mit Maschinen möglich, zwischen den Bäumen innerhalb der Reihe kaum. Da bleibt derzeit im Öko-Obstbau oft nur das Hacken von Hand. Die Uni Hohenheim hat jetzt den Prototyp eines Gerätes entwickelt, mit dem heißes Wasser auf die Unkräuter aufgebracht wird. Mit finanzieller Unterstützung des Bundeslandwirtschaftsministeriums und unter wissenschaftlicher Begleitung der Uni Hamburg soll das Verfahren jetzt auf seine Praxistauglichkeit getestet werden. en

Verfassungsgericht will Hennen befreien

Nun wurde auch von höchstrichterlicher Seite bestätigt, dass eine Haltung von Legehennen in heute üblichen Käfigen nicht mit dem Tierschutzgesetz zu vereinbaren ist. Das Bundesverfassungsgericht gab der Normenkontrollklage statt, die das Land NRW 1990 gegen die deutsche Hennenhaltungsverordnung eingebracht hatte. Das Ende einer Haltung von Hennen in Käfigen ist damit allerdings noch nicht wirklich in Sicht. Neue Anlagen im derzeit üblichen Stil dürfen zwar nicht mehr gebaut werden, alte Anlagen genießen allerdings Bestandsschutz und ob das Verfassungsgerichtsurteil auch die von der EU ab 2012 geplanten sogenannten „ausstatteten Käfige“ verhindern wird, ist mehr als fraglich. cs

KURZES AM RANDE

Markt unter Hochspannung

Zählen beim Strom nur Schnäppchenpreise?

Das Strom einmal Verkaufsobjekt millionenschwerer Werbekampagnen wird, hätten bis vor ein paar Monaten wohl nur Insider vermutet. Nun ist der liberalisierte Markt da, die noch etwa 900 bundesdeutschen Stromversorger kämpfen auch um die Marktanteile im Bereich der Privatkunden. Gehandicapt wird das Gerangel durch die Durchleitungsproblematik. Das Stromnetz gehört weiterhin den großen Stromkonzernen, die derzeit noch z. T. horrenden Durchleitungsgebühren von anderen Stromanbietern verlangen oder auch schon mal ganz die Durchleitung von Billigstrom verweigern. Bisher landen solche Fälle beim Bundeskartellamt, da es bei uns – anders als im Ausland – keine neutrale Regulierungsbehörde gibt. Da die Bundesregierung sich aber in ihren Koalitionsvertrag geschrieben hat, allen Anbietern ein fairen Netzzugang zu ermöglichen, gäbe es Handlungsmöglichkeiten. Dumpingangebote, wie das von der baden-württembergischen Konzerntochter „Yello“, dessen Tarifpreis pro kwh schon unter der Durchleitungsgebühr des Hamburger Netzbesitzers HEW pro kwh liegt, umweht ein unseriöser Hauch. Greenpeace Jörg Feddern weist darauf hin, dass bei „Yello“ eine in der Werbung gern verschwiegene Grundgebühr von 19 DM/Monat fällig wird und somit Stromsparer schlechter behandelt werden. Feddern ist überzeugt da-

von, dass der derzeitige Preiskrieg der Marktberreinigung dient und von daher Konzerne kurzfristig mit Preisen arbeiten, die nur möglich sind, weil sie durch Kapital im Hintergrund (z. B. die 70 Mrd DM Rückstellungen für die Atomkraft) gestützt werden. Ein Sprecher der Bayernwerk AG hat bereits geäußert, dass sich die Preise längerfristig wieder auf einem höheren Niveau als dem momentanen einpendeln werden.

Nur billig?

Wenn auch angesichts des derzeitigen „Hauen und Stechens“ (so ein Stromversorger) die Verbraucher-Zentrale aufgrund der oftmals unübersichtlichen Konditionen und langen Vertragslaufzeiten davor warnt, den Stromversorger übereilt zu wechseln, so wird unter Bäuerinnen und Bauern doch von unterschiedlichsten Seiten zum Wechsel geblasen. Alle Landesbauernverbände sowie Genossenschaften oder regionale Erzeugerverbände sind dabei, billige Tarife aus-

zukundschaften bzw. -handeln, und der Bundesverband der Maschinenringe hat bereits unter dem Motto „Guter Strom muss nicht teuer sein“ einen Rahmenvertrag mit PreussenElektra abgeschlossen. Auch der Bayerische Bauernverband kann auf ausgehandelte Konditionen mit der Bayernwerk AG verweisen. Das führt nun wiederum dazu, dass sich Maschinenring und BBV im Bayerischen Wochenblatt ein Leserbrief-Scharmützel darum liefern, wer denn nun das sicherste, billigste Angebot für Bayern macht und ob der Berufsstand denn nun geschlossen hinter einem Stromerzeuger stehen sollte oder Konkurrenz das Geschäft belebt.

„Billiger, das ist die einzige Botschaft, die die Stromanbieter in ihrer Werbeschlacht vermitteln“, schreibt der Spiegel, es ist auch die einzige Botschaft, die die derzeitigen landwirtschaftlichen Schnäppchenjäger interessiert, ungeachtet dessen, dass an vielen Anlagen zur Erzeugung der teureren regenerativen Energien bäuerliche Betriebe beteiligt sind. Umweltfreundliche Stromerzeuger – seien es nun die rund 20 Ökostromanbieter oder Stadtwerke, die in den letzten Jahren in die Kraft-Wärme-Koppelung investiert haben – lässt der derzeitige Preiskrieg der Großen nicht ungeschoren. Aber: „Wir registrieren – ungeachtet des indirekten Preisdruckes, unter den wir natürlich geraten – derzeit auch ein vermehrtes Kundeninteresse“, sagt Karl Kuenen von der Ökostrom Handels AG in Hamburg. Gemeinsam in einer Kooperation mit der Neue Energie Verbund AG (Nevag) und den Stadtwerken Schwäbisch Hall werden sie als erster Anbieter ab dem 1. 1. 2000 Ökostrom bundesweit verkaufen. Den Anstoß gab Greenpeace mit seiner Aktion Stromwechsel, bei der 60.000 Menschen ihre Wechselwilligkeit vom Atomstrom erklärten. Die Umweltschutzorganisation formulierte daraufhin Ansprüche (Energimix aus mind. 50 % regenerativen Quellen, der Rest aus Kraft-Wärme-Koppelung also Gas, Verpflichtung zum Zubau von neuen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energie, Keine Verflechtungen mit der Atomwirtschaft), die die Dreier-Kooperation mit dem überzeugtesten Konzept erfüllt. Nevag wie auch die Ökostrom Handels AG haben zum baldigen „Bundesstart“ durchaus Interesse, noch „grünen“ Strom zuzukaufen – da derzeit die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung von Brüssels Wettbewerbsbehörden kritisch geprüft wird, dürfte dies für Windmüller nicht ohne Reiz sein.

cs

Infos: Greenpeace Aktion Stromwechsel,
☎ 040/30618-120

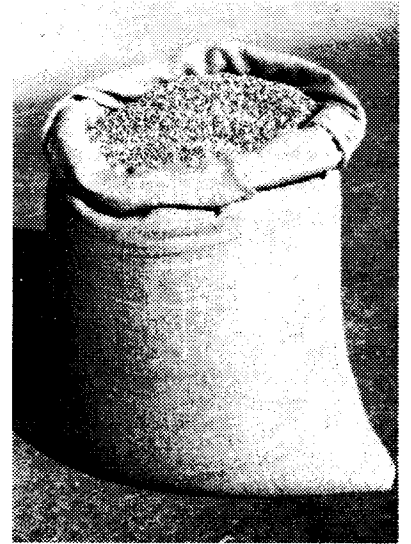
Nachbaugebühren: Es geht weiter!

Auskunftsverpflichtung durch Mannheimer Richter ist keine endgültige Entscheidung in der Sache

Nur nicht einschüchtern lassen“, lautet die Devise der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze nach dem Urteil des Landgerichtes Mannheim. Dort hatten die Richter in den vier bundesweit ersten Klagen der Saatguttreuhandverwaltung (STV) gegen Bäuerinnen und Bauern geurteilt, dass „Landwirte im Falle des Nachbaus von geschützten Sorten zur Auskunft verpflichtet sind.“ Das heißt allerdings nicht, dass nun die auf die totale Datenerfassung angelegten Formulare der STV ausgefüllt werden müssen. So rät

denn die Interessengemeinschaft MitgliederInnen, die, weil sie zu den rund 120 Bäuerinnen und Bauern im Land gehören, die von der STV verklagt wurden oder weil sie sowieso in Kontakt mit der STV stehen, denn auch – wenn überhaupt – nur eine formlose Erklärung abzugeben. Bisher hat die STV auf solche Schreiben, in denen lediglich Name und Menge der nachgebauten Sorte angegeben wurde, noch nicht reagiert. Um dort im Hause für noch ein bisschen mehr Arbeit zu sorgen, kann man auch, wie es hessische Bäuerinnen und Bauern vor haben, für Sorten, die

die STV für nachbaugebührenpflichtig hält, die Sortenschutznachweise verlangen. Der Sortenschutznachweis hatte die STV ja bereits während des Mannheimer Verfahrens beschäftigt, und sie hatte schließlich eingestehen müssen, für 59 Sorten keine Nachweise erbringen zu können, aber fälschlicherweise bereits dafür abkassiert zu haben. Dass der Bauernverband in seinen DBV-Informationen die Aufdeckung dieser Peinlichkeit unter der Überschrift: „Nachbauregelung angepasst: DBV setzt Korrektur des Sortenverzeichnisses durch“ für sich reklamiert, gibt dem ganzen eine noch pikantere Note.



Wehret den Anfängen!

Nun ist's also amtlich. Die erste Runde in Sachen Nachbaugebühren geht an die Saatguttreuhandverwaltung (STV). Der vorsitzende Richter des Landgerichtes Dr. Gerd Dippok gab der Anklage recht, wonach die 4 angeklagten Landwirte, der Auskunftspflicht nachkommen und ihre Angaben der Saatgut-Treuhand zugänglich machen müssen. Doch die Sache geht weiter. Der Anwalt der Bauern, Dr. Matthias Miersch aus Hannover hat bereits angekündigt, den Rechtsweg zu beschreiten. Der Weg ist richtig. Geht es doch um ziemlich viel.

Nach meinem Kenntnisstand einmalig ist die Tatsache, dass sich private Firmen vom Staat – in diesem Fall die EU – Gebühren festschreiben lassen, um Ihr Risiko im Bereich Saatgut abzudecken oder besser gesagt, abzusichern.

Einmalig ist auch die Tatsache, dass eklatant gegen die Gleichbehandlung vom Gesetz verstoßen wird. Die STV ist angehalten sich auf dem sogenannten „freien Markt“ die Adressen der Landwirte zu angeln und danach anzuschreiben. Sie selbst räumt ein, dass z. B. in Norddeutschland eine sehr hohe Erfassung der Landwirte erfolgt ist, geschätzt wird ca. 70-80%, wonach es strukturbedingt im Süden, deutlich weniger sind (im bayerischen Wald nach STV-Auskunft nur ca. 40%).

Das Gesetz ist relativ lautlos über die Bühne gegangen, der Bauernverband glaubte im Interesse seiner Mitglieder zu handeln und „versuchte“ seiner Ansicht nach, die Umsetzung des Gesetzes soweit wie möglich für seine Mitglieder abzumildern. Erst seit es im Süden

„brodelt“ und einige Landwirte sich strikt weigern, der Auskunftspflicht nachzukommen, kam wieder Dampf in die Sache und dies ist gut so.

Nach dem Urteil muss es dem letzten Landwirt klar werden, sofern er noch nicht erfasst ist, dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, wann auch ihm Post von der STV ins Haus flattert.

Es ist Zeit, dass alle Landwirte aufwachen:

Diejenigen, die bereits bezahlt haben und denken, hoffentlich erwischt's die anderen auch, diejenigen, die noch nichts erhalten haben und insbesondere diejenigen, die nunmehr schon Anklagebriefe vom Landgericht erhalten haben.

Sie alle müssen flankierend unterstützt werden von den einzelnen Kreisbauernverbänden, den anderen landwirtschaftlichen Organisationen und den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Nur durch Druck kann dieses Gesetz wieder vom Tisch

kommen.

Denn eins steht fest: Die Gebühr müssen, wenn's dabei bleibt, die Bauern bezahlen. Nicht gezwungen werden, können sie aber zum Kauf des Zertifizierten Saatgutes. Deshalb empfehlen wir allen Landwirten in diesem Herbst: **FIN-GER WEG VON Z-SAATGUT!**

Eine bundesweite Ablehnung von Z-Saatgut sorgt vielleicht am schnellsten für die Einsicht bei den Pflanzenzüchtern, dass dieses Gesetz weg muss, spätestens dann wenn sie auf ihrem Z-Saatgut sitzen bleiben.

Darum, – **WEHRET DEN ANFÄNGEN**

Lothar Mühlenstedt, Geschäftsführer beim Maschinenring Blaufelden



Weitere Entwicklungen

Derweil ist in Mannheim Berufung gegen das Auskunftsurteil eingelegt, das Gericht prüft derzeit, ob es diese (aufgrund des für ein Oberlandesgericht ungewöhnlich niedrigen Streitwertes) zulässt. Dessen ungeachtet besteht die STV auf der „vorläufigen Vollstreckbarkeit“ des Urteils d.h. auf die sofortige Abgabe der Nachbauerklärung durch die 4 Bauern. Sie sorgt sogar dafür, dass sich bereits ein Gerichtsvollzieher warm läuft. Auch die 4 Bauern werden nur ein formloses Schreiben bei der STV einreichen.

Einen anderen Verlauf als der Mannheimer Prozess, nimmt derzeit ein Fall vor dem Landgericht in Braunschweig. Dort sind die Richter der Meinung, dass die europäische Nachbauerordnung nicht auf den nationalen Sortenschutz anzuwenden ist, da es hierfür das Sortenschutzgesetz der Bundesrepublik gibt. In dem wiederum ist aber nach Auffassung des Landgerichtes Braunschweig ein Auskunftsanspruch des Sortenschutzinhabers nur nach tatsächlicher Verletzung des Sortenschutzes vorgesehen. Diese Verletzung müsste dann die Klägerin – also die STV – in jedem einzelnen Fall nachweisen, was natürlich nicht so einfach ist, schließlich sieht man es dem Acker nicht so leicht an, welche Sorte dort wächst.

Für EU-geschützte Sorten gilt allerdings das EU-Recht, das einen allgemeinen Informationsanspruch vorsieht. Die Braunschweiger Richter vertreten aber die Meinung, dass hier die STV anders anfragen und den Sortenschutz nachweisen müsste. Ende September wird dieser Fall fortgesetzt. Es bleibt spannend und das Ziel weiterhin klar: „Wir werden nicht eher nachlassen, bis die Nachbaugebühren vom Tisch sind“, so Adi Lambke, Sprecher der Interessengemeinschaft.

CS

Kontrolle

Auch wer das Formular der Treuhand ausfüllt ist vor ihr nicht sicher. Sie nimmt sich u. U. heraus, sich zur Kontrolle anzumelden. Bäuerinnen und Bauern haben dann die „geeigneten Unterlagen bereitzuhalten“, auch „jegliche Art von Flächennachweisen oder Anbauverzeichnissen wie z. B. Anlage 1 zum Antrag auf Agrarförderung oder ein vergleichbares Verzeichnis“. Ein so angeschriebener Bauer hat die Kontrolle verweigert. Das sollten alle tun, bis gerichtlich geklärt ist, ob die Treuhand zu solch umfassender Auskunftseinholung berechtigt ist oder nicht.



Dänemark kürzt bei Umweltverstoß

Anders als Deutschland setzt die dänische Regierung die in der Agenda 2000 vorgegebene Regelung nun um, wonach die Auszahlung von Ausgleichszahlungen an Landwirte von der Einhaltung festgelegter Umweltstandards abhängig gemacht werden sollen (so genannte „Cross Compliance“). Danach müssen dänische Landwirte mit Kürzungen von bis zu 6 % der Zahlungen (max. 30.000 dkr / 7.892 DM) rechnen, wenn sie z.B. Flächen überdüngen oder Uferandstreifen unerlaubterweise bewirtschaften. Der deutsche Bundesminister Funke hat bereits mehrfach deutlich gemacht, dass er es ablehne, Ähnliches einzuführen. pm

Rinderprämien-Zuschlag für Grünland

Das Bundeslandwirtschaftsministerium (BML) hat den Vorschlag von Agrarexperten der Grünen und der SPD aufgegriffen, die zusätzlichen Prämien im Rindfleischbereich, die durch die Agenda 2000 ab nächstem Jahr gezahlt werden (90 Mio Euro), an das Grünland zu binden. Das BML prüft derzeit – auch in Gesprächen mit der EU-Kommission –, wie eine solche Grünland-Bindung aussehen kann. Gedacht ist daran, eine höhere Prämie speziell für Milchkühe in Grünlandregionen zu zahlen. uj

AGÖL-Vorsitzender lobt DBV

Der noch amtierende Vorsitzende der AGÖL (Arbeitsgem. Ökol. Landbau), Jan von Ledebur, hat sein Verhältnis zum Deutschen Bauernverband (DBV) als problemlos bezeichnet. In einem Gespräch mit dem Nachrichtendienst Agra-Europe sagte er, im Verhältnis der AGÖL zum DBV stehe die „sachliche Zusammenarbeit im Vordergrund“. Diesen „veränderten Umgang“ symbolisiere die Vereinbarung zwischen AGÖL und CMA zur Einführung eines bundeseinheitlichen Prüfsiegels für ökologisch erzeugte Produkte. Die DBV-Vertreter in den CMA-Gremien hatten das Zustandekommen der AGÖL-CMA-Zusammenarbeit befürwortet. Der DBV vertrete „auch berufständische Interessen der Öko-Bauern“ und stehe dem Öko-Landbau „inzwischen offen“ gegenüber. Belegt würde diese Einstellung dadurch, dass der DBV einen eigenen Arbeitskreis eingerichtet hat, in dem auch renommierte Mitglieder der AGÖL-Mitgliedsverbände vertreten seien. pm

DBV wagt Schritt zu mehr Demokratie

Eine „gravierende Satzungsänderung“ hat nach Ansicht seines Präsidenten Gerd Sonnleitner der Deutsche Bauernverband hat auf seinem Deutschen Bauerntag in Cottbus verabschiedet. In Zukunft werden der Präsident und die Vizepräsidenten nicht mehr vom Präsidium, sondern von der Mitgliederversammlung des DBV gewählt. Dann entscheiden also nicht mehr die Landespräsidenten unter sich, sondern die Kreisvorsitzenden als Delegierte der Landesbauernverbände über die Führungsspitze „direkt und ohne jegliche Stimmgewichtung“. Sonnleitner sagte, damit solle „die innerverbandliche Demokratie gestärkt werden“. Er selbst muss sich nun im nächsten Jahr als erster DBV-Präsident einer so breiten „Basis“-Abstimmung stellen. uj

Fragen Sie Ihre MdB's zur WTO

Wie stehen unsere Bundestagsabgeordneten zu der Frage, welche politischen Entscheidungen in Zukunft nicht mehr von den einzelnen Ländern, sondern von der WTO getroffen werden sollen. Diese und weitere Fragen enthält ein Fragebogen, den die Menschenrechtsorganisation Germanwatch jetzt erstellt hat und an alle MdB's reichen will. Die Aktion ist Teil einer Kampagne im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz im November in Seattle. Info: ☎ 0228-60492-0, www.germanwatch.org.

Große Unruhe unter hessischen Bauern

Die in der Vereinigung Ökologischer Landbau (VÖL) in Hessen zusammengeschlossenen Anbauverbände protestieren gegen die Entscheidung des hessischen Landwirtschaftsministers Dietzel (CDU), keine Neuanträge zur Aufnahme in das Hessische Kulturlandschaftsprogramm mehr zu genehmigen. Nach Angaben der Grünen Landtagsfraktion sind davon dieses Jahr rund 200 Neuantragsteller betroffen, die fast alle auf ökologischen Landbau umstellen wollten. Gerald Wehde, Sprecher der VÖL, beklagte: „Die geplante Streichung der Prämien für Neu-Umsteller stellt eine eklatante Wettbewerbsverzerrung für die hessische Landwirtschaft dar.“ Ursula Hamann, agrarpolitische Sprecherin der Grünen, meinte: „Offensichtlich hat sich die neue hessische Landesregierung durch ihren Beschluss, die Grundwasserabgabe abzuschaffen, in ihren finanziellen Spielräumen derart eingeschränkt, dass jetzt die Neuumsteller darunter leiden müssen.“ Betroffen sind aber nicht nur neue Öko-Betriebe, sondern auch Grünland-Extensivierer. pm

Noch viel Arbeit zu tun

Flexibilität auf allen Seiten ist bei der Schaffung von Arbeitsplätzen gefragt

Eine Forderung an die Politik ist: Die Förderprogramme in Sachen Arbeit müssen auf Landwirtschaft hingebügelt werden“, wenn Pfarrer Rudi Job das sagt, spricht er aus eigener Erfahrung. Ein Projekt, dass er im Rahmen von „Neue Arbeit Westpfalz“, einer Abteilung der Diakonie der Pfalz mit Unterstützung des Christlichen Jugenddorfwerkes starten will, liegt schon seit längerem in den starren Gängen der Bürokratie auf Eis. 10 Russlanddeutsche mit Interesse an landwirtschaftlicher Arbeit, die nach intensiven Gesprächen in der Region ausgewählt wurden, sollen über eine einjährige Qualifizierungsmaßnahme ausgebildet werden, die sich gliedert in 2 Monate theoretischen und fachpraktischen Unterricht, 4 Monate Praktikum auf einem landwirtschaftlichen Betrieb mit der Möglichkeit ergänzenden Deutschunterricht wahrzunehmen und 6 Monate praktischen Einsatz auf Höfen zur Vervollständigung der Kenntnisse, für den selbstständigen Einsatz auf Betrieben. Die ganze Zeit soll eine Betreuung durch eine pädagogische Kraft, die durch Mittel der EU-Sozialfonds und durch Landesmittel finanziert wird, nicht nur für die Auszubildenden sondern auch für die Bäuerinnen und Bauern gewährleistet werden. Denn Rudi Job weiß aus Erfahrungen bereits laufender Projekte wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ auf landwirtschaftlichen Betrieben, dass „man auch die Bauern schulen muss.“ Das reicht von mehr technischen Qualifikationen wie eine andere Arbeitsorganisation, bis zu sozialen Fähigkeiten wie mehr Flexibilität im Umgang mit Menschen und Betriebsabläufen oder

schlicht: „mehr Geduld haben.“ Wunschziel all dieser Aktivitäten – und sicherlich nicht in jedem Fall realisierbar – ist natürlich die Festanstellung der weitergebildeten Personen auf landwirtschaftlichen Betrieben oder z. B. beim Betriebshilfsdienst. Jobs Blick geht dabei nach Frankreich, wo sich in den letzten 10 Jahren ein Modell entwickelt hat, bei dem sich mehrere Bäuerinnen und Bauern in einem Verein zu einer sogenannten Arbeitgebergruppe zusammenschließen und gemeinsam eine/n oder mehrere landwirtschaftliche ArbeiterInnen anstellen. Mittlerweile existieren in Frankreich 2.000 solcher Arbeitgebergruppen, die über 7.000 Stellen geschaffen haben, davon mehr als 2.200 als Dauerarbeitsplätze. Inzwischen gibt es wiederum neu geschaffene Anlaufstellen, in denen Bäuerinnen und Bauern Hilfestellung erhalten, wenn es darum geht, solche Arbeitgebergruppen zu gründen und die Arbeit entsprechend zu organisieren aber auch um Angebot und Nachfrage zu koordinieren und bei Schwierigkeiten zu vermitteln. Diese Stellen werden z. T. staatlich, z. T. durch die EU gefördert. Für die landwirtschaftlichen ArbeitnehmerInnen auf den Höfen ist es oft nicht einfach „mehreren Herren zu dienen“ und sich ständig auf neue Situationen einzustellen. Hier erleichtern klare Absprachen und das offene Aussprechen von Bedürfnissen und Problemen die Zusammenarbeit. cs

Rudi Job wird in einer Arbeitsgruppe auf der Tagung am 24./25. September in Kassel (Programm siehe unten) aus seinen Projekterfahrungen berichten.

Agrarpolitische Informationsveranstaltung der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum in Kooperation mit AgrarBündnis, AG ländliche Entwicklung an der GhKassel, Abl, EIL, KLIB, Die Grünen im EP

Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum - Landwirtschaft schafft Arbeitsplätze

24./25. September Jugendgästehaus Kassel

Freitag, 24. 9. 1999 Anreise bis 14.00 Uhr

15.00 Uhr Begrüßung und Einführung

- Arbeit auf dem Bauernhof - früher und heute

Siegfried Herbst, Bauer aus Niedersachsen

- Landwirtschaftliche Arbeit und die Debatte um das Ende der Arbeitsgesellschaft

Dr. Götz Schmidt, Gesamthochschule Kassel

17.00 Uhr

- Ansätze zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum

Martin Mallach, Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Land- und Forstwirtschaftl. Arbeitgeberverbände,

Ministerialrätin Christine Voß-Gundlach, Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

19.30 Uhr

- Arbeitslosigkeit und die Notwendigkeit eines NEW DEAL

Prof. Dr. Sibylle Tönnies, Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung

Samstag, 25. 9. 1999, 9.00 Uhr

- Impulsreferate: Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum

Ministerialrat Klaus Lehle, BML, Arnd Spahn, IG-BAU, Richard le Masson, „Städter aufs Land“

10.00 Uhr Parallele Workshops

- Workshop I: Neue Arbeit auf dem Lande

• Workshop II: Sinnvolle Arbeitsplätze in der Landwirtschaft durch Tarifverhandlungen und Arbeitsverwaltung

• Workshop III: Initiativen der Bauern zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen auf den Höfen

14.00 Uhr

- Kurzberichte aus den Workshops

Podium: Welche konkreten Maßnahmen müssen für ein Bündnis für Arbeit im ländlichen Raum ergriffen werden?

Ministerialrat Klaus Lehle, BML, Staatssekretär Dr. Thomas Griese, Ministerium für Umwelt, Raumordnung und

Landwirtschaft, Düsseldorf, Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Abl-Vorsitzender, Michel Ferret,

französischer Agrarbotschafter (angefragt)

16.00 Uhr Ende der Tagung

Anmeldung und Infos: BAG EIL, Gerhard Hirn, ☎ 02681/9516-0

Am Ende des letzten Jahres schrieb ich zum ersten Mal für diese Rubrik. Unter der Überschrift „Danke, kann nicht klagen“ erzählte ich, wie gut es mir und meiner Familie ging auf unserem Hof. Zu allem Überfluss wurde später in der Bauernstimme ein Gedicht von mir veröffentlicht, in wel-

Betriebspiegel:

45 ha Acker (Futter und Marktfrucht)
55 ha meist natürliches Grünland
60 Kühe mit weibl. Nachzucht (schwarzbunt, Boxenlaufstall)
45 Bullen
in Schleswig-Holstein
Matthias und Birte haben 4 Kinder unter 7 Jahren, Birte (Diplompädagogin) arbeitet nicht in der Außenwirtschaft mit, Matthias Eltern unterstützen bei der Hofarbeit.

chem ich von „Kleinen Freuden eines Bauern“ berichtete.

Als ich kurz danach Ottmar Stollwerk traf – Bioland-, AbL- und einer meiner Lieblingsbauern – rief er mir zu: „Oh Quell unserer Inspiration, der Du uns ein Licht der Hoffnung gibst in der finsternen Nacht!“ Im nächsten Halbsatz allerdings frotzelte er: „Kein Wunder, dass Du rumstehen und Sonnenaufgänge anlotzen kannst, wenn Deine Alten für Dich arbeiten!“ Und mein Schwager, der Journalist ist, las meinen Beitrag und sprach: „Du bist Bauer und klagst nicht? Du bringst ja den gesamten Berufsstand in Verruf!“

Soviel zu den Reaktionen von damals. Nun, ich muss gestehen, heute sehe ich die Sache etwas differenzierter. Was nicht heißen soll, dass ich einen Rückzieher mache. Nein danke, kann nicht klagen. Nach wie vor geht's mir gut; meine Familie lebt gut von und mit der Landwirtschaft.

Nachdenklich macht mich etwas anderes. Was mir in diesem Frühjahr wehtat, war das Verfüttern großer Mengen Vollmilch. Aufgrund der schlechten Fleischpreise im Herbst hatte ich mich nicht zeitig genug von einigen Kühen getrennt; außerdem kamen Staken neu in die Herde. Schachergeschäfte

mit Quotenleasing und ähnlichen Tricks sind mir zuwider. Kurzum: ich hatte Übermilch, und das nicht zu knapp. Also verfütterte ich in den letzten 3 Wochen des Milchjahres etwa 250 l Milch täglich. Die gute Milch in den Bäuchen der Bullen verschwinden zu sehen, empfand ich als entwürdigend. Schlimm, die Früchte meiner Arbeit selbst zu entsorgen. Diese quälend langen 3 Wochen haben mich an meiner Berufung zum Milchbauern doch einigermaßen zweifeln lassen. Warum einen übervollen Markt beliefern, der jetzt schon zu eng ist? Oft verstehe ich gar nicht, dass viele wachsende Milchbauern sich so stark fühlen – da hocken sie und stänken gegen die Quote, aber pachten und kaufen und leasen, was das Zeug hält. Dabei ist man als „Anonymer Milcherzeuger“ – prima Name für die nächste Selbsthilfegruppe: „Ich melke schon seit 20 Jahren; damit die Nachbarn nichts merken, habe ich die Kühe im Keller und die Melkmaschine im Spülkasten versteckt! Ich komme einfach nicht davon los!“ – als anonymer Milcherzeuger ist man total austauschbar. Würde ich meine Quote einfach verfallen lassen, wäre das für niemanden außer für mich selbst ein Nachteil. Im Gegenteil, tendenziell verringere ich damit den Überschuss und nähme also Preisdruck von meinen Kollegen.

Gründe genug für mich, kein weiteres Wachstum in dem Bereich Milch anzustreben. Im Hinblick auf die Agenda 2000 heißt es daher für mich: Ausschau halten nach weiteren Einkommensquellen, wenn das Milchgeld nicht mehr reicht. Welche das sein können und ob sie inner – oder außerlandwirtschaftlich sind, muss ich bald herausfinden. Vielleicht bin ich beim nächsten Mal schon schlauer.

Matthias Stührwoldt, 31 Jahre

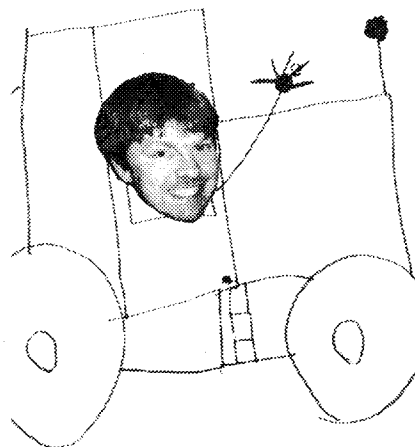
Anonymer Milcherzeuger

Jahrelang habe ich mich selber gefragt: „Ist es nur die Sehnsucht nach dem Familienhof meiner Kindheit, dass ich ehemalige Gebäude zurückgekauft habe und Stück für Stück renoviere? Heute bin ich sicher: Meine Lebensquelle entspringt auf diesem kreidehaltigen Boden.“

Umgeben von einer intensiven Landwirtschaft lebe ich als Biobauer immer zufriedener zwischen konventionellen, sehr großen, dem Export gewidmeten Ackerbaubetrieben in dieser früher sehr armen Gegend. Ja, ich bin ein „Exot“, indem ich einen für die Region relativ kleinen Hof bewirtschafte, Milchkühe und Weideland auf ursprünglichen Ackerböden mein Eigen nenne und dazu noch die Flächen biologisch bewirtschafte.

Der biologische Anbau war für mich nicht das erklärte Ziel, sondern hat sich aufgrund meiner Suche nach einem Leben im Einklang mit der Natur, der Schönheit des Lebens, der Schöpfung und mit mir selber ergeben.

Aus der Beschäftigung mit der Natur lassen sich soziale, wirtschaftliche und umweltbezogene Fragestellungen lösen. Aus dieser Sicht erscheinen mir die kürzlich geäußerten Forderungen der französischen Vertreterin zur Europäischen Bio-Tier-Verordnung unverständlich. Meiner Meinung nach wurde versäumt, vom Norden Finnlands bis Südeuropa die Beziehung zwischen Mensch und Tieren, Natur und Tierhaltung, Verbrauchern, Tiereschützern und Züchtung usw. zu diskutieren. Die französische Forderung nach einem Verbot der Anbindehaltung steht als Beispiel dafür, dass in



Über meinen Hof

Frankreich weder hierüber noch über eine „Gesamtumstellung von Biobetrieben“ bzw. über die Biogeflügelhaltung debattiert wurde. Ich habe keine Anbindehaltung, sehe bei diesem Haltungssystem mit sommerlichem Weidengang aber zahlreiche positive Aspekte (Hörnerbeibehaltung, nahe Beziehung zum Tierhalter, weniger Strohverbrauch, weniger Energieverlust, usw.). Warum sollen durch das Verbot der Anbindehaltung tausende (kleine) bäuerliche Höfe gefährdet werden?

Freude bereitet mir die Beobachtung

der Natur sowie der Ackerfrüchte, um den (Bio)Anbau weiterzuentwickeln. Ich fühle mich als Brücke zwischen dem „engen“ Biobereich und dem „konventionellen“ Anbau, zwischen Bürgern und Land. Alte (Land)Sorten (Getreide, Linsen) zu erhalten und zu beobachten, Obstbäume zu pflanzen und wieder aufzuforsten sind meine Leidenschaft. Zukünftige Vorhaben sind der Ausbau einer alten Scheune als Wohnung sowie die Errichtung einer Windmühle.

Mein größter Wunsch ist, von Menschen (jung und alt) zu hören: „Wir

Betriebspiegel:

13 ha Acker (Getreide, Linsen, Lein, Blaumohn)
26 ha Dauergrünland
6 ha Ackergras
20 Milchkühe mit weibl. Nachzucht (bunte Mischung, Boxenlaufstall)
10 Mastkälber
1 Bulle
1 Esel, Bienen
in der Champagne „crayeuse“ – Département Marne, Frankreich
Alain lebt und arbeitet allein auf dem Betrieb.

kommen gerne bei dir vorbei, weil hier Bäume und Büsche gepflegt und gepflanzt werden und bunt gemischte Kühe auf die grüne Weide gehen.“

Alain Basson/ Korrektur UE

Große Molkereien suchen Bio-Milch

In Nordrhein-Westfalen haben sich zwei große Molkereien auf die Suche nach potentiellen Biobauern begeben. Die Molkerei Walhorn (Mehrheitsgesellschafter ist der französische Molkereikonzern Lactalis, früher Besnier) hat im Juni zu Versammlungen eingeladen, mit der Zielgruppe Extensivierer, die auf Bio umstellen wollen. Walhorn wolle seinen Biozuschlag an den Bio-Auszahlungspreis der westfälischen Biomolkerei Söbbeke binden, wie Versammlungs-Teilnehmer berichteten. Die Biomilch solle in Belgien zu Bio-H-Milch verarbeitet werden. Walhorn verarbeitet schon jetzt Biomilch, allerdings nur zugekaufte Biomilch, d.h.

nicht aus eigener Erfassung.

Kurz nach den Walhornern haben in der gleichen Gegend auch die Milchwerke Köln-Wuppertal (Tuffi) ausgewählte Bauern zu Versammlungen eingeladen. Vorstandsvorsitzender Rötger Belke-Grobe hat dabei einen Bio-Zuschlag von bis zu 10 Pf/kg in den Raum geworfen. Wie es hieß, haben die Bauern eher skeptisch reagiert. Für die Milchwerke Köln-Wuppertal ist die Biomilchverarbeitung auch deshalb interessant, weil sie damit wieder eine eigene Produktion bekämen, die sie im Zuge der Fusion mit der niederländischen Campina Melkunie abgegeben haben. Den Nachweis einer eigenen Produktion brauchen sie aber, um die Kündigung aus der Molkerei Zentrale Westfalen-Lippe rückgängig machen zu können, mit der ein Verlust von Rücklagen-Anteilen verbunden ist.

Es wird berichtet, dass die Köln-Wuppertaler auch mit Söbbeke über eine Lohnverarbeitung von Biomilch verhandelt haben. Ebenfalls sollen sie ein Kooperations-Angebot bei der Upländer Bauernmolkerei abgegeben haben. Ein solches Angebot hat nach eigenen Angaben auch die Humana Milchunion eG, Everswinkel, unterbreitet. Zu einer Kooperation

ist es aber in beiden Fällen nicht gekommen.

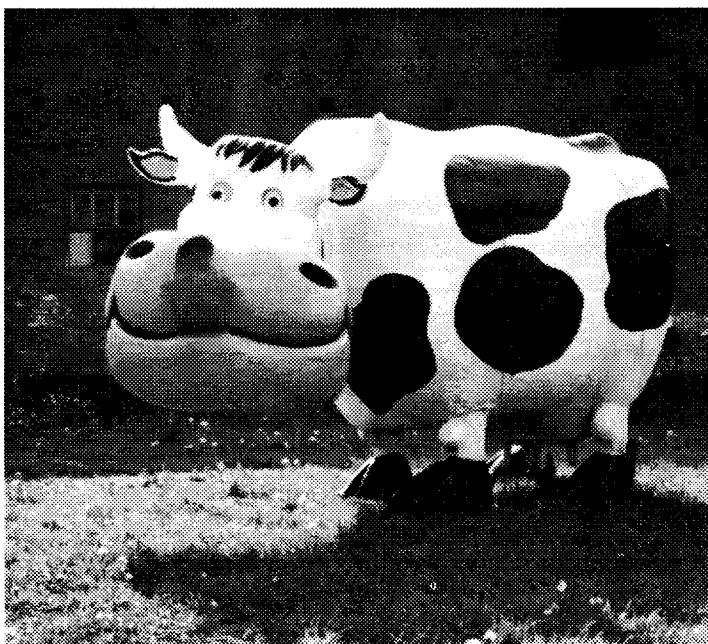
Anders als bei Walhorn und Köln-Wuppertal verfügt die Humana Unternehmensgruppe an ihren Standorten Extertal (ca. 5 Mio. kg) und Rostock (ca. 10 – 12 Mio. kg) über eine große Biomilch-Anlieferungsmenge, die bisher zu Bio-Eis (für REWE/Füllhorn), Magermilch und -pulver, Butter sowie zu Käse verarbeitet wird. u

Belgien gewährt Starthilfe für Biomolkerei

Die belgische Molkerei „Biomilk“ hat die Verarbeitung von getrennt erfasster Biomilch von 15 Betrieben aufgenommen. Die Abholung wird vom Staat befristet gefördert. Damit soll die Eigenversorgung mit Biomilch erhöht und die Importe aus den Nachbarländern verringert werden. pm

Müller will Milch aus Tschechien

Milchverarbeiter Alois Müller will jährlich bis zu 440 Mio. kg Rohmilch von tschechischen Molkereien in seiner Großmolkerei Sachsenmilch AG im sächsischen Leppersdorf verarbeiten. Kommt das Geschäft mit den um das Überleben kämpfenden Molkereien zustande, dann gingen bis zu 15 Prozent der tschechischen Milchproduktion über die Grenze. Bis zum EU-Beitritt Tschechiens müsste Müller die aus der importierten Rohmilch hergestellten Produkte wieder nach Tschechien oder in Drittländer exportieren. en



Ein beliebtes Kuhnstobjekt, hier fotografiert von Ecki Niemann.

1 x 1 der Quotenbörse

Dass das BML die Quote 2008 fallen lassen will hängt mit der Börse zusammen

Geht es nach dem Willen des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BML), dann wird das Milchquoten-System der EU im Jahr 2008 abgeschafft. „Unser Ziel ist es, im Jahr 2003 einen entsprechenden Beschluss auf europäischer Ebene zu erreichen“, erklärte Dr. Robert Kloos, Abteilungsleiter im BML, auf dem CPE-Milchseminar (s. S. 9). Was nach 2008 kommen soll, ließ er offen, aber: „Wir werden ein wirksames Ersatzsystem brauchen, denn wir produzieren in Europa unter solchen Voraussetzungen, dass wir nicht ohne Schutz auf dem Weltmarkt produzieren können.“ Ein solches Ersatzsystem könne auch die Einführung von Ausgleichszahlungen für den zu erwartenden Preisrückgang sein.

Signal: Quote fällt

Das Signal aus Bonn, die Quoten nach 2008 abschaffen zu wollen, soll Quotenbesitzer davon abhalten, darauf zu spekulieren, ihre Quoten noch lange zu Geld machen zu können. Wer in der Milcherzeugung keine Perspektive sieht soll seine Quoten alsbald verkaufen. Das erhöht das Angebot an Quoten auf dem Markt. Denn der Preis wird sich auch an den neuen Börsen durch Angebot und Nachfrage regeln – je größer das Angebot, umso niedriger der Preis.

Die meisten Milcherzeuger werden das neue Quotenmodell genau hieran messen: wie stark der Quotenpreis an den einzurichtenden Börsen sinken wird. Laut Dr. Kloos sei die „Mehrheit des Berufstandes, der Bauern,“ gegen die Einführung eines Lieferrechtsmodells gewesen. Der Berufstand sei zu der Überzeugung gekommen: „Lieber verzichten wir auf eine hohe Kostenentlastung, als dass wir Anträge auf Zuteilung von Lieferrechten stellen.“ Bei einem börsenähnlichen Modell werde die Entlastung der aktiven Milcherzeuger von Quotenkosten nicht so groß sein wie bei einem Lieferrechtsmodell, gab Kloos zu. Aber: „Wir werden darauf achten, dass der Strukturwandel weitergehen kann“ – um somit das Angebot an zu verkaufenden Quoten an der Börse möglichst hoch zu halten.

Die Einzelheiten

Starten soll das neue Quotenmodell am 1.4.2000. Gehandelt werden können Quoten dann nur noch über regionale Börsen, an denen zweimal im Jahr (1.4. / 31.10.) gehandelt wird. Quotenpacht wird verboten, ausgenommen sind laufende Pachtverträge, die noch bis 2008 verlängert werden können, und Verpachtung ganzer Betriebe. Jeweils zum 15. März bzw. 15. Oktober haben Milchbauern bzw. Quoteninhaber die Möglichkeit,

Nachfrage- bzw. Angebotsofferten bei der Börsenstelle abzugeben. Dabei müssen sie angeben, wie viel Quote sie zu welchem Höchstpreis kaufen bzw. zu welchem Mindestpreis verkaufen wollen.

Aus allen Offerten errechnet die Börsenstelle den so genannten Gleichgewichtspreis: Die nachgefragten Quoten werden ausgehend vom höchsten gebotenen Preis aufsummiert, die angebotenen Quoten ausgehend vom niedrigsten geforderten Preis. Liegt z.B. der höchste gebotene Preis bei 1,95 DM/kg, so werden alle Nachfrage-Mengen mit diesem Preisangebot zusammengezählt. Dann wird eine Summe gebildet von allen Offerten zu 1,94 DM/kg usw. Bei den Verkaufsgeboten wird, vom niedrigsten Preis ausgehend, entsprechend verfahren. Der Preis, wo die Summen der angebotenen und nachgefragten Quotenmengen am weitesten übereinstimmen, gilt als Gleichgewichtspreis, zu dem alle gehandelten Quoten über den Tisch gehen. Wer für Quoten weniger als den Gleichgewichtspreis zahlen wollte oder für zu kaufende Quote mehr haben wollte, der kommt nicht zum Zuge.

Quoteninhaber haben maximal drei Versuche, ihre Quoten zu verkaufen. Wenn sie mit ihren Forderungen jedes Mal über dem Gleichgewichtspreis liegen, wird ihre Quote unentgeltlich in die regionale (Landes-) Quotenreserve eingezogen. Kaufberechtigt sind nur aktive Milcherzeuger.

Größenabhängige Abzüge

Das Modell des BML sieht ferner vor, bei den an der Börse verkauften Quoten einen Abzug vorzunehmen, den allein der Verkäufer zu tragen hat und der der Landesreserve zufließt. Bei einem Quotenbestand von bis zu 700.000 kg werden 10 % der verkauften Menge abgezogen; bei 700.000 – 800.000 kg soll der Abzug 15 % betragen, bei einem höheren Bestand 20 %. Maßgebend ist der Referenzmengenbestand beim ersten Verkauf. Diese Abzüge erhöhen sich für diejenigen Quotenanbieter, die mit ihren Forderungen zu hoch liegen: Beim 2. Verkaufsangebot werden zusätzlich 5 %, beim 3. und letzten Verkaufsangebot zusätzlich 10 % abgezogen. Das soll die Preisforderungen nach unten drücken.

Entgegen dem BML-Ansatz der Abzüge hatte die AbL gestaffelte Abzüge in Abhängigkeit von der Menge im *aufnehmenden* Betrieb vorgeschlagen. Doch diese Bevorzugung eines angepassten Wachstums kleinerer Betriebe scheint im Ministerium keinen Anklang zu finden.

Fortsetzung auf Seite 9

Milchmenge steuern auch nach 2008!

Milchbauern und -bäuerinnen diskutierten auf einem internationalen Seminar ihre Perspektiven

Mit zwei bis drei Kühen auszukommen, das versuchen nur noch wenige, dazu sind die Erzeugerpreise einfach zu gering." So erzählt Maria Pacheco aus Portugal über die Situation im südlichsten EU-Land. Die Kollegen aus den nördlicheren EU-Ländern wundern sich: Von drei Kühen leben?

Selbst die Zahlen, die Pepe Ramon aus der spanischen Provinz Galizien vorträgt, wirken wie aus einem Geschichtsbuch: 40.000 kg Jahreserzeugung pro Betrieb. In den ostdeutschen Bundesländern nennen die Milchviehbetriebe im Durchschnitt 210 Kühe (ca. 1.2 Mio. kg) ihr Eigen, in der gesamten Bundesrepublik sind es immer noch 29.

Die Strukturen der Milcherzeugung sind in Europa – auch vor dem Beitritt Polens und anderer osteuropäischer Länder – höchst unterschiedlich. Was aber überall ähnlich ist, das ist die Entwicklung: In den letzten 15 Jahren sind rund die Hälfte aller Milchviehhalter aus der Produktion ausgeschieden, die verbliebenen Betriebe sind gewachsen, ohne dass sie pro Arbeitskraft eine wesentlich höhere Wertschöpfung erreichen konnten. Wird diese Entwicklung so weitergehen, sich gar noch verschärfen nach den Berliner Beschlüssen zur Agenda 2000?

Um diese Frage nach den „Perspektiven für die Milchviehbetriebe in Europa“ zu diskutieren, waren – mitten im Sommer – VertreterInnen von 10 Organisationen aus 9 Ländern Mitte Juli zum Milchseminar der CPE (Europäische Bauernkoordination), der AbL und der Evangelischen

Jugend im ländlichen Raum nach Altenkirchen gereist.

Preisdruck überall

Die Beschreibungen zur momentanen Situation waren sehr ähnlich. In Frankreich seien die Milchpreise seit Jahresanfang 1999 um 2 % gesunken, in Luxemburg um 2 Pf/l und in Deutschland zahlten einige Molkereien im Vergleich zum Vorjahr in den ersten Monaten dieses Jahres um bis zu 10 Pf/l weniger aus. Über die eigentliche Ursache war man sich schnell einig: In Europa wird zuviel Milch erzeugt, weit mehr (10 %), als im Binnenmarkt abgesetzt werden kann. Wenn dann, wie seit einiger Zeit im Falle Russlands, ein Exportmarkt fast wegfallen, dann drückten die nicht zu exportierenden Mengen auf den heimischen Markt und auf den Preis. Auf der anderen Seite stünden die Konzerne des Lebensmittelhandels, die die Molkereien unter Druck setzten, billiger zu verkaufen, wie auch Joop Span aus den Niederlanden berichtete.

Kritik wiederholt

Vor diesem Hintergrund wiederholten die Milchbauern und -bäuerinnen ihre Kritik an dem Agenda-Beschluss, die EU-Milchquoten noch weiter auszudehnen. So würden die Milchpreise schon jetzt unter Druck geraten, ohne dass es einen Preisausgleich gibt; den haben die Regierungschefs in Berlin auf das Jahr 2005 verschoben. Die VertreterInnen der CPE-Organisationen forderten statt dessen, die Produktion einzugrenzen. Doch diese Rufe finden in der agrarpolitischen Landschaft aktuell keinen Ansatzpunkt.

Einen Ansatzpunkt scheint es erst mit Blick auf das Jahr 2008 zu geben. So lange wird es die EU-Milchmengenbegrenzung geben. Ob diese auch nach 2008 fortbesteht oder durch eine andere Mengenregelung ersetzt wird, das wollen die EU-Agrarminister in einer Zwischenbilanz im Jahr 2003 entscheiden.

Für Mengenbegrenzung nach 2008

Laurent Cartier, französischer Milchbauer und für die CPE im Ständigen Milchausschuss der EU, will die Zeit bis dahin nutzen: „Bis zur Zwischenbilanz, wo eine Entscheidung fallen soll, haben wir noch ein wenig Zeit, die Dinge in die richtige Richtung zu lenken.“ Der Franzose sieht unter den aktiven Milchbauern in der EU eine Mehrheit für das Festhalten an einer wie auch immer gearteten Produktions- oder Mengenkontrolle. Zumindest was die Anwesenden in Altenkirchen anging, behielt er Recht.

Wenn sie auch unterschiedliche Instru-

mente einer Mengenbegrenzung favorisierten, so waren doch fast alle dafür, die Milchproduktion in den EU-Ländern nach 2008 nicht völlig sich selbst bzw. dem (Welt-)Markt zu überlassen. Zusammenfassen lassen sich die Vorstellungen



so: Die einen wollen an einer Quotenregelung wie bisher festhalten, wobei den kleineren Betrieben der Zugang zu Quoten erleichtert werden sollte. Die anderen wollen die Mengenbegrenzung durch das Einsetzen von sozialen und ökologischen Standards erreichen, d.h. durch Bindung der Produktion an Beschäftigung und Fläche/Grünland. Für die deutsche Bundesregierung vertrat Dr. Robert Kloos die Auffassung, dass die Quote nach 2008 fallen muss (s. S.8).

Der Geschäftsführer der Österreichischen Bergbauernvereingung (ÖBV), Lois Ziebermeyer, meinte, der österreichische Agrarminister setze darauf, dass sich bis zum Jahr 2003 neben der Alpenrepublik mehr EU-Länder für eine Beibehaltung einer Quote nach 2008 einsetzen: „Unsere Regierung hofft, dass sich mehr und mehr auf dem Weltmarkt die Nase stoßen.“

Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der AbL, warnte allerdings davor, sich durch die Beibehaltung der Quotenregelung bis 2008 sicher zu wähnen: „Die Quote hat die Betriebe bisher nicht erhalten, und die Milchexperten sagen uns ja, dass sie die bäuerlichen Betriebe weg haben wollen. Sie werden alles versuchen, das bis 2008 zu erreichen.“ Janßen forderte deshalb dazu auf, sich zu überlegen, wie der Preisverfall aktuell aufzuhalten ist. „Vielleicht ist es ja möglich, europaweit die Milchbauern zu aktivieren, um gleichzeitig für höhere Preise einzutreten.“ Erste Aktionen gab es bereits am 10. – 12. August in Galizien, wo Milchbauern vor den Toren der Milchindustrie für höhere Auszahlungspreise demonstrierten. *uj*

Diskutierten auf dem Milchseminar: (v.l.) Laurant Cartier (Frankr.), Dr. Kloos (BML, D.), Gerald Choplin (CPE), Georg Janßen (AbL, D.).

Das Seminar von CPE, AbL und Evang. Jugend im ländlichen Raum wurde von der EU-Kommission (AEFPR) finanziell unterstützt.

Infos

Positionspapiere der CPE zum europäischen Milchmarkt und der AbL zur nationalen Milchmarktpolitik sind zu beziehen bei der CPE – Europäischen Bauernkoordination, Rue Stevin 115, B-1040 Bruxelles, ☎ 00322-230-0776, Fax: 00322-230-0348 bzw. bei der AbL-Geschäftsführer Georg Janßen, ☎ 04131-407757

Fortsetzung von Seite 8

Und Pachtquoten?

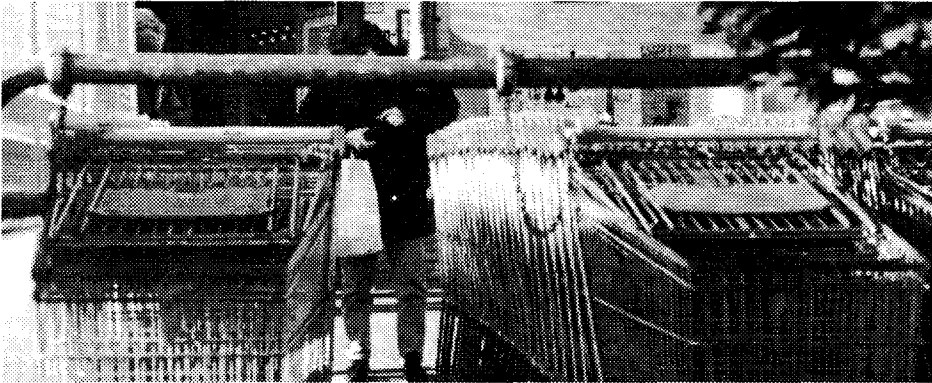
Werden nach dem 1.4.2000 endende Pachtverträge nicht verlängert und die entsprechenden Quoten nicht vom Verpächter genutzt, so muss der Verpächter verkaufen. Pächter und Verpächter können sich außerhalb der Börse einigen. Einigen sie sich nicht, hat der Pächter immer noch ein Ankaufsrecht zu einem festgesetzten Preis, der 67 % des letzten Börsen-Gleichgewichtspreises beträgt. Will der Pächter nicht kaufen, so kann der Verpächter nur noch an der Börse verkaufen (innerhalb eines Jahres, sonst fällt die Quote in die Landesreserve). Dabei gilt der bisherige Pächterschutz weiter, d.h. von den Alpachtquoten gehen max. 2.500 kg/ha, an den Verpächter über, wovon beim Verkauf an der Börse nochmals ein Abzug von 35 % zugunsten der Landesreserve vorgesehen ist. Der Rest bleibt beim Pächter. *uj*

Tengelmann kündigt Almix-Verträge

Nachdem der Handelskonzern Tengelmann die Verträge mit dem Fleischverarbeiter Moksel abrupt kündigte, laufen für viele süddeutsche Bullenmäster die Verträge im Rahmen des „Almix“-Rindfleischprogramms bis Ende September aus. Der Preiszuschlag für die 20.000 Qualitäts-Bullen war zuvor schon von 60 auf 45 Pfennig gekürzt worden. Trotz der Kündigung des Almix-Prüfsiegelprogramms will Tengelmann das Fleisch auch weiterhin unter seiner Handelsmarke „Birkenhof“ verkaufen. en

Mars im Biomarkt

Der Lebensmittel-Konzern Mars steigt in den Bio-Markt in England ein. Wie der Branchendienst „Schrot und Korn special“ meldet, wurden von Mars unter der Marke „Seeds of Change“ Teigwaren und Soßen aus Bio-Produktion vorgestellt. en



Was kümmert die Verbraucher der Preiskampf im Handel...

Tierpharma-Markt

Der deutsche Tierarzneimittelmarkt ist im Jahr 1998 um knapp 5% auf rund 1,4 Milliarden DM gewachsen. Das Segment Futterzusatzstoffe konnte mit 513 Mio DM Umsatz keinen Zuwachs erzielen, die Umsätze mit antibiotischen Leistungsförderern verringerten sich um 15 Prozent. Diese Zahlen gab der industriennahe Bundesverband für Tiergesundheit bekannt. Wie groß darüberhinaus der Schwarzmarkt ist, bleibt unbekannt. Gleichzeitig meldet das Handelsblatt, dass sich große Chemiekonzerne wie die deutsche Hoechst AG und die französische Sanofi S.A. von ihren Tierpharma-Sparten trennen wollen. en

Kein Riesen-Sauenstall

Die Pläne für einen „Riesen-Sauenstall“ in Katlenburg (Kreis Northeim) sind gescheitert. Elf Landwirte aus den Landkreisen Northeim, Osterode und Göttingen, die dort 2400 Sauen halten wollten, haben angesichts der anhaltend niedrigen Schweinepreise ihre GbR wieder aufgelöst. Gegen die Baupläne hatte sich eine örtliche Bürgerinitiative gebildet. en

Macht Hähnchenmast-Abluft krank?

Eine Untersuchung zum Gesundheitsrisiko durch die Abluft von Hähnchenmast-Ställen will das niedersächsische Sozialministerium in Kürze ausschreiben. Die 2,2 Mio. DM teure Studie geht auf eine Expertentagung zum Thema „Hähnchenmast und Fremdenverkehr“ in Oldenburg zurück. Hintergrund ist ein sprunghafter Anstieg von Genehmigungsanträgen für Hähnchenställe, speziell an der Küste, die zu massiven Protesten von Anwohnern, Sprechern von Tourismusgemeinden und Umweltschutzverbänden geführt haben. Nun sollen bis 2003 in drei detaillierten Teilstudien die Atemwegsprobleme von mehreren tausend Schulanfängern in Hähnchenmast-Gebieten und von Erwachsenen aus der Umgebung solcher Ställe sowie Luftanalysen auf entzündungs- und allergieverursachende Pilzsporen, Bakterien, Viren, Endotoxine und Feinstaub (als Grundlage für Mindestabstände zur Wohnbebauung) untersucht werden. Bis zum Ausschluss solcher Gefahren forderte der Tilman Uhlenhaut, Agrarexperte des BUND, einen Baustopp für Großställe. en

Tierschutz auf Kirchen-Flächen

Bei Hähnchenmast auf kircheneigenem Land können die Kirchenvorstände mit ihren Pächtern einen geringeren Besatz verabreden. Das hat laut Oldenburgischer Volkszeitung kürzlich Pastor Wolf von Nordheim, Agrarexperte des Kirchlichen Dienstes auf dem Land, bei einer Veranstaltung zur Hähnchen-Intensivmast in Ostfriesland angeregt. Als Ausgleich für diese Auflage zugunsten der Tiere könnten die Kirchengemeinden eine niedrigere Pacht verlangen. en

KURZES AM RANDE

Dauertieffluggebiet Handel

Preise runter, Bewerber weg, und die CMA verliert Partner

Das Bundeskartellamt hat ein Prüfungsverfahren eingeleitet gegen die Tiefpreisaktionen einiger Handelshäuser, denen vorgeworfen wird, Waren unter Einstandspreis zu verkaufen, was seit einiger Zeit in Deutschland bis auf Ausnahmen verboten ist. Mit einer schnellen Entscheidung ist wohl nicht zu rechnen, wenngleich die Preiskämpfer im Handel selbst auf diese Entscheidung warten, um mehr Klarheit darüber zu bekommen, was erlaubt ist. Nun ist nicht alles wünschenswert, was nicht verboten ist. Der Preiskampf der Handlungsgiganten bedeutet einen enormen Werteverlust. Denn es wird auf längere Sicht nicht mehr Menge verkauft, sondern nur billiger. Manager beteiligter Handelsgruppen sagen es offen, in diesem

Preiskampf geht es um einen „Ausleseprozess“ – wer nicht durchhält, wird aufgekauft. Dabei machen schon heute die fünf größten Handelsgruppen 73 % des Lebensmittelumsatzes unter sich aus. Die anhaltende Serie von „Dauertief-

preisaktionen“ ist losgetreten worden von der Rewe-Gruppe (Penny, Minimal, Toom). Auf der Überholspur nachgezogen ist dann die Metro in ihren Real-Märkten, aber auch Spar hat mit „Dauertiefpreisen“ reagiert. Spar soll über 50 Lebensmittelartikel um rund 30 % billiger verkauft haben.

Der größte Handelskonzern, die Rewe, soll mehr als 100 Millionen Mark in die jüngste Preisaktion gesteckt haben. Beobachter werten Rewes Aktion als Reaktion auf die Einkäufe des US-amerikanischen Handelskonzerns Wal-Mart in Deutschland (Wertkauf- und Interspar-Märkte). Spar hat sich auch durch den Verkauf von Interspar-Warenhäusern an Wal-Mart nicht retten können und rutscht immer tiefer in die roten Zahlen. Aus dem Hause hieß es, aufgrund des „aggressiven Preiskampfes“ sei der Verlust im ersten Halbjahr 1999 um 35,6 auf 109,7 Mio. DM gegenüber dem Vorjahr abgerutscht.

Betroffen von den Tierpreisaktionen sind weiter: Die Tengelmann-Kette etwa ist nun aus dem CMA-Prüfsiegel-Fleischprogramm ausgestiegen und begründet das damit, daß sie nicht mehr auf Marken, sondern auf den Preis setzen wolle. u/j

Jede 3. Pute reicht

Süddoldenburgs Gemeinden fürchten Stallneubauten

Die ständig steigenden Stall- und Tierzahlen gefährden nach Ansicht vieler Stadt- und Gemeindepolitiker die Entwicklung der Kommunen des Oldenburger Münsterlandes. Wie die Oldenburgische Volkszeitung berichtet, soll deshalb im Kreis Cloppenburg eine Arbeitsgruppe „Intensivtierhaltung“ Lösungsvorschläge erarbeiten. Der Hintergrund: In der sogenannten „OBE-Region“ (das sind die Landkreise Cloppenburg, Vechta, Osnabrück, Emsland und Bentheim) können nach Einschätzung von Professor Windhorst (Hochschule Vechta) die anfallenden Phosphatüberschüsse auf den landwirtschaftlichen Nutzflächen längst nicht mehr verwertet werden. Denn in der OBE-Region wird mittlerweile jede dritte Pute, jedes fünfte Ei und jedes sechste Schwein in Deutschland erzeugt. So wuchs seit 1971 die Zahl der Schweine von 2,2 auf 3,8 Millionen, die Zahl der Puten stieg in den letzten 14 Jahren von 417.000 auf 2,6 Millionen (davon allein 1,8 Millionen im Kreis Cloppenburg). Mit 32 Millionen Tieren ist die OBE-Region das weltweit größte Zentrum der Geflügelhaltung. Vor diesem Hintergrund be-

reiten den Gemeinden die zahlreichen neuen Bauanträge für neue Ställe große Sorgen: neue Mastschweineställe werden vor allem in Osnabrück, Vechta und Cloppenburg beantragt, neue Sauenställe in der Grafschaft Bentheim. Für Jungmasthühner liegen gar Bauanträge für 5 Millionen Stallplätze vor, allein im Emsland würde dies eine Bestandsausweitung um 50% bedeuten. Die neuen Zahlen für 1999 weisen in Cloppenburg eine Verdoppelung der Neubau-Anträge bei Ferkelställen und eine Vervierfachung bei Kälbermastställen aus.

Der neugeschaffene Arbeitskreis, dem neben Kreistagsabgeordneten und Vertretern der Fleischwirtschaft auch Vertreter des Landvolks angehören, soll nun freiwillige Vereinbarungen erarbeiten, die über den gesetzlichen Rahmen (hinsichtlich Abstandsregelungen und Immissionsbeschränkungen) hinausgehen. Der durch die Putenhochburg Garrel besonders betroffene Bürgermeister Bley erwog im Kreistag die „Möglichkeit der Selbstbeschränkung“. Doch Fachleute bezweifeln, ob das rechtlich für den einzelnen Landwirt von Belang sein könnte. en



Foto: Febl

Der Taschenmann in Ratzeburg

Die Rot-Grüne Bundesregierung hat mit Ihrem Sparpaket in der Republik für Aufregung gesorgt. Unstrittig ist, dass gespart werden muss. Die Diskussion entzündet sich meist am wo und wie.

Grundsätzlich besteht das Sparpaket aus mehreren Päckchen die unter folgenden Stichworten zusammengefasst werden können:

- Subventionsabbau (Gasölbeihilfe, landwirtschaftliche Sozialversicherung, sozialer Wohnungsbau, gewerbliche und private Subventionen)
- Abbau von Steuersubventionen (Begrenzung der Auslandsverluste, Anpassung von Abschreibungsmöglichkeiten etc.)
- Unternehmenssteuerreform zum Jahr 2001
- Ökologische Steuerreform (erhöhte Steuern auf Energie zur Finanzierung der Senkung von Rentenversicherungsbeiträgen)
- Steuerentlastungen bei der Einkommensteuer (Erhöhung der Grundfreibeträge, Senkung der Steuersätze)
- Erhöhung des Kindergeldes mit Neuregelung des Familienlastenausgleichs ab 2000

Diese Aufstellung gibt nur einen groben Überblick. Die Darstellung der Einzelmaßnahmen z. B. im Bereich der Steuersatzanpassungen oder geänderten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften würden den Rahmen bei weitem sprengen. Ebenfalls nicht behandelt werden solche Maßnahmen, die einen Steuerpflichtigen oft nur einmal im Leben betreffen (z.

B. die Steuerbelastung bei Betriebsaufgabe).

Für Bäuerinnen und Bauern schlägt das Sparpaket auf drei Ebenen zu:

1.) Der Produktionsbereich wird durch die Ökosteuer, den Wegfall der Gasölverbilligung und die Reduzierung der Vorsteuerpauschale belastet. Nach vorliegenden Informationen wird sich aber für landwirtschaftliche Betriebe keine Entlastung durch die vorgesehene Unternehmensteuerreform ergeben.

2.) Wie für alle Steuerpflichtigen erge-

Generelles Sparen ist immer unpopulär, als Regierung macht man sich damit nirgends Freunde, man kann nur Interessensgruppen unterschiedlich stark verärgern. Also ist man geneigt, eher die mehr zu verärgern und stärker zur Kasse zu bitten, die am wenigstens zu den eigenen potentiellen WählerInnen gehören. Dass die Bäuerinnen und Bauern die SPD nicht lieben und umgekehrt, ist altbekannt. Es ist aber eben nicht nur zu kritisieren, dass die Landwirtschaft mit dem Sparpaket gemessen an anderen Bevölkerungsgruppen, überproportional belastet wird, sondern vielmehr, mit wie wenig Gespür für und Interesse an dem Erhalt bäuerlicher Strukturen, der Rotstift angesetzt wurde. Sicherlich ist eine Schwierigkeit, dass 70 % des Agrarhaushaltes für die Agrarsozialpolitik ausgegeben werden und dementsprechend dort auch das meiste Geld zum Kürzen liegt. Dies kann man aber entweder mit einem Konzept tun, welches Betriebe mit kleinerem Einkommen weniger stark belastet, als Höfe mit mehr Verdienst – oder eben nicht. Momentan sieht es mehr nach der letzteren Variante, dem einfachen linearen Beitragszuschussabbau bei Alterskasse und Unfallversicherung aus, teils wahrscheinlich aus mangelnder Vorstellungskraft welche Art der Landwirtschaft davon profitiert, teils aus kühler Berechnung. Minister Funke will die „Entwicklungschancen der wettbewerbsfähigen Betriebe“ erhalten, sprich den ins Wachstum durchstartenden keine unnö-

„Die Wiederherstellung der Gestaltungsmöglichkeiten dieser und kommender Generationen ist die Anstrengung wert“, sagte Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke anlässlich der Vorstellung des rot-grünen Sparpakets. Ob in der Landwirtschaft kommenden Generationen angesichts massiver Einschnitte im Sozialbereich und bei der Steuer nicht eher Gestaltungsmöglichkeiten verloren gehen, steht auf einem anderen Blatt. An der Höhe der Einsparungen von 30 Mrd. DM im Jahr 2000 ansteigend auf 50 Mrd. DM im Jahr 2003 im gesamten Bundeshaushalt wird jedenfalls von den Regierungsfractionen auch nach der Sommerpause nicht mehr gerüttelt. Also wird wohl auch der Agrarhaushalt seinen festgelegten Kürzungsbeitrag von 857, 4 Mio. im nächsten Jahr und der Steigerung auf 1,4 Mrd. DM im Jahr 2003 leisten müssen.

Die Republik im Würgegriff des Sparpakets

ben sich auch für die Landwirte mögliche Vorteile durch die Reduzierung der Einkommensteuersätze, die Erhöhung der Grundfreibeträge und die Erhöhung des Kindergeldes. Nachteilig für landwirtschaftliche Unternehmer wirkt dagegen die Reduzierung des landwirtschaftlichen Freibetrages und des Steuerabzugsbetrages (§ 34 e EStG). Ein Wermutstropfen für Sparer: Der Sparerfreibetrag von DM 6.000 pro Person wird halbiert.

3.) Die soziale Absicherung wird für Bäuerinnen und Bauern zum Teil erheblich teurer durch die Kürzung der

Bundeszuschüsse an die landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträger. Das betrifft besonders die Berufsgenossenschaft und die Alterskasse. Bei der Kürzung der Zuschüsse zur Alterskasse ist der Umstand bemerkenswert, dass diese Bundesregierung damit gerade bei den schwachen Einkommensgruppen in der Landwirtschaft den Rotstift ansetzt, obwohl sie doch in jüngster Vergangenheit sehr viel Wert auf ihre soziale Gerechtigkeit legte. Definiert sie vielleicht soziale Gerechtigkeit im Bereich der Landwirtschaft anders? *dbuov*

Kurz und schlecht

tigen Steine in den Weg legen; und dem Bauernverband – mag er angesichts der Kürzungen noch so sehr die Beschleunigung des Strukturwandels beweinen – war die Bevorteilung kleinerer Betriebe bei der Verteilung der Beitragszuschüsse immer schon ein Dorn im Auge. Viel mehr als die Kürzungen im Sozialbereich schmerzt die tonangebenden Verbandsfunktionäre, die für ihre Betriebe aufgrund der Größenordnung sowieso keine Beitragszuschüsse bekommen, die Abschaffung der Gasölbeihilfe. Aber hier haben sie ja Funke schon dazu bewegen können, die Zulassung von Heizöl zu prüfen. In Sachen Sozialkürzungen macht der Bauernverband gar keine Alternativvorschläge, da es laut Bauernpräsident Sonnleitner „nichts mehr zu gestalten gibt, solange die Höhe der Kürzungen bleibt.“ Wenn nichts mehr gestaltet – spricht zugunsten der Geringverdienenden gestaffelt – wird, was anzunehmen ist, zeichnet der Gesamtverband der landwirtschaftlichen Alterskassen (GIA) folgendes Bild: „Betroffen sind allein einkommensschwache Landwirte, also vornehmlich Inhaber kleinerer Nebenerwerbsbetriebe.“ Demgegenüber würden die einkommensstärkeren Unternehmer sogar besser gestellt: Sie profitierten wegen der Ankopplung des Alterskassenbeitrags an die Beitragsentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung von der vorgesehenen Absenkung des Beitragsatzes (finanziert durch die Ökosteuer), so der GIA.

Ein soziales Netz auf dem Land

Die Entwicklungen in der landwirtschaftlichen Alterskasse

Die landwirtschaftliche Alterskasse (LAK) wurde 1957 ins Leben gerufen, um den Altenteilern eine stärkere finanzielle Unabhängigkeit von den Hofnachfolgern und diesen zugleich eine wirtschaftliche Entlastung zu gewährleisten. Schon damals war abzusehen, dass wegen des Strukturwandels nicht jeder Landwirt seinen Hof an einen Nachfolger übergeben und aus den Übergabeverpflichtungen des Hofes seinen Lebensunterhalt bestreiten konnte.

Trotzdem wurde das Altersgeld bewusst als Teilabsicherung konzipiert, quasi als Taschengeld zu den Sachleistungen des Hofübernehmers (Kost und Wohnung, Pflege in alten und kranken Tagen u.a.)

Die Alte Last

Mit der Errichtung der Alterskasse wurden viele Altenteiler Altersgeldempfänger, ohne jemals selbst Beiträge gezahlt zu haben. Die Bundesregierung verpflichtete sich, für diesen Personenkreis die Kosten durch Zuschüsse zu tragen (die „Alte Last“), um die Aufwendungen für die Beitragszahler in Grenzen zu halten.

Der Strukturwandel

Durch den fortschreitenden Struktur-

wandel stieg die Zahl der Rentenempfänger im Verhältnis zu den Beitragszahlern immer weiter an, bis Anfang der 90er Jahre mehr Leistungsempfänger als Beitragszahler in den Zuständigkeitsbereich der Alterskassen fielen. Die wachsenden Ausgaben für die Rentenleistungen hätten zu überproportionalen Belastungen bei den Beitragszahlern geführt. Wie bei anderen selbstständigen Versicherungen rückläufiger Wirtschaftsbereiche (Bergmannsknappschaften etc.) wurde das Defizit durch staatliche Zuschüsse ausgeglichen. Das war aber nicht allein ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber verschiedenen Berufsgruppen, sondern auch eine indirekte Förderung des politisch gewollten landwirtschaftlichen Strukturwandels.

Die Defizithaftung

Im Zuge der Agrarsozialreform 1995 wurde (neben der Bäuerinnenrente und dem Beitragszuschuss) neu die Defizithaftung eingeführt (die Urheberrechte für diese „zukunftsweisende und Sicherheit gebende“ Regelung beanspruchten damals übrigens die SPD-SozialpolitikerInnen für sich). Wurden in der Vergangenheit in regelmäßigen Abständen die Verhältnisse von Beiträgen zu Renten und Bundes-

zuschüssen neu ausgehandelt, so wurden nun die Alterskassenbeiträge und die sich daraus ableitenden Altersgeldansprüche in einem festen Verhältnis an die Entwicklung der allgemeinen Rentenkassen gekoppelt. Die Haftung für das in Folge dieser Koppelung entstehende Defizit (1998 waren es ca. 4,25 Mrd. DM) übernahm die Bundesregierung für zunächst 12 Jahre. Diese Zusage läuft also noch bis zum Jahr 2007. Danach muss wohl neu verhandelt werden.



Energieverluste

Auch bei der Erforschung erneuerbarer Energien soll in den vier Jahren bis 2003 gespart werden. 244 Mio. DM, berichtet das Wochenblatt Westfalen-Lippe, stehen zur Disposition im Ressort des Bundeswirtschaftsministers. Dort, und nicht wie man vermuten könnte, im Bundesumweltministerium liegt die Zuständigkeit für den Bereich. Zuständig für die Bestätigung dieser Zahl und zur Beantwortung der Frage wie eine Kürzung bei der „sauberen“ Energieerzeugung mit den rot- aber vor allem grünen Grundsätzen der Bundesregierung zusammenpasst, scheint aber zwischen den Umzugskartons in Berlin gerade keiner so richtig zu sein. Ein freundlicher Pressesprecher konnte lediglich mutmaßen, dass „die Firmen doch mal selber forschen sollen.“ Damit, dass die Zuständigkeit für Erneuerbare Energien im Wirtschaftsministerium liegt, hadert vielleicht manchmal auch Bundesumweltminister Jürgen Trittin. Kann er doch die Novellierung des Strompreisesgesetzes oder die Abschaffung der 5%-Deckelung des Anteils regenerativer Energiequellen ankündigen – wirklich ausrichten vermag er nicht so viel. Ähnlich geht's NRW-Umwelt- und Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn mit ihrem Vorschlag, Strom aus regenerativen Energiequellen durch die Einführung einer Steuer auf den Billigstrom wettbewerbsfähiger zu machen. Dafür bekam sie ausgerechnet von Bauern Schelte – oftmals Betreiber solcher Energiequellen – die sich die derzeitigen Sparmöglichkeiten bei Billigstromtarifen nicht gleich wieder durch Regulierungen von oben nehmen lassen wollen.

Auswirkungen des Sparpaketes auf verschiedene Betriebszweige im Jahr 2002

Text:		Erläuterung Kuh	Auswirkung auf eine Kuh 5500 ltr./Jahr	Erläuterung Mastschwein	Auswirkung auf ein Mastschwein	Erläuterung Ackerbau	Auswirkung auf 1 ha Ackerbau
Kürzung Vorsteuer	Umsatz pro Einheit	3.800,00 DM	-38,00 DM	250,00 DM	-2,50 DM	1.340,00 DM	-13,40 DM
Kürzung Gasölbefehilfe	ltr./ha x 0,42 DM	0,5 ha x 120ltr./ha	-25,20 DM	1 ltr. Gülle fahren	-0,42 DM	120 ltr./ha	-50,40 DM
Erhöhung Ökosteuern Diesel	DM 0,24 pro ltr.	0,5 ha x 120ltr./ha	-14,40 DM	1 ltr. Gülle fahren	-0,24 DM	120 ltr./ha	-28,80 DM
Erhöhung Ökosteuern Gas, Heizöl	DM 0,24 pro ltr.		0,00 DM		0,00 DM	1/4 der Ernte mit 4% Ü-Feuchte	-10,08 DM
Erhöhung Ökosteuern Strom	DM 0,02 pro KW	300 KW/h/Jahr	-6,00 DM	9 KW/h/Schwein	-0,18 DM	40 KW/h/ha	-0,80 DM
Belastung pro Einheit mal Einheiten			-83,60 DM		-3,34 DM		-103,48 DM
Belastung Betrieb			40,00 DM		400,00 DM		40,00 DM
			-3.344,00 DM		-1.336,00 DM		-4.139,20 DM
		DM		Be-/Entlastung			
Gewinn vor Sparpaket		60.000,00					
minus Ökosteuern, Gasölbefehilfe, Vorsteuer wie oben		-8.819,20		-8.819,20			
Reduzierung Zuschuß Berufsgenossenschaft (z.Zt. ca. 40% Bundeszuschuß je nach Region)	minus 20 des Zuschusses = ca. DM 6,00 pro ha	-360,00		-360,00			
Gewinn nach Sparpaket		50.820,80					
Steuererparnis durch geringeren Gewinn wg. wegfal Gasölbefehilfe etc.	Steuersatz 25 %	2.294,80		2.294,80			
Verringerung Freibetrag von DM 4000 auf DM 2800 (Ehepaar)	Steuersatz 25 %	-350,00		-350,00			
Verringerung des Steuerabzugsbetrages um DM 1000		-1.000,00		-1.000,00			
Erhöhung des Grundfreibetrages von DM 26000 auf DM 28000	Steuersatz 25 %	500,00		500,00			
Senkung des Eingangsteuersatzes von 23,9 % auf 19,9 %	geschätzt	480,00		480,00			
Erhöhung Kindergeld	2 Kinder	1.200,00		1.200,00			
Wegfall Zuschuß Alterskasse (Monatsbeitrag z.Zt. DM 342,00 Person/Monat)	Zuschuß bei ca. DM 40.000 zu versteuerndes Einkommen = DM 214,00 Monat/Versicherter	-5.136,00		-5.136,00			
Ergebnis Sparpaket							-11.190,40

Beispielbetrieb mit:
 - 40 Kühen und 20 ha Grünland
 - 400 erzeugten Mastschweinen
 - 40 ha Ackerbau
 - Ehemann und Ehefrau in der Alterskasse versichert, Beitragszuschuss laut Tabelle 1998
 - 2 Kinder mit Kindergeldanspruch

Der Beitragszuschuss

Im Gegensatz zur allgemeinen Rentenversicherung, wo bei geringem Einkommen nur geringe Beiträge in die Rentenversicherung gezahlt werden – was dann allerdings auch zu geringen Rentenansprüchen führt –, gibt es bei der Alterskasse den Einheitsbeitrag mit einheitlichen Rentenansprüchen. Die Folge ist eine prozentual überdurchschnittliche Belastung mit Sozialbeiträgen bei den Versicherungspflichtigen mit kleinen und mittleren Einkommen. Zu ihrer Entlastung wurde der Beitragszuschuss eingeführt, was um so notwendiger war, da durch die Einbeziehung der Bäuerinnen in die Versicherungspflicht viele Betriebe nun zwei Beiträge bezahlen mussten. Den Beitragszuschuss erhielten alle Versicherten, deren Gesamteinkommen (berücksichtigt wird also nicht nur das Einkommen aus der Landwirtschaft, sondern auch das außerlandwirtschaftliche) unter 40.000 DM bei Alleinstehenden und 80.000 DM bei Verheirateten lag. Der Zuschuss ist gestaffelt, so dass z.B. bei sehr geringem

Quellen: Pressedienst des BML, Pressedienst des BMF, Pressedienst des DBV, Pressedienst der LSV, DATEV Tabellen und Information, eigene Recherchen

Tabelle: Dieter Berg

Fortsetzung auf Seite 13

Mit diesen Worten kann man die Situation in den landwirtschaftlichen Sozialversicherungsträgern beschreiben. Die Flurbereinigung ist seit mehr als zehn Jahren dringend fällig. Doch offensichtlich verhindert der Machterhaltungstrieb der Verantwortlichen in den Selbstverwaltungsgremien jede Neuorientierung und Anpassung. Es ist nicht AbL-Manier, mit blindem Eifer auf Rationalisierung und größere Strukturen hinzuarbeiten, aber: Zwanzig eigenständige Sozialversicherungsträger für etwa eine Million Versicherte (in einer Zeit wo andere gesetzliche Versicherungen diese Zahl unter Kostengesichtspunkten als Mindestgröße ansehen) können nur mit dem von der Öffentlichkeit nur unzureichend kontrollierten Selbsterhaltungstrieb vieler Funktionäre erklärt werden. Wie so oft in der Landwirtschaft scheitern auch hier sinnvolle Zusammenschlüsse von Unterneh-

Flurbereinigung und Machterhalt

Ein Kommentar von Dieter Berg

men und Institutionen an der danach notwendigen Entsorgung von amtslosen Amtsträgern. Doch in der Spardebatte sind die Verwaltungskosten nur ein – wenn auch beliebter – Nebenkriegsschauplatz. Sie betragen i.d.R. weniger als 5 % der Haushalte der Versicherungsträger. Andere Probleme sind viel gravierender. Schon Anfang der 90er Jahre schlug das Verhältnis Beitragszahler und Beitragsempfänger durch den fortschreitenden Strukturwandel um. 1997 wurde der Gesamthaushalt der landwirtschaftlichen Alterskassen und Berufsgenossenschaften in Höhe von ca. 8 Mrd. DM zu etwa 60% (4,8 Mrd. DM) durch Zuwendungen des Bundes gedeckt. Wer glaubt, dass bei zunehmen-

den Ausgaben und bei weiterer Verringerung der Beitragszahler diese Geschichte irgendwie gut ausgehen wird, der hat sich wohl gehörig geschnitten. Diese Entwicklung war in der Tendenz eigentlich schon bei der Gründung der Alterskassen als eigenständige Rentenorganisation für die Landwirte vorher zu sehen. Die Situation, als Berufsgruppe auf laufende Unterstützung durch den Staat angewiesen zu sein, hätte damals durch eine Integration der Bäuerinnen und Bauern in die allgemeine Rentenversicherung vermieden werden können. Als ein Finanzierungsinstrument der landwirtschaftlichen Alterssicherung entpuppte sich im Rahmen der Agrarsozialreform 1995 die Bäuerinnenrente. Diese als eigenständige soziale Sicherung der Bäuerin geplante Leistung wurde auf dem Weg durch die Instanzen mehr oder minder zu einer Beitragsbeschaffungsmaßnahme für die landwirtschaftlichen Alterskassen. Die Versicherungspflicht für Bäuerinnen brachte ihnen über 100.000 zusätzliche Beitragszahlerinnen. Gleichzeitig wurde der Beitragszuschuss eingeführt (1998 erhielten ihn 278.000 Personen). Viele Bäuerinnen haben sich 1995 nicht von der Beitragspflicht befreien lassen, weil Sie fest mit dem Beitragszuschuss rechneten. Fällt dieser jetzt den Sparplänen der Bundesregierung zum Opfer, sind sie die Ge-

kniffenen. Als zunehmendes Problem für Landwirte ohne Hofnachfolger erweist sich auch die Tatsache, dass das Altersgeld nie als vollwertige Rente geplant war, die den vollen Lebensunterhalt von Alttenteilern abdeckt.

Die Probleme der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen, hervorgerufen durch den Strukturwandel und verschärft durch die schlechte Einkommenssituation, können sicher nicht durch ein paar Millionen eingesparter Verwaltungskosten gelöst werden. Abhilfe schaffen hier nicht die Zusammenschlüsse von dem einen oder anderen Sozialversicherungsträger, wie es der Deutsche Bauernverband in einer Presseerklärung hofft, wenn er Vertrauen in die Handlungsfähigkeit der Sozialversicherungsträger setzt. Alles in allem scheint es nur einen Weg zu geben: Flurbereinigung bei der landwirtschaftlichen Sozialversicherung – am besten die Alters- und Krankenversicherung zu den allgemeinen gesetzlichen Trägern und eine bundesweite Berufsgenossenschaft. Der Machterhaltungstrieb bestimmter Menschen sollte dabei nicht hindern – ebenfalls nicht die ökonomischen Interessen des Bauernverbandes. Dieser müsste bei einer Integration der Bäuerinnen und Bauern in die allgemeinen gesetzlichen Versicherungen wohl auf seine Einnahmen verzichten, die er bisher von den Versicherungsträgern erhält, um die Versicherten an den Kreisstellen der Bauernverbände zu beraten.

Kennzahlen zur Struktur der landw. Sozialversicherung

Für das Jahr 1998	Landwirtschaftliche Alterskasse (LAK)	Landwirtschaftliche Krankenkasse (LKK)	Berufsgenossenschaft
	Mio. DM	Mio. DM	Mio. DM
Beiträge der Versicherten	1782.9	1429.46	1249.33
Bundeszuschüsse (LKK geschätzt)	4244.3	2000	615
Sonstiges	1.3	594.8	103.86
Summe der Einnahmen	6028.5	4024.26	1968.19
Ausgaben für Renten	5774.4		845.1
Ausgaben für Beitragspflichtige	84.1		618.6
Verwaltungsausgaben	191		226.5
Sonstiges	0.8		277.99
Summe der Ausgaben	6050.3	3927.63	1968.19
Für das Jahr 1998	Landwirtschaftliche Alterskasse (LAK)	Landwirtschaftliche Krankenkasse (LKK)	Berufsgenossenschaft
Beitragspflichtige Unternehmer	262221	237443	1758193
Beitragspflichtige Bäuerinnen	152483	29466	0
Beitragspflichtige Sonstige	25218	375970	0
Summe Beitragspflichtige	439922	642879	1758193
Empfänger Regelrenten	245077		154124
Empfänger Erwerbsunfähigkeitsrenten	103613		0
Empfänger Witwen- und Witwerrenten	206690		13508
Empfänger Waisenrenten	6568		2059
Empfänger sonstige Renten	3046		5
Summe Rentenempfänger	564994		169696
Empfänger Landabgaberente	35388		
Empfänger Produktionsaufgaberente	15595		

Quelle: Pressedienst d. LSV, Zahlen teilweise zusammengefasst
Tabelle: Dieter Berg

Fortsetzung von Seite 12

Einkommen statt des vollen Monatsbeitrages von gut 300 DM tatsächlich weniger als 100 DM zu zahlen sind. An diese Beitragszuschüsse hat die Bundesregierung nun den Rotstift angesetzt.

Die Strukturdebatte

Unabhängig vom aktuellen Sparzwang steht seit einiger Zeit die Struktur der Alterskassen in der Debatte. Für gut eine Million Versicherte und

Leistungsempfänger gibt es 20 selbstständige Verwaltungseinheiten, wobei die kleinste für weniger als 1000 Personen zuständig ist. Der Bundesrechnungshof sieht schon seit einiger Zeit Sparpotentiale im Verwaltungsbereich durch einen bundesweiten Zusammenschluss. Da aus unterschiedlichsten Gründen die Strukturreform nicht voran kommt, sollen die Verwaltungskosten aus der Defizithaftung des Bundes heraus genommen werden.

dbuov

Dieseln oder Heizen?

Mit der Gasölbeihilfe fiele das alte landwirtschaftliche Privileg für jeden Liter Diesel von 68 Pf gezahlter Mineralölsteuer 41 Pf zurückzuerhalten. Die Begründung zur Einführung war seinerzeit, dass die Steuer zur Straßeninstandhaltung genutzt wird und Landwirtschaftliche Fahrzeuge nur selten auf öffentlichen Straßen unterwegs sind. In den vergangenen Jahren hat sich das durch die größeren Betriebe und die weiteren Wege zu den Verarbeitungseinrichtungen verändert. Insofern wäre zumindest eine teilweise Beteiligung der Landwirtschaft an den Instandhaltungskosten nur fair, zumal die Subventionierung des normalen Diesels, Kraftstoffe aus nachwachsenden Rohstoffen, die wiederum von Bäuerinnen und Bauern erzeugt werden, konkurrenzlos verteuert. (Dazu schreibt die 'Süd-

deutsche Zeitung': „Die Landwirte schaden sich mit dem Dieselprivileg zwar selbst, weil der billige Sprit die Marktfähigkeit von Biokraftstoffen verhindert, die sie produzieren könnten. Aber solche Widersprüche stören keinen Agrarfunktionär. Er fordert einfach höhere Subventionen für Biokraftstoffe.“) Nach Ansicht von Andreas Schütte, Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe birgt der Abbau der Gasölbeihilfe erhebliche Chancen für Biodiesel. Die Landwirte könnten selbst „ein Zeichen setzen für ein gutes Produkt.“ Wenn der internationale Wettbewerb nicht wäre. Überall in Europa subventioniert der Staat landwirtschaftlich genutzten Diesel (sei es durch vermin-

Fortsetzung auf Seite 14

Regionen knüpfen Ring um München

Nach dem Vorbild der erfolgreichen Regionalvermarktungs-Initiative Brucker Land hat sich im Landkreis Freising, südöstlich von München, ebenfalls eine Solidargemeinschaft aus Bauern, Handwerkern (12 Bäcker, 1 Müller), Kirche, Verbrauchern und Naturschützern (Landschaftspflegeverband) gebildet, um Produkte aus der Region in der Region zu vermarkten und dabei einen neuen Zusammenhalt zwischen den Beteiligten vor Ort zu knüpfen. Als erstes Produkt haben die Bäcker Getreide von 7 Bauern (darunter 2 Bioland-Bauern) zum „Freisinger Land Brot“ verbacken. Gemahlen wird das Getreide in einer Mühle im Landkreis, die noch in der Lage ist, das Mehl in Säcken abzupacken. Weitere Produkte sollen folgen.

Auch im Landkreis Starnberg ist eine Solidargemeinschaft nach dem Brucker Vorbild an den Start gegangen. Wiederum soll hier Brot das erste Produkt sein, unter der Marke „Starnberger Land“. Der Verein „Eberberger Land“ im Landkreis Ebersberg ist bereits im Sommer letzten Jahres gegründet worden. In weiteren Landkreisen um München laufen die Vorbereitungen. Wie Frau Seiltz vom Brucker Land es formulierte, wird nach und nach ein Ring von regionalen Initiativen um München gelegt. „Wir nehmen an, daß wir das bis in einem Jahr geschafft haben, und dann gehen wir mit der großen Hauptstadt München die Stadt-Land-Partnerschaft ein, weil Stadt und Land zusammen gehören.“ uj

Vorbildlicher Herkunftsnachweis bei NEULAND

Zeitgleich mit der Öffnung des europäischen Marktes für britisches Rindfleisch hat die NEULAND GmbH Lüneburg ihren neuen Herkunftsnachweis vorgestellt. Bei jedem Rinderteilstück könne der Kunde sofort nicht nur das Schlachtdatum und Gewicht ablesen. Statt verschlüsselter Strichcodes oder allgemeiner Länderangabe gibt NEULAND auf den Etiketten auch Name und Adresse des NEULAND-Hofes, auf dem das jeweilige Tier aufgewachsen ist. Bei den Herkunftangaben der Großschlachtereien und -zerlegungstätten dagegen würden große Mengen Rindfleisch zusammen mit einer Identifizierungsnummer belegt. Wolle der Kunde wissen, von welchem Hof die Tiere stammten, bekäme er in der Regel eine lange Liste mit möglichen Lieferanten vorgelegt. Auf den tatsächlichen Nachweis für das einzelne Tier müsse der Kunde verzichten. „Wir setzen dagegen auf den Einzeltiernachweis“, so Heinrich Rahlfs, Geschäftsführer von NEULAND Lüneburg. uj

Rindfleischetikettierung erst 2001?

Die für den 1.1.2000 geplante Einführung einer für alle Anbieter in der EU verpflichtenden Rindfleischetikettierung wird eventuell um ein Jahr nach hinten verschoben, weil mehrere EU-Länder Probleme mit der Umsetzung der Lebendviehkennzeichnung gemeldet haben, auf die die Rindfleischetikettierung aufbaut. Die finnische Ratspräsidentschaft hat eine mögliche Verschiebung angedeutet. pm

Jetzt Bioland-Menüs in Zug-Restaurants

Ab dem 1. September serviert die Mitropa AG in den Restaurants der ICE-, IC- und EC-Züge der Deutschen Bundesbahn Bioland-Gerichte. Zu diesem Schritt haben sich die Partner entschlossen, nachdem im Rahmen eines vierwöchigen Probelaufes im Juni das angebotene Menü aus Bioland-Zutaten fast doppelt so oft nachgefragt wurde (21.500 mal) wie vorher von der Mitropa als Mindestziel gesteckt worden war. Die Zusammenarbeit ist auf Initiative von WWF-Deutschland zustande gekommen. Zum Start der Dauer-Aktion am 1. September ist Minister Funke als Testgast eingeladen. uj

Streuobst als Werbeargument

Die zahlreichen Aktivitäten von Naturschutz-Gruppen zur Vermarktung von Obst aus Streuobstwiesen haben „Streuobst“ zu einem Werbeargument gemacht. Als zunehmend problematisch erweist sich nach Ansicht des Naturschutzbundes NABU jedoch der mangelnde Schutz des Begriffes „Streuobst“. Immer mehr Keltereien nutzen diesen werbewirksamen Begriff missbräuchlich, so Markus Rösler von NABU. Selbst bei manchen regionalen Vermarktungsinitiativen erfolge kein Nachweis, dass es sich um Hochstamm-Obst und aus einer Bewirtschaftung ohne Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger handele. Auf eine Anfrage hin habe EU-Agrarkommissar Fischler darauf verwiesen, daß ein Schutz des Begriffes „Streuobst“ auf nationaler Ebene möglich sei. NABU und Deutschem Verband für Landschaftspflege (DVL) wollen sich nun verstärkt um diesen nationalen Begriffsschutz bemühen. uj

KURZES AM RANDE

Ein Traum wird wahr

Da wurde mehr als ein neuer Neuland-Zerlegebetrieb eingeweiht

Der alte Schulzenhof in Bergkamen hat das Zeug, zum Symbol der regionalen Vermarktung in Nordrhein-Westfalen zu werden. Bei der feierlichen Eröffnung des Neuland-Zerlegebetriebes auf dem Hof der Ökologiestation des Kreises Unna war zu spüren, dass es sich hierbei nicht um irgend ein Projekt handelt, das da eine neue Betriebsstätte einweihte. Ministerin Bärbel Höhn (Grüne) nannte es die „Verwirklichung eines Traumes“, der hier in die Realität umgesetzt worden sei. Und es sei nicht nur ein Traum der AbL-Aktiven von Neuland, dem Programm für artgerechte Tierhaltung. Vielmehr verkörpere das Konzept von Zerlegebetrieb, Ökologiestation und regionaler Vermarktung auf einem



Hof auch den „Traum einer alternativen Landwirtschaftspolitik“, so Höhn. Die Station sei Treffpunkt von Landwirtschaft, Naturschutz, Umweltbildung und Verbrauchern und als Modell für Umweltkooperation „einmalig in NRW“. „Wir hatten vor 11 Jahren kein Geld, also mussten wir wenigstens schlau sein, d.h. kreativ“, blickte Hugo Gödde, Neuland-Geschäftsführer Westfalen zurück. So haben sich Bauern aus der AbL mit Tierschützern, Naturschützern und Verbrauchern zusammengetan und ein gemeinsames Vermarktungsprojekt ins Leben gerufen, das sich vor allem der artgerechten Tierhaltung verschrieben hat. Aus dem Projekt ist inzwischen ein Unternehmen geworden, das nicht aufhört, den Pakt mit der Gesellschaft zu schließen. uj

Ein wohliger Blickfang: Dieses Schwein aus Stroh bekam Neuland vom Nachbarhof Kortenbruck zur Einweihung geschenkt. Stroh ist eben das Symbol für artgerechte Tierhaltung. Den neuen Zerlegebetrieb nahm die Prominenz unter die Lupe (v.l.: Landrat Rolf Tewes, Geschäftsführer H. Gödde, Umweltzentrumsleiter Dr. Timpe, Staatssekretär Dr. Griese, Ministerin Bärbel Höhn, Aufsichtsrat/Bauer Friedrich Ostendorff, Umweltzentrumsleiter Dr. Geisler. Fotos Jasper



Fortsetzung von Seite 13

derte Steuern oder durch die Erlaubnis, geringerbesteueretes Heizöl zu fahren). Und lässt sich das Argument der Wettbewerbsverzerrung bei z. B. in der Frage der Legehennenhaltung noch durch Marketinggegenargumente aufwiegen, so ist es tatsächlich schwierig, für Produkte erzeugt mit deutschen Hochpreisdiesel zu

werben. So ist die Forderung Heizöl auch bei uns als Kraftstoff zuzulassen, derzeit sehr beliebt. Wilhelm Niemeyer, Niedersachsens Bauernverbandspräsident, hatte geäußert, man solle Mittel der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ nutzen, um den aufkommensneutralen Umstieg auf Heizöl zu gewährleisten. Das fordert auch der ostdeutsche Bauernbund.

Seit 1990 beschäftige ich mich intensiv mit dem Emmer (*Triticum dicoccum*), einer uralten Weizenart. Da ich den Anspruch habe, diese alte Kulturpflanze „on-farm“ in der landwirtschaftlichen Praxis zu erhalten und sie zu nutzen, wählte ich schon in einem sehr frühen Stadium meines Projektes den Weg in den feldmäßigen Anbau. Parallel dazu betreibe ich einen Zuchtgarten und untersuche den Emmer bezüglich seiner Anbaueigenschaften und seiner Verwendung. Hier ist ein Erfahrungsbericht

Warum Emmer?

Angezogen von der Ästhetik dieser Weizenart und ihrer einst immensen Bedeutung für die menschliche und tierische Ernährung, wollte ich untersuchen, ob der Emmer im extensiven Anbau grundsätzlich anbauwürdig ist. Da der Emmer auf Grund der Intensivierung der Landwirtschaft und sich ändernder Ernährungsgewohnheiten (von Brei und Fladenbrot zu Weißmehlprodukten) verschwunden war, stellte ich mir die Frage, ob er nicht für ökologischen Anbau und für eine Vollwerternährung interessant sein könnte.

Um Antworten auf die Fragen zu bekommen, musste ich erst mal Saatgutreste, die ich von Genbanken beziehen konnte, auf ihre grundsätzliche Eignung testen und vermehren. So konnte ich 1995 in meiner Diplomarbeit einen Aussaatstärken/Aussaatzeiten-Versuch anlegen und Untersuchungen zu Qualität und Verwendung durchführen. Die Ergebnisse waren alles in allem ermunternd: Auch wenn Brötchen aus Auszugsmehl sehr klein blieben und nicht befriedigten, konnten schmackhaftes Vollkornbrot und sehr gute Nudeln hergestellt werden. Bei relativ hoher Lagerneigung (langes Stroh!) konnte in den Parzellen ein Ertrag von 22 bis 35 dt/ha gedroschen werden. Fazit der Arbeit war also, dass der Emmer grundsätzlich anbau- und verarbeitungswürdig ist, dass er aber mit Schwierigkeiten behaftet ist.

Züchterische Bearbeitung

Der Emmer ist eine Kulturpflanze, die aus Anbausystemen stammt, die auch gegenüber heutigem Ökolandbau unvergleichbar viel extensiver waren.

Das Saatgutmaterial, auf das ich zurückgreifen konnte, war durchweg züchterisch nicht bearbeitet. Insofern verwundern die klassischen Probleme – Lagerneigung und mäßige Erträge – nicht. Es lag also nahe, den Emmer züchterisch an die heutigen Ansprüche des Ökolandbaus anzupassen. Ich suchte nach einer Zuchtmethode, die die Anbauwürdigkeit verbessert, ohne dass dabei der Charakter eines „alten Getreides“ verloren geht. So kam ich zur „Einzelährenaulese mit Nachkommenschaftsprüfung“, einer Me-

tere Vermehrung in der landwirtschaftlichen Praxis – leider nicht ohne Probleme!

Die Frage der richtigen Anbautechnik stand von Anfang an im Mittelpunkt des Interesses. Hierfür entwickelte ich ein spezielles Anbauprotokoll, mit dem die Bauern ihre spezifischen Erfahrungen festhalten sollen. Dies kommt der Anbauberatung zu Gute. Es zeigt sich aber, dass das Erfahren sammeln mit dem Anbau einer alten Kulturpflanze nicht ohne Risiko abläuft.

voraussichtlich in 2 bis 3 Jahren zur Verfügung.

Köstliche Produkte

Mittlerweile hat sich die Verwendbarkeit des Emmers zu Sauerteigbrot, Hefengebäck, Bier und Nudeln bestätigt. Auch in der häuslichen Küche ist er wegen seines Hartweizencharakters und seines feinen Geschmacks sehr vielseitig einsetzbar. In Gesprächen mit z. T. auch größeren Verarbeitern zeigt sich ein stetig zunehmendes Interesse an diesem alten Weizen.

Fazit

Der Emmer ist eine interessante alte Kulturpflanze, mit dessen Anbau mehrere zukunftssträchtige Ansprüche abgedeckt werden könnten:

- Erhalt alter Kulturpflanzen
- Erhöhung der Biodiversität
- Erweiterung des Speisezettels
- Etablierung eines Nischenmarktes
- Gentechnikfreie, ökologische Pflanzenzüchtung

Die Schwierigkeiten, die den Anfang des Emmeranbaus begleiten, lassen sich in den Griff kriegen, wenn Hilfe durch wissenschaftliche Anbauversuche; Intensivierung der Zuchtarbeit und

Unterstützung risikofreudiger Bauern durch zusätzliche Flächenprämien für den Anbau alter Kulturpflanzen gewährleistet werden könnte.

Darüber hinaus muss jetzt viel Kraft in den Aufbau einer fundierten Vermarktung zur Etablierung des Emmers im Markt aufgebracht werden.

Es ist ein hoher Anspruch, alte Kulturpflanzen „on-farm“ zu erhalten und zu nutzen. Der Emmer ist dafür durchaus geeignet. Die Erfahrungen zeigen aber die großen Schwierigkeiten, die mit diesem Ziel verbunden sind. Dennoch lohnt sich die Herausforderung – nicht zuletzt, wenn wir mit köstlichen Emmerprodukten dafür belohnt werden...

Peter Jantsch

Interessierte Verbraucher, Verarbeiter oder Bauern, die mehr über den Emmer wissen oder selber Erfahrungen sammeln wollen, wenden sich gerne an: Projekt Emmer – Peter Jantsch, Am Dorfteich 2, 24329 Dandau, ☎ 04383/1542

Peter Jantsch wird auch als Referent auf der Tagung zu Vielfalt (siehe Seite 23) sein.

Herausforderung Projekt Emmer

Erfahrungen mit dem „on-farm“-Erhalt einer alten Kulturpflanze



Eine Gruppe emmer-interessierter besichtigt den Zuchtgarten von Peter Jantsch (ganz rechts im Bild)

thode, die in den Anfängen der modernen Pflanzenzüchtung weit verbreitet war. Dazu kommen in bescheidenem Umfang gezielte Kreuzungen oder der Nachbau spontaner Kreuzungen. Intensive Hochzucht ist für mich nicht leistbar. Außerdem halte ich es gegenwärtig auch nicht für angemessen. Ich arbeite nach den Grundsätzen einer ökologischen Pflanzenzüchtung, Gentechnik oder biotechnologische Zuchtmethoden lehne ich ab. Züchtung ist sehr aufwendig und erfordert Spezialtechnik. Deswegen sind meinen Bemühungen starke Grenzen gesetzt: dennoch umfasst mein Zuchtgarten mittlerweile knapp 1.000 Linien auf 0,4 ha Fläche. Da ich bislang keinen finanziellen Rahmen für mein Projekt habe, bin ich in vielen Punkten auf Partner und deren Wohlwollen und Entgegenkommen angewiesen.

Feldmäßiger Anbau

Das Erntegut meines Diplomversuches wurde Ausgangssaatgut für wei-

Durch die in der landwirtschaftlichen Praxis eingesetzte Technik ist ein absolut sortenreines Ernten von Saatgut auf kleinen Flächen nicht immer gewährleistet. Folge ist eine Verunreinigung des Emmers mit Fremdgetreide, das sich heute nur mehr mit großem Aufwand reduzieren lässt. Unter der Annahme alte Getreide seinen gesünder, wurde eine Infizierung mit Steinbrand nicht bemerkt. Aktuell stellt das ein nicht unerhebliches Problem dar. Es zeigt sich dabei aber, dass beides nicht sortenspezifische Probleme des Emmers sind, sondern dass es sich um Schwierigkeiten des „on-farm“-Erhalts handelt. Trotzdem ist auch die Anbautechnik (Fruchtfolgestellung, Aussaatzeitpunkt und -menge) weiterhin noch nicht ganz klar. Durchschnittlich werden etwa 23 dt/ha gedroschen, aber auch mal 33 dt/ha. Im Zusammenhang mit meinem Projekt bauen mittlerweile 5 Bauern auf über 16 ha diese – wohlgemerkt: züchterisch unbearbeitete – Sorte an. Neue Sorten aus meiner Zuchtarbeit stehen

Froh über das eingegangene Wagnis mit NEULAND Baden-Württemberg

NABU vermietet Schafe

Der NABU (Natuschutzbund) Baden-Württemberg vermietet seit jetzt Schafe als Rasenmäher. Grundeigentümer ersparen sich mit den zotteligen Tiere das lästige Rasenmähen und leisten einen aktiven Beitrag zum Umweltschutz, denn: „Schafe brauchen kein Benzin und düngen die Flächen natürlich.“ Der NABU bietet einen Rundum-Service. Er kümmert sich um die Formalitäten (Versicherungen etc.), läßt die Tiere anliefern und abholen, erklärt den Pächtern wie sie die Schafe halten müssen. Einzige Bedingung: „Weil niemand gern allein ist, gibt es die Schafe erst ab einem Paar und mindestens für zwei Tage.“ Ziel der Aktion sei es, die umweltschonende Grünlandnutzung zu fördern und den Berufstand der Schäfer zu unterstützen. Infos: ☎ 07153-8250642 oder 07153-825060.

BUND mit 100-Küchen-Programm

Symbolische 100 Küchen will der Landesverband NRW des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) mit einer neuen Kampagne für die Umstellung auf Lebensmittel aus ökologischer und gentechnikfreier Produktion gewinnen. Bevor es ganz zu spät ist und die gentechnisch veränderte Lebensmittel zur Normalität geworden sind, will der BUND vor allem an kommunale Kantinen herantreten. Es liege in der Entscheidungskompetenz der Städte und Gemeinden, unmittelbar vor Ort eine Wende zugunsten umweltverträglich erzeugter Lebensmittel einzuleiten und die heimische Landwirtschaft zu stärken, so der BUND.

Seit vier Jahren gibt es Neuland auch in Baden-Württemberg. Der Tierschützer Apel besuchte einen Schweinemastbetrieb und eine Metzgerei und fand frohe Gesichter

Vor 11 Jahren haben wir mit Neuland auf Bundesebene begonnen“, berichtet der Vorsitzende des Neuland-Vereins, Wolfgang Apel, gleichzeitig auch Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. Der Tierschutzbund ist einer der fünf Trägerverbände von Neuland. Das ist in der Fleischerbranche ein Novum, dass gesellschaftliche Verbände wie der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND), die Verbraucher Initiative, der Bundeskongress entwicklungspolitischer Gruppen (BUKO) und eben der Deutsche Tierschutzbund gemeinsam mit einem landwirtschaftlichen Verband (hier die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft -AbL) ein Markenfleischprogramm ins Leben rufen. Nachdem das Programm mit großem Erfolg in Norddeutschland anlief, gab es vor vier Jahren auch in Baden-Württemberg den Start für Neuland. „Wir haben die Anlaufschwierigkeiten überwunden. Inzwischen sind 24 landwirtschaftliche Betriebe Mitglied bei Neu-

NEULAND in Baden-Württemberg

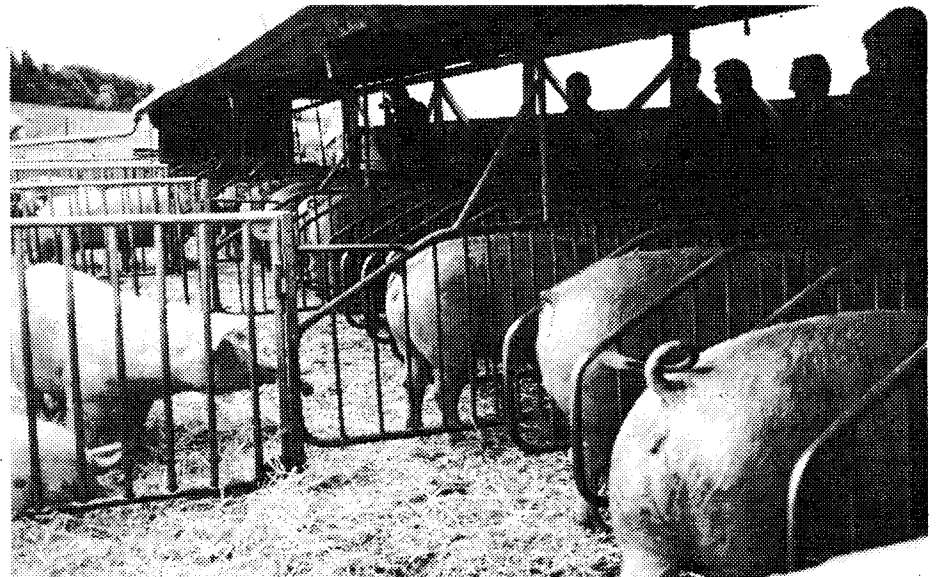
Einstieg vor 4 Jahren (in Norddeutschland vor 11 Jahren);
24 angeschlossene landwirtschaftliche Betriebe;
8 Metzgereien und mehrere Großküchen werden beliefert.

Kontakt: Matthias Minister, Nikolausstr. 25, 88696 Owingen, ☎ 07551-970445

land. Wir beliefern 8 Metzgereien, einige Kantinen und Gaststätten“, erklärt Matthias Minister, Initiator und Geschäftsführer von Neuland Baden-Württemberg.

Stroh und Auslauf

Der landwirtschaftliche Betrieb der Familie Betz in Laichingen die erste Station der Rundfahrt. Um den Umstieg auf Neuland zu erklären, geht Bäuerin Betz in die Geschichte. Nachdem der elterliche Betrieb mit Mastschweinen inmitten des Dorfes nicht mehr haltbar war, stand eine Teilaussiedlung an. In die Massenproduktion mit Tausend Mastplätzen und intensiver Haltung, wie es für Neubauten in der Region üblich ist, wollte das junge Ehepaar nicht einsteigen. „In diesen Teufelskreis von Wachsen oder Weichen wollten wir uns nicht begeben. Und außerdem können wir uns mit dieser Art der Tierhal-



Kein Tag ohne Stroh und Auslauf – so fühlen sich die Neuland-Schweine bei Familie Betz wohl. Foto: T. Walter

tung nicht identifizieren, erzählt die 29-jährige Bäuerin Betz. Deshalb wurde der neue Stall konsequent nach den Neuland-Richtlinien gebaut.

Pionier-Betrieb Betz

Es werden 40 Muttersauen und 120 Mastschweine gehalten, wobei eine Ausweitung der Mastschweinehaltung möglich ist. Alle Schweine werden auf Stroh gehalten und haben ganzjährig einen befestigten Auslauf. In Sachen Auslauf gehört der Betrieb Betz zu den Pionieren in Baden-Württemberg. „Wir waren die Ersten, die einen ganzjährigen Auslauf gebaut haben. Tierärzte und Berater haben uns abgeraten. Heute sind wir froh, dass wir dieses Wagnis eingegangen sind“, berichtet Frau Betz. „Die Tiere sind gesund und vital, der Kot fällt vorwiegend im Freien an, so dass die Luft im Stall sehr gut ist.“ Ministerialdirektor Rainer Arnold vom Ministerium Ländlicher Raum zeigte sich beeindruckt vom Engagement der jungen Betriebsleiterfamilie und betonte die Bedeutung der Vermarktung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. „Bei zunehmendem Wettbewerb auf den Agrar- und Lebensmittelmärkten ist es immer wichtiger, dass professionell vermarktet wird. Das Interesse der Verbraucher an regionalen frischen Produkten ist eine große Chance, die man weiter nutzen sollte.“ Der Ministerialrat verwies auf die Aktivitäten des Landes im Zusammenhang mit dem Herkunftszeichen Baden-Württemberg und kündigte an, dass das Land die regionale Vermarktung weiterhin unterstützen wurde.

Bauer Josef Bopp, Landesvorsitzender

der AbL, griff das Thema Vermarktung auf: „Wer als Bauer für den Massenmarkt produziert, braucht sich über die Preise nicht zu beklagen, mit denen er abgespeist wird. Wenn wir höhere Preise wollen und beim Verkauf mitreden möchten, dann müssen wir hervorragende Qualitäten anbieten mit Zusatznutzen wie artgerechte Tierhaltung.“

Metzger Müllerschön

Die zweite Anlaufstelle der Besichtigungsfahrt war die Neuland-Metzgerei von Martin Müllerschön in Reutlingen. Seit anderthalb Jahren bezieht Metzgermeister Müllerschön seine Schweine und Rinder von Neuland-Höfen. Die Akzeptanz der Kunden sei sehr gut, berichtet Metzgermeister Müllerschön, der selbst aus der Landwirtschaft stammt und auf Neuland umgestellt hat, weil er die Entwicklung in der Tierhaltung für falsch hält. Die Analyse des Metzgers: „Das Image der Fleischbranche ist nicht gut, deshalb müssen gerade wir Metzger etwas tun, um uns von den Billiganbietern zu unterscheiden.“

Neuland-Geschäftsführer Matthias Minister ergänzt: „Natürlich sind unsere Tiere teurer als herkömmliche. Unsere Landwirte erhalten einen Aufschlag von ca. 1,00 – 1,40 DM/kg Schlachtgewicht. Den Verbraucher im Fleischerfachgeschäft kostet das, auf 100 g bezogen, gerade mal 15 Pf mehr. Ich glaube, dass jede gute Verkäuferin diesen Aufschlag mit den Argumenten und der Qualität, die Neuland bietet, vermitteln kann.“

mm

Gentechstimmung kippt

Ein Kommentar zu den jüngsten Entwicklungen

In der ebenso leidenschaftlich wie ideologisch geführten Diskussion um die Gentechnik wird international eine gänzlich neue Tonart angeschlagen. Zwar vermarktet die Industrie lauthals ihre Geschöpfungen mit dem Versprechen höherer Erträge, oder sie preist den Einsatz der Gentechnik als Ersatz für die ökologisch bedenkliche Agrochemie. Wissenschaftliche Belege dafür sind bis heute jedoch ausgeblieben. So reihen sich in letzter Zeit unabhängige Studien, welche zeigen, dass die Verheißungen der Gentechnik sich bisher nicht erfüllen. Eine im Juli veröffentlichte Studie des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums belegt indessen: die meisten amerikanischen Farmer, die transgenes Saatgut angepflanzt haben, fahren weder eine größere Ernte ein, noch können sie den Gifteinsatz auf dem Feld einschränken. Darüber stimmen auch die zahlreichen Patente bedenklich, welche in den USA durch gentechnische Eingriffe das Saatgut der Pflanze bei deren Reifung keimunfähig machen sollen. Von daher ist zu verstehen, dass der amerikanische Landwirtschaftsminister verlauten lässt, die Vorteile der Gentechnik dürften nicht blind akzeptiert werden, und die Zulassungsbehörden müssten „eine Armlänge“ Abstand zur Wirtschaft halten. Erheblich sind seine Befürchtungen, dass die Landwirte den Profitinteressen der Wirtschaft „nicht einfach untergepflegt“ werden dürften. Mit diesem Votum aus den USA, wo 44% der erzeugten Sojabohnen und 36% der Maisproduktion bereits gentechnisch verändert sind, wird die Kritik an der hektischen, übereilten kommerziellen Nutzung der Gentechnik deutlich. Selbst Biowissenschaftler, welche die Gentech-

nik befürworten, weisen inzwischen auf gravierende Testlücken in den Laborversuchen hin, mit unbekanntem Wirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Natur. So ist auch die Studie des Umweltbundesamtes aus Berlin ernst zu nehmen, welche den Einsatz der Gentechnik momentan als nicht nachhaltig einstuft, weil zu viele Wissenslücken um indirekte Effekte bestünden. Der Druck der Öffentlichkeit und von Seiten der Verbraucherverbände hat zwischenzeitlich auch zu einem Sinneswandel bei zahlreichen Lebensmittelunternehmen geführt. Interessant erscheint dabei, dass sich der deutsche Einzelhandel noch abwartend verhält.

Das Kippen der Stimmung gegen die Gentechnik zeigt vielleicht deutlicher als erwartet, dass sich wissenschaftlicher Fortschritt nicht an den Bedürfnissen und Interessen der Gesellschaft vorbei entwickeln kann. Vielmehr ist es erforderlich, dass der Nutzen gentechnisch veränderter Pflanzen erst einmal in unabhängigen Studien bewiesen, und ihre Unbedenklichkeit in einer Begleitforschung attestiert wird, bevor die unausgereiften Produkte wie bisher Landwirten und Verbrauchern aufgezwungen werden. Das Schweizer Bundesamt für Umwelt will dazu eine neue Genlex initiieren: Mit einem zehnjährigen Moratorium und dem vom Zulassungssteller zu erbringenden Nachweis eines sozioökonomischen Nutzens für die Gesellschaft. Aus Sicht einer offenen gesellschaftlichen Akzeptanzdebatte ist damit ein wichtiger Anstoß für die künftige Beurteilung des Für und Wider der Gentechnik gegeben.

Clemens Dirscherl, Evangelisches Bauernwerk, Waldenburg-Hohebuch

Gentechnik-frei im Internet

Länderübergreifendes Datenbankprojekt bietet gentech-freie Produkte

Organisationen aus den vier Ländern, die sich zur „Arbeitsgemeinschaft für Lebensmittel ohne Gentechnik (ALOG)“ zusammengeschlossen haben, eröffnen ab Oktober einen „Internet-Marktplatz für Lebensmittelherstellung ohne Gentechnik“. In der Datenbank unter der Adresse: www.infoXgen.com finden sich z.B. Vorprodukte zur Lebensmittelherstellung wie Backtriebmittel aber auch Tierfuttermittel. Der jeweilige Anbieter verpflichtet sich erstens keine Gentechnik bei der Herstellung seines Produktes verwendet zu haben und zweitens erklärt er, dass ihm für alle zur Herstellung verwendeten Produkte wiederum entspre-

chende Verpflichtungen der jeweiligen Produzenten vorliegen. Außerdem gibt es in der Datenbank Angaben dazu, welchen Anforderungen und Rechtsansprüchen das angebotene Produkt entspricht (z. B. Ökologischer Landbau). Neben u. a. AGÖL und SÖL aus Deutschland, der „Arbeitsgemeinschaft Gentechnik-frei“ aus Österreich und einer Organisation des ökologischen Landbaus in Holland, ist auch die Schweiz mit dem Forschungsinstitut für biologischen für biologischen Landbau (FiBL) in der ALOG vertreten. pm

KURZES AM RANDE

95.000 symbolische Einwendungen

Während die Ablehnung der Gentechnik europaweit wächst, können Gentechnik-Konzerne in Deutschland weiterhin das vereinfachte Verfahren zur Freisetzung gentechnisch manipulierter Organismen nutzen. Gegen die damit verbundene Ausgrenzung der Mitsprache der BürgerInnen protestierte der Göttinger Arbeitskreis gegen Gentechnologie. 95 leeren Unterschriftenlisten, die symbolisch für 95.000 Einwendungen stehen, die nach Angaben lokaler Initiativen seit 1990 in der gesamten Bundesrepublik gegen die Freisetzung transgener Pflanzen gesammelt wurden, überreichten die Göttinger der Firma Planta/KWS Saatzeit AG als Reaktion auf deren jüngsten Freisetzungsantrag für herbizidresistente Zuckerrüben. pm

Greenpeace setzt unter Druck

Nicht zuletzt auf Druck der Umweltschutzorganisation Greenpeace haben nun auch mit Rewe und Tengelmann zwei große deutsche Lebensmittelketten die Erklärung abgegeben, dass ihre Eigenmarken gentechnikfrei sind. Einen weiteren Erfolg landeten die Regenbogenkämpfer mitten in der Höhle des Löwen. Nachdem beim Babykosthersteller Gerber (Jahresumsatz 1 Mrd. \$), der Gentechmulti Novartis gehört, Gen-Soja und -Mais in Kindernahrung nachgewiesen werden konnte, forderte Greenpeace den Konzern auf, zu reagieren. Das tat der Chemie- und Saatgutriege unverzüglich, Gerber wird fortan nicht nur auf Gen-Produkte verzichten sondern gleich auf ökologisch erzeugte Rohstoffe zurückgreifen. Damit verzichtet Novartis im sensiblen Bereich der Säuglingsnahrung ohne großes Federlesen auf seine sonst so gepriesenen Zukunftstechnologien Agrochemie und Gentechnik. cs



Gentechnik auf Kirchenland?

„Genmais auf Gottes Äckern“ – unter diesem Motto berichtet die Süddeutsche Zeitung vom Streit in der evangelischen Kirche (EKD) um neue Pachtverträge. Die Umweltbeauftragten der 24 Landeskirchen wollen jetzt nämlich die Aussaat von genmanipuliertem Saatgut auf kircheneigenen Flächen verhindern. Man wolle die Gentechnik bei Nutzpflanzen zwar nicht verteufeln, aber derzeit könne ein Risiko für Umwelt und Gesundheit nicht ausgeschlossen werden. Dieses Verbot würde weit mehr als 100.000 Hektar betreffen (soviel Landwirtschaftsfläche verpachtet die Kirche allein in Westdeutschland). Zwar entscheiden die einzelnen Kirchengemeinden über die Pacht, aber in der Regel wird dabei ein Mustervertrag der EKD verwendet. Die Kirchenprovinz Sachsen hat ihren Pächtern auf 70.000 ha bereits seit 1997 den Einsatz von Gentec-Saat untersagt. In der Landeskirche Niedersachsen (40.000 ha) wird ein Synodenbeschluss zum Jahresende erwartet. In anderen Landeskirchen wird über diese Pläne noch diskutiert. Der Bauernverband, der die Gentechnik im Pflanzenbau für einen Fortschritt hält, macht sich gegen das Gentec-Verbot auf Kirchenland stark und fordert für die betroffenen Pächter zumindest eine Pachtsenkung als Ausgleich für die „Benachteiligung“. Auch die Grundstückskommission der EKD wehrt sich gegen eine solche Auflage und äußert Bedenken hinsichtlich der Benachteiligung der Pächter und der Kontrollmöglichkeiten. Dafür erhalten die kirchlichen Umweltbeauftragten Unterstützung von den Umweltverbänden. Der BUND fordert neben Kirchen auch Städte und Gemeinden auf, ein »Zeichen gegen den Einsatz von Gentechnik in Landwirtschaft und Nahrungsmittelproduktion« zu setzen. Als erste Großstadt ist München im Frühsommer dem Aufruf gefolgt: Die Stadt hat sich verpflichtet, auf ihren 13 Gütern auf genmanipuliertes Saatgut zu verzichten. Die Kirche von England, Eignerin von mehr als 50.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche hat bereits entschieden, keine gentechnisch veränderten Pflanzen auf ihre Äcker zu lassen. en

Antoniusheim und Gut Dalwitz ausgezeichnet

Den Agrar-Kultur-Preis für ökologischen Landbau der Schweisfurth-Stiftung haben in diesem Jahr der Antonius-Hof bei Fulda (Hessen) und das Gut Dalwitz (Mecklenburg-Vorpommern) erhalten. Als Bestandteil der gemeinnützigen Behinderten-Werkstätten des Antoniusheims verknüpfte der Antonius-Hof in besonderer Weise soziale und ökologische Belange und wird nun dafür mit einem Preisgeld in Höhe von 30.000 Mark belohnt. Die Produkte werden zum Teil auf dem Betrieb weiterverarbeitet und regional vermarktet. Der zweite Preisträger ist das Gut Dalwitz, das Inhaber Dr. Heinrich von Bassewitz 1992 übernahm und mit seinen Mitarbeitern aus der Region „in bemerkenswerter Leistung“ wieder aufbaute. Die „Wiederbelebung eines ganzen Dorfes“ war neben der besonders artgerechten Tierhaltung einer der Gründe für die Auszeichnung, so die Schweisfurth-Stiftung. pm

Tierstimmen-Analyse

Was Tierstimmen hinsichtlich Behagen und Unbehagen aussagen, das wird derzeit in mehreren Forschungsprojekten der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL) untersucht. Wie dem jüngsten FAL-Jahresbericht zu entnehmen ist, werden z.B. die Laute von Hühnerküken bei der Nahrungsaufnahme und bei Nahrungsentzug ausgewertet. Neben dem Geflügel sind die Schweine die Nutztierart mit dem umfangreichsten akustischen Repertoire. Hier wurden die Ferkel-Laute bei verschiedenen Formen der Kastration untersucht. Auch die Lautäußerungen von Kühen sollen weiteren Aufschluß über das Befinden der Tiere geben, nachdem bisherige Kontrollkonzepte (wie Schrittzähler, Injektate zur Bestimmung der Körpertemperatur, Messung der Leitfähigkeit der Milch) keine eindeutigen Beurteilungsmaßstäbe lieferten. Schwierigkeit macht allerdings die Interpretation der gewonnenen Muh-Laute. Eine solche Tierstimmen-Analyse kann der Optimierung von Großanlagen dienen, wo der direkte und intensive Kontakt von Bauer und Tier nicht mehr vorhanden ist. Sie kann aber auch wichtige Hinweise und Argumentationshilfen liefern für die Durchsetzung art- und verhaltensgerechter Haltungsförmlichkeiten und Agrarstrukturen. en

Isar, die älteste Sau der Welt

Von den 240 Schweinen des Bauern Georg Kügel im Dorf Gaden bei Eichstätt zieht ein Tier viele Besucher und Wissenschaftler aus der ganzen Welt an: Alle wollen die Sau Isar sehen, mit 14 Jahren „das älteste Schwein der Welt“. Insgesamt 26mal war das elegante, schwarzgefleckte Tier tragend und schenkte 254 gesunden Ferkeln das Leben, die jetzt begehrte Zuchttiere sind. Allein 120.000 DM hat Bauer Kügel dadurch verdient. Seine „züchterisch wertvolle Sau“ hatte stets genügend Auslauf, Bewegungsfreiheit, frisches Stroh und ein Futter aus Getreide und Milch. Selbst das Pfingsthochwasser hat Isar, die damals in die Donauhalle von Ingolstadt evakuiert wurde, gut überstanden. Bauer Kügel würde denn auch die Isar „nie hergeben, egal wieviel Geld mir jemand bietet“. Erst nach ihrem Tod soll Isars Skelett in einem Münchner Tiermedizin-Institut untersucht und ausgestellt werden. Aber bis dahin hat Isar, die am 28. August ihren Geburtstag feierte, hoffentlich noch viele gute Tage im Stall. en

Haushund-Schwein

Der mittlerweile 80 Kilogramm schwere Eber „Trufo“ war von seinen Besitzern in der Nähe Madrids bisher wie ein Haushund gehalten worden. Das Tier wurde an der Leine ausgeführt, konnte auf den Hinterbeinen sitzen, wurde mit Milch und Keksen verwöhnt und mit Shampoo gewaschen. Als Trufos Herrchen umzog und es keinen Platz mehr für das Borstentier gab, da wurde Trufo in den Schweinestall eines Bauern einquartiert. Wie dpa meldete, verfiel Trufo dort in eine tiefe Depression, weil er den Geruch seiner Artgenossen und das Schweinefutter nicht ausstehen konnte. Seine Stimmung habe man erst aufhellen können, als man ihn mit einer schmutzigen Sau namens „Cleo“ zusammenbrachte. en

Milchkühe vor 6.000 Jahren

Bereits vor 6.000 Jahren haben Bauern im heutigen Großbritannien Kühe gehalten und gemolken. Das ergab die Analyse verschiedener organischer Verbindungen an Keramikgefäßen aus dieser Zeit an der Universität Bristol. en

Marunde läßt Mähdrescher sprechen

Es tönt aus 50 Jahren Bauernstand

Die erste Ernte hat er schon hinter sich – die Gerste um ihn herum ist eingefahren, der Boden gegrubbert. Der Mähdrescher steht immer noch da, so wie ihn Wolf-Rüdiger Marunde und sein Team ihn hingestellt haben: mit einigen Veränderungen im Innern. Die Installation ist Bestandteil einer Landschaftskunstaktion namens „Landarbeit“ mit Aktionen und Objekten von 11 KünstlerInnen im Rahmen der „Kulturellen Landpartie“ Lüchow Dannenberg *). Marunde schreibt zu seiner Installation:

„Mit dem selbstfahrenden („SF“) Mähdrescher machen die Bauern die bis dahin arbeitskräftintensivste Getreideernte zum Ein-Mann-Betrieb und nahmen vielen Landarbeiterfamilien einen Großteil ihrer Lohnarbeit. Mit ihm machten sie Korn zum Massenschüttgut. Und immer billiger. In den sechziger Jahren verkörperte der Mähdrescher das wiedererstarkte Selbstbewußtsein der Bauern: Wer damit, oben

ner, und der damalige Bundeskanzler Kohl auf der Feier des Verbandes zu seinem 50sten Gründungstag 1998 in Koblenz gehalten haben: So hören es die Bauern gern von Politikern und ihren Lobbyisten.

Wie national gesinnte Poeten und

ein Auszug ...

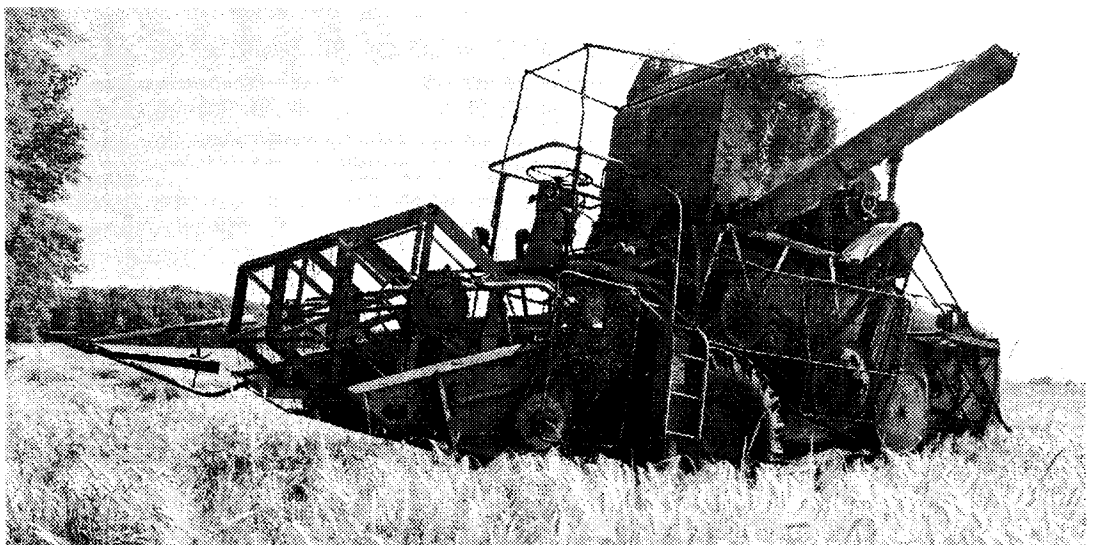
„Der Bauer weiß, nach dem Frühjahr kommt der Sommer, und nach dem Sommer kommt der Herbst und der Winter.

In dieser Gewißheit handelt er, und der Kreislauf geht Generation für Generation weiter.

Ich möchte alle einladen, sich an diesem Vorbild ein Beispiel zu nehmen.“

Helmut Kohl, als Bundeskanzler

Schwärmer in den 30er Jahren den „Nährstand“ gesehen haben, bezeugen die Ausschnitte aus Gedichten von Löns, Koeppen, Linke und anderen, die wir mit den Zitaten der Politiker zu einer Toncollage verklebt haben: Das Lied der Scholle. Im Laufe des nächsten Jahres wird sich der Mähdrescher mit dem Knöterich, der sich nun in seinem Korntank befindet,



Wer sich ihm nähert, bekommt das „Lied der Scholle“ zu hören. Im nächsten Jahr wird sich der Claas SF einspinnen.
Foto: Marunde

auf dem turmhohem Fahrerstand, röhrend durch den Ort fuhr, demonstrierte Potenz in jeder Hinsicht.

Insofern ist der Claas SF ein Symbol für die gute alte Zeit der 60er, der viele Bauern bis heute nachtrauern, weil sie damals „noch etwas galten im Dorf“ und gut verdienten. Aber er ist ebenso auch ein Symbol für ihren Abstieg zu Rohstofflieferanten für die Industrie.

Wir haben einen Claas SF zu einem Lautsprecher des Bauernstandes gemacht. Wer sich ihm nähert, hört Zitate aus Reden, die der derzeitige Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Sonnleit-

einspinnen. Im Mai 2000 werden seine Umriss – hoffentlich – nur noch zu errahnen sein.“

Mitwirkende: C.-R. Malchartzcek; Mähdrescher, Installation. W.-R. Marunde; Idee, Textcollage, Handanlegen. Dietmar Wischmeyer; Vertonung und Produktion der Textcollage (Sprecher: Sabine Bulthaupt, Dietmar Wischmeyer).

*) Die „Kulturelle Landpartie“ Lüchow Dannenberg findet jährlich um Pfingsten herum statt. Die Objekte stehen in diesem Jahr auf dem Gelände des Gutes Corvin bei Clenze (zwischen Uelzen und Lüchow); sie werden erst mit dem Ende der nächsten „Landpartie“ abgebaut, also Pfingsten 2000. Kontakt „Landarbeit“: Brita Kämer, Zeetze Nr. 4, 29487 Luckau, Tel. 05855-562.

Plastik-Stier besiegt Amtsschimmel

Von Schwarzbunten, Schwarzenegger und Schönheit

Von einer Reise in die Schweiz brachte der Lüneburger Arzt Dr. Peter Bleckmann im letzten Herbst die lebensgroße Plastik-Nachbildung eines schwarzbunten Bullen mit nach Hause. Die hatte er für 1400 DM in Zürich gekauft, nachdem im Rahmen einer Sommeraktion insgesamt 815 solcher Kuh-Kunstobjekte als „Sympathieträger“ für die Stadt aufgestellt worden waren (die Bauernstimme berichtete). In Lüneburg baute Bleckmann seine Rinder-Plastik voller Stolz in seinem Garten auf, und zwar auf dem Grenzwall seines Grundstücks, mit Blick auf die davor verlaufende Ausfallstraße. Und dort fand das Kunst-Rind denn auch bald bei vielen Passanten lebhaft Beachtung: Manche ließen sich damit fotografieren, andere nutzten sie für Wegbeschreibungen. Schließlich diente das Rind auch der Verkehrsberuhigung, weil viele Autofahrer angesichts der Plastik ihre Geschwindigkeit auf die vorgeschriebenen 50 km/h verringerten.

Umso verwunderter war Bleckmann, als ihm kürzlich ein amtliches Schreiben der Stadt Lüneburg ins Haus flatterte, in dem man ihn mit Hinweis auf den „Anhang zur Niedersächsischen Bauordnung“ aufforderte, seine Rinderplastik um 15 Meter zurück in den Garten zu verlegen: Sollte bis zum 15.7. keine Änderung festzustellen sein, würden „gebührenpflichtige bauordnungsrechtliche Maßnahmen“ eingeleitet.

Da schaltete Bleckmann einen Anwalt ein. Der führte aus, die Stadt könne diese Rinder-Versetzung gar nicht verlangen, weil dies allenfalls bei einer „baulichen Anlage“ rechtens wäre. Dies aber würde

eine „gewisse Schwere und Unbeweglichkeit“ voraussetzen, hier aber handele es sich nicht um eine „im Boden ruhende Anlage“, sondern um einen Gegenstand, der von einem oder zwei Menschen wegzutragen sei. Von daher fänden „die Vorschriften der niedersächsischen Bauordnung auf den hohlen Plastik-Stier“ gar keine Anwendung.

Als nun die Presse über den Streit berichtete und der Lüneburger Oberbürgermeister davon las, da eilte er an Ort und Stelle und entschied alsbald, das Rindvieh sei eindeutig nicht als Bauwerk, sondern als Kunstwerk einzustufen: „Viele Leute finden es schön, ich auch. Der Stier bleibt stehen!“

Nach dieser weisen Entscheidung hat nun also auch Lüneburg eine Rinder-Statue im öffentlichen Raum – und befindet sich damit in bester Gesellschaft: nach dem Beispiel Zürichs hat inzwischen nämlich auch die Stadt Chicago über 300 lebensgroße Kühe aus Fieberglass zwischen die Wolkenkratzer gestellt, mit großem Anklang bei Einwohnern und Touristen. Und wie uns Dr. Bleckmann verraten hat, soll auch Arnold Schwarzenegger drei solcher Plastik-Rinder für seinen Vorgarten gekauft haben. *en*

Lüneburg befindet sich nun in noch weiterer besonderer Gesellschaft, hat doch die Stadt New York – dem Beispiel Zürich folgend – in diesem Sommer etliche Kunst-Kühe aufstellen lassen, die nach Ablauf der Aktion versteigert werden sollen. Man müßte es nur richtig verkaufen, und schon würde sich die niedersächsische Kleinstadt einreihen lassen in die Kunst-Metropolen unseres Sonnensystems.

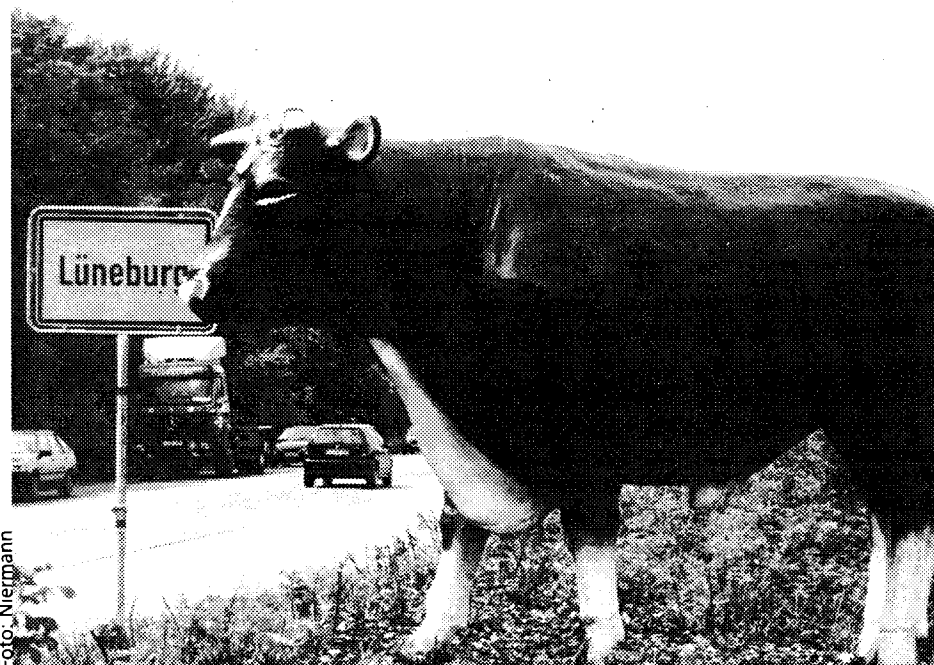
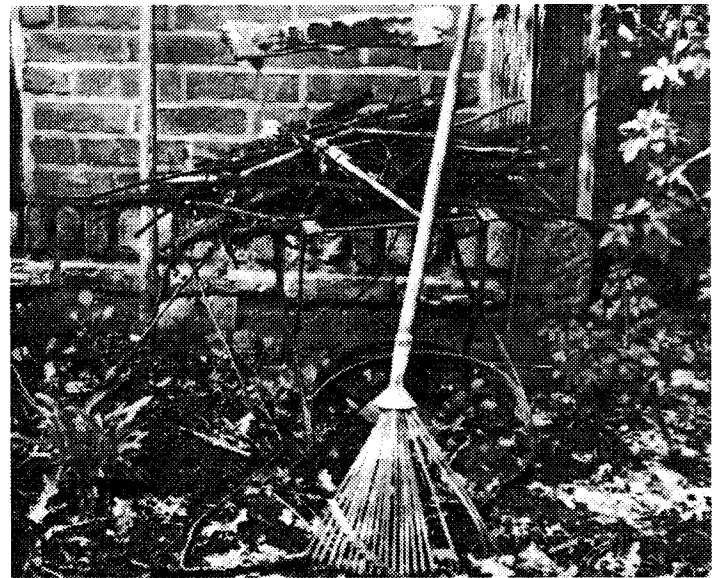


Foto: Niermann



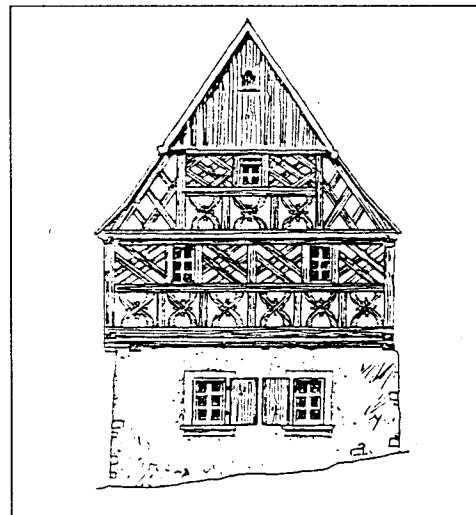
August auf dem Lande

Erntezeit, Ferienzeit, laue Nächte, heiße Tage und ab und zu ein Tag mit warmem Sommerregen.

Duster ist's

Ich bin auf meiner Brottour und sitze in der Küche einer Bäuerin, die mein Brot im Laden mitverkauft, beim Frühstück. Das Licht geht aus. Still wird's. Alle Maschinen sind aus.

Großes Gerenne, weil die Milch ist noch nicht ganz gekühlt, die Getreideschnecke ist aus und was soll's denn zum Mittag geben?



..... aus Oberfranken

Während die anderen nach der Ursache suchen, packe ich meine Sachen und mache mich auf den Weg zur nächsten Kundin. Auch ein Bauernhof – ein paar Dörfer weiter. Auch hier Stromausfall – der halbe Landkreis ist davon betroffen. Die Bäuerin hat sich gerade gesetzt und gefreut, dass sie jetzt Zeit hat. Denn nichts geht, was sie sich für den Vormittag vorgenommen hat – bügeln, waschen, trocknen, essen kochen, telefonieren und endlich ist Stille.

Nach Tagen des Gedröhns von Abladehäcksler, Gebläse, Getreidetrocknung, Milchkühlung, Lüftung, Fernseher und Radio streiken.

Alles ist still.

Und gerade als wir gemütlich ins Ratschen kommen, stellt der Nachbar sein Notstromaggregat an. Eine wahre Höllenmaschine! Nur damit er etwas Holz sägen kann, dröhnt er das ganze Dorf voll.

Ich mache mich auf den Weg nach Hause. Der Strom ist wieder an und gleich wieder aus. Als ich ankomme, läuft der Bauer fluchend über den Hof – jetzt ist der Elevator zum zweiten Mal verstopft, weil die Getreideanlage ausgegangen ist.

Und still wird's wieder. Schön still.

An so Tagen sieht man mal wieder von was für „Selbstverständlichkeiten“ wir im Alltag abhängig sind.

Und was für ein Getöse wir Menschen veranstalten.

Eine Bäuerin (38 Jahre) erzählt ...

LESE-BUCH

TIP

Der Kuh aufs Horn geschaut

Mit der Einführung des Laufstalles nahm die Zahl der behornten Kühe ständig ab, aus verschiedenen durchaus verständlichen Gründen. Dass aber die Verknüpfung von Laufstallhaltung und Enthornung nicht zwangsläufig sein muss, und dass man das Argument, nur im Anbindestall bräuchten die Kühe nicht enthornt werden – welches vielen Befürwortern dieser Haltungsform natürlich gelegen kommt – nicht uneingeschränkt gelten lassen kann, ist nur ein Aspekt rund ums Kuhhorn, den die Broschüre „Die Kuh und ihre Hörner“ vom Arbeitskreis Hörner tragende Kühe des Bio-Ring Allgäu vermittelt. 12 AutorInnen betrachten mal philosophisch – anthroposophisch, mal Geschichten erzählend, mal wissenschaftlich analysierend mehr als nur den Punkt Horn und Haltung.

Hörner gehören zur Kuh – früher waren schöne Hörner ein Zuchtziel beim Allgäuer Braunvieh, das war noch bevor sich die menschliche Unsitte durchsetzte, Tieren aus wirtschaftlichen Gründen Körperteile abzuschneiden. Sicherlich gibt es gerade für das Enthornen aber durchaus gute Gründe, die in zahlreichen Veröffentlichungen immer wieder genannt werden. Ein Plädoyer allerdings dafür, den Kühen die Hörner zu lassen, ist da schon wesentlich seltener, allein dieser Umstand schon rechtfertigt die unterhaltsam zu lesende, schön bebilderte Broschüre aus dem Allgäu.

Die Kuh und ihre Hörner – Erfahrungen und Untersuchungen, Arbeitskreis Hörner tragende Kühe / Bio-Ring Allgäu, Kapellenplatz 4, 87439 Kempten, ☎ 0831/22790, Fax 0831/18024, 28 Seiten, 5 DM plus 1,50 DM Porto. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Wunderbohne mit wunden Punkten

Die Sojabohne hat hierzulande ein zwiespältiges Image, einerseits billiges Kraftfuttermittel, oftmals nötig um im Preisgefüge der konventionellen Landwirtschaft bestehen zu können, gleichzeitig Bestandteil von über 20.000 Nahrungsmitteln, andererseits trägt kaum eine andere Kulturpflanze so stark zur Ausbeutung der Länder des Südens durch den Norden bei wie die dort massenhaft angebaute kleine gelbe Bohne, die sich außerdem mittlerweile zu einem Tummelfeld der Gentechnikerinnen entwickelt hat. Soja hat einiges zu bieten, kann man doch anhand einer Pflanze Themen wie Globalisierung, Welthandel, Nord-Süd-Konflikte, Preisdruck in der Landwirtschaft, Lebensmittelindustrie, Gentechnik usw... aufbereiten. Vorschläge dazu, wie sich das z. B. auf Veranstaltungen umsetzen lässt, und jede Menge Hintergrundinformationen zum Soja bietet die Arbeitsmappe „Wunderbohne mit wunden Punkten.“

Wunderbohne mit wunden Punkten, A. Gnekow-Metz, Lusophonie-Verlag, 138 Seiten, DIN A4, 36 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Naturverträgliches Mähen

Wie naturverträglich sind verschiedene Mähtechnik-Geräte? In einer Broschüre des NABU berichten Rainer Oppermann und Albert Claßen über Versuche mit Doppelmesser- und Kreiselmäherwerken: bei Letzteren waren die Verluste bei Amphibien und Insekten um ein mehrfaches höher, diese Verluste summieren sich bei mehreren Mahdvorgängen. Anhand des Prospektmaterials von 13 Herstellern wurde zudem ein Leistungs- und Kostenvergleich erstellt. Der NABU empfiehlt, generell mindestens 7 cm hoch zu mähen, möglichst auf Doppelmesser- und Fingermäherwerke umzustellen, hierfür Förderprogramme zu schaffen sowie in der Landschaftspflege und in großflächigen Niederungs-Grünlandgebieten den Einsatz der Doppelmessermäherwerke verbindlich vorzuschreiben. *en*

Naturverträgliche Mähtechnik, 48 Seiten, 8 DM plus Versand, NABU-Landesgeschäftsstelle, Tübinger Str. 15, 70178 Stuttgart, ☎ 0711/96672-0 (Fax-33)

Analyse ostdeutscher Öko-Großbetriebe

Der Autor hat 32 ökologisch bewirtschaftete Großbetriebe in Ostdeutschland hinsichtlich ihrer Organisationsform und ihrer Rentabilitätsaussichten untersucht. Für die durchschnittlich 660 Hektar großen Biobetriebe, vorrangig auf ungünstigen Standorten angesiedelt, zeichnet die Untersuchung eher negative Zukunftsaussichten: ohne Subventionen sei ihre Bewirtschaftung nicht möglich. Vor allem bei Milch und Rindfleisch müssten höhere Preise durch Öko-Vermarktung erreicht werden, zumal die Direktvermarktung bisher eine eher marginale Rolle spiele. Die aktuelle

Aussagekraft der Untersuchung wird allerdings erheblich gemindert durch den Umstand, dass sie auf Erhebungen der Jahre 1993/94 beruht, die Situation einer typischen Umstrukturierungs- und Umstellungsphase zeichnet und die zahlreichen Großbetriebe des Biopark-Verbandes (erst 1996 der AGÖL beigetreten) nicht berücksichtigt. *en*

Organisationsformen ostdeutscher landwirtschaftlicher Großbetriebe nach der Umstellung auf ökologischen Landbau, M. Stolze, 236 Seiten, Buchedition AgriMedia, Bergen/D. 1999, 54 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Klosterkammer: Gebäude, Grundbesitz und Güter

Der scheidende Präsident der Klosterkammer stellt in diesem Buch die Geschichte und die Aufgaben seiner seit 1542 tätigen Behörde vor, die im Ost-Teil Niedersachsens zahlreiche öffentlich-rechtliche Stiftungen (vor allem den Klosterfonds) sowie kirchliche Besitztümer verwaltet und unterhält. Immerhin 11.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (nicht zu verwechseln mit den Landwirtschaftsflächen der Landeskirche und ihrer Gemeinden) gehören der Klosterkammer. Die 20 Klostergüter mit 6.000 ha sind bis auf zwei verpachtet, unter anderem an die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft, die Universität Göttingen und an die Kleinwanzlebener Saatzucht AG. Detailliert werden in diesem Buch die einzelnen Objekte und die kulturellen und wirtschaftlichen Aktivitäten der Klosterkammer geschildert. *en*

Klosterfonds und Klosterkammer Hannover, Axel Freiherr von Campenhausen, Schüttersche GmbH, Hannover, 1999, 124 Seiten mit zahlreichen Abbildungen, Auflösungen und Karten, 58 DM. Zu beziehen im AbL-Verlag.

Natur- und Kulturgeschichte der Wälder

Der ewige Wandel eines Ökosystems

Hansjörg Küster hat ein spannendes, aber auch provozierendes Buch zur „Geschichte des Waldes“ geschrieben.

Spannend ist, wie Küster die Entstehung und Veränderung von Wäldern beschreibt und erklärt. Zunächst waren die Evolution und die Klimaveränderungen die treibenden Kräfte. Aber spätestens nach der letzten Eiszeit wurde der Wald ein Kulturprodukt. So zeigt Küster, wie sich die Entwicklung der Landwirtschaft bis ins letzte Jahrhundert hinein auf die Wälder ausgewirkt hat. Hinzu kam die Holznutzung, die einen heute unvorstellbaren Umfang hatte und von Küster im Detail beschrieben wird. Allein für das Fundament des Amsterdamer Schlosses, das auf 14.000 Holzpfehlen steht, mussten 30 bis 40 Hektar Wald gerodet werden. Infolge des gewaltigen Holzverbrauches gab es im 18. Jahrhundert in Europa kaum noch geschlossene Wälder. Erst seit der Nutzung der Steinkohle konnten sie als Nadelwälder wieder aufgeforstet werden, deren Abfallprodukt unsere Weihnachtsbäume sind.

Zusammenfassend spricht Küster vom „ewigen Wandel des Ökosystems Wald“, dessen „Entwicklungen in zunehmender Intensität von der menschlichen Nutzung mitbestimmt“ werden. Weil Ökosysteme wie Wälder keinen von Natur aus stabilen Zustand kennen, stellt Küster auch das bis heute in der Landschaftsplanung gültige Dogma vom Klimaxwald bzw. von der potentiellen natürlichen Vegetation in Frage – hoffentlich kann sich diese Erkenntnis möglichst bald verbreiten.

Interessant ist auch, wie Küster den Mythen vom Wald nachgeht. Ihr Ausgangspunkt ist der Römer Tacitus, der über furchterregende germanische Wälder schrieb, nachdem die römischen Truppen

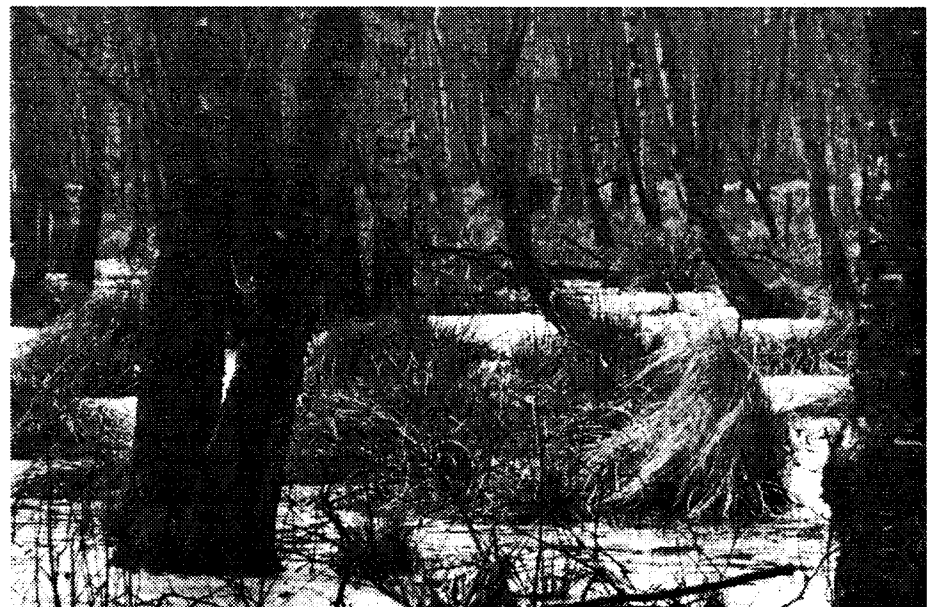
hier mehrere Niederlagen erlitten hatten. Später entwickelte sich der Wald in Dichtung, Märchen, Malerei und Musik zum Symbol für Natur, Wildnis, Freiheit und Selbstbestimmung. Küster erwähnt z.B., dass im revolutionären Frankreich Zigttausende von Eichen als Freiheitsbäume gepflanzt wurden, er analysiert aber auch, wie der Mythos vom Wald von den Nationalsozialisten ideologisch ausgenutzt wurde, bis die Wälder, ihre Bedrohung und Rettung als wichtige Motive der Umweltbewegung wieder auftauchten.

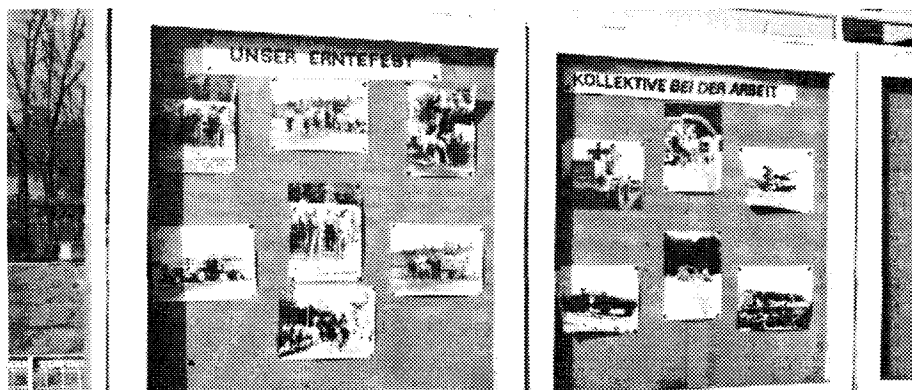
Ärgerlich ist jedoch, dass Küster die immer noch aktuellen Waldschäden nur als zeitweilige Krise in das ewige Auf und Ab der Waldveränderungen einordnet, als ob die Luftverpestung kein Problem mehr wäre. Darüber hinaus lehnt er jeden „Kompromiss zwischen Ökologie und Ökonomie“ ab, den seiner Meinung nach „nur ein totalitäres Regime herbeiführen könnte“. Stattdessen fordert er, die Wälder in zwei Zonen aufzuteilen, um in der einen „die gewachsene Struktur zu schützen“, während in der anderen „nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten verfahren werden sollte“. Damit fällt Küster hinter alle Überlegungen zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung zurück.

Wer über Küsters dürftige Bemerkungen zur Gegenwart und zur Zukunft der Wälder hinweglesen kann, kann durch sein ausgezeichnet illustriertes Buch neue Einsichten in das Verhältnis zwischen Wald und Landwirtschaft sowie zwischen Stadt und Wald gewinnen und daraus eigene Schlussfolgerungen ziehen.

Ulrich Hapke

Geschichte des Waldes. Von der Urzeit bis zur Gegenwart. H. Küster, München (Verlag C. H. Beck), 1998, 267 S., farb. Abb., 58,00 DM.





Alles möglich – nichts sicher

Zehn Jahre nach der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze erinnern sich über 40 Autoren und eine Autorin aus West und Ost für ein Buch der Agrarsozialen Gesellschaft an die damaligen Anfänge von Agrarverwaltungen und -institutionen in den neuen Bundesländern. Dabei sind das wirklich Spannende an den Zeitzeugenberichten weniger die oftmals detailverliebt geschilderten verwaltungstechnischen Winkelzüge, sondern die Geschichten drumherum: die Gefühle eines Schleswig-holsteinischen Beamten auf der ersten Fahrt auf ostdeutschen Straßen, die Eindrücke des Mecklenburg-vorpommerschen LPG-Vorsitzenden in einem westdeutschen Kuhstall, Anekdoten aus einer Zeit des „Alles war möglich – nichts war sicher“. Aufbruchstimmung gepaart mit der Frage, was denn aus all den vorhandenen Strukturen im ländlichen Raum der DDR werden soll, lebt noch einmal auf und läßt sich aus der zeitlichen Distanz und viele „abgewickelte“ landwirtschaftliche ArbeitnehmerInnen später, kritisch betrachten. Ein Gewerkschaftler erinnert an die Demonstrationen der damaligen Land- und Forstarbei-

terInnen, die mit einer spektakulären Autobahnblockade in Marienborn auf Preisverfall und Arbeitsplatzabbau aufmerksam machten. Er resümiert: „Wie berechtigt die Sorgen der damals Beteiligten waren, hat dann der ab 1991 einsetzende Strukturbruch im grünen Bereich in den neuen Bundesländern aufgezeigt. Und wenn auch heute manchem einige der damaligen Forderungen überzogen erscheinen, so gilt zum Beispiel das Spruchband mit dem Text: 'Wir fordern Chancengleichheit für alle Eigentumsformen' auch acht Jahre danach noch; es ist sogar brandaktuell.« Aktuell ist nach wie vor sicher auch das immer wieder von den Berichtenden formulierte Ansinnen, die emotionale Ost-West-Grenze zu überwinden und offen aufeinander zuzugehen. Dazu prägte ein hessischer Ministerialdirigent den Begriff des Wossi: »Ein Wossi sei der neue Bundesbürger, der kapitalistisches Management mit sozialistischer Solidarität zu vereinen versucht.«

Zeitzeugen berichten – Wir waren dabei!, Agrarsoziale Gesellschaft e. V. (Hrsg.), Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen Nr. 132, 382 Seiten, 29 DM.

Bestellcoupon zum Erinnern

Ich bestelle:
 Expl. Der kritische Agrarbericht '99 für 36 DM _____ DM
 Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht '93 bis '99 zum Sonderpreis im Paket: _____ DM
 (2 Ausgaben 60 DM; 3 Ausgaben 80 DM; 4 Ausgaben 100 DM; 5 Ausgaben 110 DM; 6 Ausgaben 120 DM, 7 Ausgaben 130)

außerdem:

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: AbL Bauernblatt Verlag-GmbH, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

AbL

DRUCKSACHEN

Die Soja-Story

Die Gentechnik hat Soja wieder zu einem Thema gemacht, nachdem die eiweißreiche Bohne als Kraftfutter in europäischen Futtertrögen trotz Protest entwicklungs-politisch engagierter Gruppen gerade salonfähig geworden war. Den Aufstieg des Sojas zur Weltwirtschaftspflanze, ihre Eroberung Brasiliens als Anbaugebiet und schließlich die aus der Gentechnikdiskussion neu erwachsenden Alternativen bis hin zum Sojaanbau in Deutschland beschreibt das BUKO Agrar Dossier Soja. Mitautorin Mute Schimpf bringt die derzeitige Situation auf den Punkt: „Die Sojabohne hat einen hervorragenden Ruf unter den Eiweiß- und Ölpflanzen und eine starke internationale Lobby, die ihn fördert. Einseitige Abhängigkeiten vom US-amerikanischen Sojamonopol, um Soja als unverzichtbaren Bestandteil in der Fütterung zu erhalten, schaden Bauern und Verbrauchern. Soja muss nicht jede Futtermittel bereichern und in fast allen Lebensmitteln als Zusatzstoff enthalten sein.“

Für die menschliche Ernährung ist Soja eine Bereicherung. Allein schon, um kurze Transportweg zu sichern, ist der Anbau in Europa und Deutschland zu fördern. In den getreidelastigen Fruchtfolgen ist Soja eine Auflockerung und fördert die Bodengesundheit. Zugleich kann es eine Bereicherung der monotonen Agrarlandschaften werden. Ob der Stellenwert in Futtermitteln jedoch vollständig durch einheimisches Soja erhalten werden soll, bleibt zu bezweifeln.“ Als Einstieg in das komplexe Thema Soja und Weltmarkt, Soja und Gentechnik, Soja in Deutschland sind die gut lesbaren Aufsätze des Dossiers wärmstens zu empfehlen.

Soja. BUKO Agrarkoordination/Forum für Internationale Agrarpolitik (Hrsg.), Schmetterling Verlag, 106 Seiten, 14,80 DM.

BUKO-Agrardossier Saatgut

Aufsätze rund um das vielfältige Thema Saatgut, von den geschichtlichen Veränderungen der Pflanzenzüchtung, der Revolution durch die Gentechnik, dem internationalen Saatgutmarkt bis zu den Strategien für eine alternative Pflanzenzüchtung und den Erhalt der biologischen Vielfalt machen das BUKO Agrardossier Saatgut zu einer interessanten, abwechslungsreichen Lektüre.

BUKO Agrardossier Saatgut, BUKO Agrarkoordination, Forum für internationale Agrarpolitik (Hrsg.), Schmetterling Verlag, 14,80 DM.



BUKO-Agrardossier Fast Food

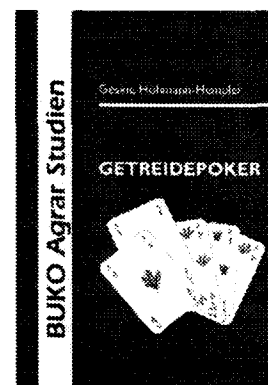
Eine kritische Bestandsaufnahme in Sachen Fast Food am Beispiel McDonalds als immer noch größten der Szene unternimmt das BUKO Agrardossier Fast Food. Gut aufgemacht durch in die Artikel eingesprenkelte „Exkurse“ arbeitet das Buch die Geschichte und Geschichten rund um den Burgerkonzern sowie Auswirkungen und Alternativen zum Fast Food auf.

BUKO Agrardossier Fast Food, BUKO Agrarkoordination, Forum für internationale Agrarpolitik (Hrsg.), Schmetterling Verlag, 14,80 DM.

Getreidepoker

Die Agrarpolitik EU und der Weltgetreidemarkt – ein Zusammenspiel geprägt von Protektionismus und Exporterstattungen. Die BUKO Agrar Studie „Getreidepoker“ von Gesine Höhmann-Hempler beleuchtet dieses Zusammenspiel von den Anfängen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik im Jahre 1957 über die Ära der Getreideexporte zu Dumpingpreisen bis hin zur Einführung der Getreideexportsteuer im Jahr 1996. Dabei geht der Blick über Europa hinaus, um Auswirkungen dieser Politik auf die Länder des Südens aufzuzeigen. Außerdem werden zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten diskutiert.

Getreidepoker. G. Höhmann-Hempler, BUKO Agrar Studien, 96 Seiten, 10 DM.



Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen DM 15,-; Gewerbliche Kleinanzeigen DM 25,-; Chiffregebühr DM 5,-. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 10. des Vormonats. Anzeigen bis DM 25,- nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von DM 5,- für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen bitte schriftlich an: „Unabhängige Bauernstimme“, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück.

(Klein) ANZEIGEN

Hof und Arbeit

● Wir (28, 30, 3) möchten wieder auf dem Land leben und arbeiten, deshalb **suchen wir einen Hof** mit großem Wohnraum und interessanten Arbeitsbereichen in landschaftlich schöner Lage Süddeutschlands. Dafür bieten wir umfangreiche und langjährige Erfahrungen im biol. org. Landbau, Flexibilität und Kapital. Selbständige Organisation von Teilbereichen, Pacht oder Kauf sind denkbar. Wer Wohnraum und Arbeit, Neugierde oder leerstehenden Nebenbetrieb plus Lust auf Kooperation hat, der melde sich bitte. Cathi & Klaus. **Chiffre 9/99-1**.

● **Zur Versteigerung** am 03.09.1999 in 39615 Schönberg, Gastst. Wille, kommen aus den Gemarkungen: Wendemark, Lichterfelde, Neukirchen und Schönberg bis ca. 135 ha A, 61 ha Gr und 34 ha Holz – Sons. LN mit ca 55 BP. 9 Ver-

äußerer. Auch einzelne Objekte z.B. 58.850 DM – 8 ha. Gesamt 1.836.000,00 DM, Inkl. Profi. Flächen Aufst. unter ☎ **u. Fax: 033972-41303** Brandenb. Agrar & Immobilienverm.

● **Hofübernahme**, teilweise auf Rentenbasis, schön gel. Einzelhof im Berggebiet (1.000 m) des mittl. Schwarzwaldes – Raum Triberg. 9 ha Weidewirtschaft plus Zupachtmöglichkeit – ohne Molkereiabnahme – für Käserei und Selbstvermarktung geeignet. Ferner Ferienwohnungen und eigene Stromversorgung. **Chiffre 9/99-2**

Tiermarkt

● Verkäufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse: Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ **07551/63609**

● Bernersennen-Hovawart Welpen, Rüde, schwarz, zu verkaufen. ☎ **02532-7681**

Öko-Landbau in Sachsen-Anhalt

– für zuverlässige und engagierte Menschen und Familien, die eigene Verantwortung übernehmen wollen und keinen „Job“ suchen –

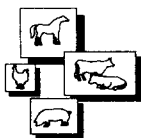
1. Pacht / eigenverantwortlicher Aufbau einer **Öko-Schlachtereie** in der Altmark
2. Pacht eines ökologischen **Abokistenbetriebes** / Bestellsystems in der Altmark/Ost-Niedersachsen
3. Altmark – 104 ha, Ackerbau, Milchvieh, Schwein, Gemüse
4. Altmark – 50 ha, Ackerbau, Schwein, Gemüse

Kontakt: Arc-Beratungs-GbR, Herr Werner, 39343 Schwanefeld, Dorfstr. 26, e-mail: werner@arc-beratung.de

TIERGERECHTER STALLBAU

Beratung, Planung und Betreuung durch
Unabhängiges Beratungsbüro

Dipl. Ing. agr. Bodo Bertsch
Telefon 0551 – 22731



Veranstaltungskalender

Lehren für die AbL aus der Agenda 2000

13. Okt. 1999, 19.30 Uhr, Goldenstedt (Ldkr. Vechta), Gasthaus Zur Schmiede

Die Agenda 2000 ist beschlossen. Dazu muß sich die AbL verhalten. Der Referent des Abends, Onno Poppinga, wirft die Frage auf: Haben wir auf Parteien gesetzt und uns gerirt? Onno Poppinga, Professor an der Univ./Gesamthochschule Kassel, Mitbegründer der AbL, hat sich nicht nur in AbL-Kreisen durch seine sowohl sachlichen als auch kritischen Beiträge zu einer Vielzahl von Themen einen Namen gemacht. Er stammt aus der Landwirtschaft (Ostfriesland) und bewirtschaftet heute einen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb in Nordhessen.

Infos: Willi Dohemann, Haendorfer Weg 4, 27330 Brüne-Asendorf, ☎ 04253-458; Heike Nordhoff-Felis, A.-Schweitzer-Weg 51, 49424 Goldenstedt, ☎ 04444-1279

Nachhaltigkeit messen?

9. – 10. Sept. 1999, Hannover

Die Entwicklung von Nachhaltigkeits-Indikatoren: Nachhaltigkeit messen und bewerten – die Quadratur des Kreises? Alfred Toepfer Akademie, Hof Möhr, 29640 Schneverdingen, ☎ 05199-989-0

CannaBuisness 99

17. – 19. Sept. 1999, Hennef/Sieg

4. Weltfachausstellung Hanfwirtschaft. Info: nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, ☎ 02233-9436-83

Vergänglichkeit und Utopie

4. Sept. – 3. Okt. 1999, Bad Bevensen

Ausstellung „Kunst in der Landschaft“ auf dem Gelände des Bioland-Hofes. Schweizerhof, 29549 Bad Bevensen, ☎ 05821-477282

Veranstaltungskalender

bis 19.9.99, Dörverden-Westen

Das Hanf-Labyrinth bietet die Gelegenheit, sich von der Faszination der Hanfpflanze einen Eindruck zu verschaffen. Wer den richtigen Weg findet wird im „Café im Hanfeld“ mit Entspannung belohnt.

Lohmanns Hof, 27313 Dörverden-Westen, T04239-613

Antibiotika-Einsatz in der Tiermast?

17. – 19. Sept. 1999, 19309 Lenzen (Elbe)

Das Seminar „Antibiotika-Einsatz in der Tiermast und Humanmedizin; Nutzen – Schaden – lebensbedrohlich?“ findet statt auf dem Biopark-Betrieb Landschaftspflege GmbH in Lenzen.

Elter für unbelastete Nahrung, Königsweg 7, ☎ 24103 Kiel, ☎ 0431-672041

Permakultur

25. Sept. 1999, Verden

Besuchstag auf dem 7 ha großen Permakulturgelände in Verden bei Bremen. Die Idee: Selbstversorgung aus dem Waldgarten mit Baumkuppeln, auch Brenn- und Bauholzproduktion, „Sonnenfalle“ als warmer Garten, Raum zum Spielen u. Feiern und viel Platz für die Natur.

Allmende e.V., c/o Verdener Umweltwerkstatt, Artilleriestr. 6, 27283 Verden/Aller, ☎ 04231-957571

Landschaftspflege 2000

23. – 25. Sept. 1999, Emmendingen (Baden)

Agenda 2000 – was nun?

Dt. Verbandes für Landschaftspflege, Ansbach, ☎ 0981-9504-247

Nutztierhaltungs-Tagung

29. Sept. – 1. Okt. 1999, Univ. Wien

14. Tagung der Internationalen Gesellschaft für Nutztierhaltung zusammen mit dem Freiland-Verband Wien, dem Inst. für Tierhaltung u. Tierschutz der Veterinärmed. Univ. Wien, dem Inst. für Nutztierwissenschaften u. dem Inst. für Land-, Umwelt- u. Energietechnik der Univ. f. Bodenkultur Wien.

Veterinärmed. Univ. Wies, ☎ 0043-1-25077-4901, Fax: -4990

Apfeltag SH/HH

2./3. Okt. 1999, Ammersbek

Hier dreht sich alles um Apfel und Erdäpfel. Herzstück der Tage ist eine große Ausstellung von alten Apfelsorten aus dem norddeutschen Raum.

Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek/Hoisdüttel, ☎ 040-6050020

Region 2000

8. – 10. Okt. 1999, Fulda

Das Seminar „Region 2000 – Neue Ansätze in der Regionalentwicklung“ versucht eine Standortbestimmung der Regionalisierungstrends zwischen Globalisierungsdruck und endogener Regionalentwicklung. Dazu werden neue Modelle bürgerschaftlicher Beteiligung, mobilisierender Aktionsprogramme, wie Agenda 21, und integrierter innovativer Regionalplanung vorgestellt und diskutiert.

Akademie der Katholischen Landjugend, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef, ☎ 02224-9465-40

Tag der Region

10. Oktober 1999 in Bayern und NRW

Große und kleine Aktionen rund um Region und regionale Vermarktung in Nordrhein-Westfalen und Bayern.

Infos: In NRW: Bürgerinitiative Lebenswertes Bördeland und Diemetal, Brigitte Hilcher, Marktstr. 7a, 34434 Borgentreich, ☎ 05643-948537; In Bayern: Artenreiches Land – Lebenswerte Stadt e.V., Spitalstr. 5, 91555 Feuchtwangen, ☎ 09852-1381

Zukunft gestalten

14. – 15. Okt. 1999, Hamburg

NABU-Zukunftskongreß mit Schwerpunkten: Umgang mit Risikotechnologien; Umwelt- und Naturschutzpolitik; Naturschutz-Bilanz in verschiedenen Themenbereichen (ohne Landwirtschaft).

NABU, Bonn, ☎ 0228-97561-41

Aktionstage Ökolandbau Bremen

5. – 25. Sept. 1999

Mit dem Stadt-Land-Fest auf dem Landschaftspflegehof Bavendamm am 5.9.99. Bremer EVG & Verein Sozial Ökologie, ☎ 0421-3499077

Aktionstage Ökolandbau Niedersachsen

10. – 12. September

Unter der Schirmherrschaft von Minister Uwe Bartels gibt es in Niedersachsen eine Vielzahl an Aktionen Ökolandbau.

Programm: Marketingges. für nieders. Agrarprodukte, Hohenzollerstraße 23, 30161 Hannover, ☎ 0511-34879-0

Ökologisch Imkern

4. – 6. Okt. 1999, Lauda

Für die ca. 250 Imkereien der AGÖL-Verbände enthält die neue EU-Ökotierhaltungsverordnung neue Vorschriften, die in dem Seminar u.a. erläutert werden.

Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190

Öko-Kaufhaus

6. Okt. 1999, 9.15 – 17.15 Uhr, Hist. Stadthalle Wuppertal

Seit 3 Jahren erarbeitet das Öko-Kaufhaus-Projektteam gemeinsam mit 43 Unternehmen im Rahmen des NRW-Landesprogramms QUATRO ein Modellkonzept für Ökologische Waren- und Dienstleistungszentren. An 3 Standorten wurden Betreiber bzw. Initiatoren von Öko-Kaufhäusern und neuen Vertriebswegen im ökologischen Handel beraten und begleitet. Nun wird Bilanz gezogen. Info: cfa – Clearing-house, Ute Zander, Völklinger Str. 3a, 42285 Wuppertal, ☎ 0202-28063-10

Vom Paradies- zum Industrie-Apfel

18. Okt. 1999, 20.00 Uhr, Villa Ichon, Goethepl.

Stefanie Böge (Wuppertal Institut) und Johannes Hübotter (NABU) zeichnen die Geschichte um den Apfel vom Garten Eden bis zur EU-Norm xy. Bremer EVG & Verein Sozial Ökologie, ☎ 0421-3499077

Functional Bio-Food?

26. Okt. 1999, Okohaus Frankfurt/IM.

Funktionelle Lebensmittel gelten als gesund. Bio-Kunden gehören laut Umfragen zu den Verbrauchern, die sich beson-

ders gesundheitsbewußt ernähren wollen. Doch die Bio-Branche findet keine einheitliche Position zum Functional Food: Probiotische Joghurts, Omega-3-Brötchen, mit sekundären Pflanzenstoffen angereicherte Nahrungsmittel etc. Passt das zur gesunden Ernährung oder ist das Baustein-Nahrung, die mit ganzheitlicher Ernährung wenig gemein hat? Antworten sucht diese Tagung von Bioland und Schrot & Korn Spezial.

Bioland, Claudia Molnar, Kaiserstr. 18, 55116 Mainz, ☎ 06131-2397912

7. Frankfurter Marktgespräch

27. Okt. 1999, Frankfurt/IM.

„Preis und Qualität: Wir wollen niemals auseinandergehen“, so ist das Marktgespräch überschrieben. Beate Huber stellt das Öko-Prüfzeichen (ÖPZ) vor; Klaus Honsel, Fa. Erntesegen, sagt, warum er das ÖPZ verwenden will; Unternehmensberater Klaus Braun fragt: „Naturkost am Scheideweg – Preis und / oder Qualität?“ – er meint, der Bio-Fachhandel müsse sich auch über den Preis profilieren. Und das Unternehmen Naturata, stellt sich vor.

Info: verlag gesund essen, Am Eichwald 24, 64850 Schaaheim, ☎ 06073-7482-61

Ökologische Saatgutvermehrung

23. – 25. Nov. 1999, Lauda

Durch einseitige, wirtschaftlich und agrartechnisch orientierte Züchtung und Sortenwahl sind unzählige Landsorten verloren gegangen, die Anzahl der für den ökol. Gartenbau geeigneten Sorten wurde drastisch eingeeengt. Um dieser Entwicklung entgegenzutreten, haben sich neue Initiativen zur Saatgut-Züchtung / Vermehrung gebildet. Der Kurs ermittelt Grundlagen und praktische Erfahrungen.

Ländl. Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190

Zur Zukunft des Ökolandbaus

6. – 10. Dez. 1999, Witzzenhausen, Uni/GhK

Am Übergang zum 21. Jht. steht der Ökologische Landbau in Deutschland an einem Scheideweg: Soll man sich dem Diktat des Wachsen oder Weichens unterordnen und so vielleicht den Marktanteil in zweistellige Prozentregionen verschieben? Oder soll man sich eine gewisse Ehrlichkeit gegenüber den Grundsätzen bewahren und vielleicht weiter ein Nischen-dasein fristen? Diesen Fragen soll auf einer Konferenz am Fachbereich Landwirtschaft der Gesamthochschule Kassel in Witzzenhausen nachgegangen werden. 4 Aspekte werden eingehender beleuchtet: „Intensivierung der Produktion“, „Entwicklung der Vermarktung“, „Arbeit in der Landwirtschaft“ sowie die „Stellung der Landwirtschaft in der Gesellschaft“. Info: Konferenzbüro, Sandrine Kiesbüy, Schulstr. 2, 37213 Witzzenhausen, ☎ 05542-4641, Fax: -98157, www.uni-kassel.de/zukunftf

Agrarhandel und Globalisierung

21. – 24. Okt. 1999, Haus am Schüberg, Hoisdüttel bei Hamburg

Wer die Verlierer der Globalisierung im Agrarhandel sind und warum ...

BUKO Agrarkoordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, ☎ 040-393156

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL); Umweltzentrum Westfalen; Zentralstelle für Agrardokumentation und -information (ZADI) – Informationszentrum für Genetische Ressourcen (IGR) laden ein zur Fachtagung:

Erhaltung und Nutzung regionaler landwirtschaftlicher Vielfalt – von der Verpflichtung zur Umsetzung

8. – 9. Okt. 1999, Ökologiestation Bergkamen-Heil

10. Okt. 1999: Vielfalt kulturell-kulinarisch genießen mit „Slow Food“

Freitag, 08. Oktober 1999 (ab 11:00 Uhr Registrierung der TeilnehmerInnen)

- 12:30 Grußwort Bundeslandwirtschaftsminister K.-H. Funke
- 13:00 Begrüßung. F. Begemann (ZADI, IGR), F.W. Graefe zu Baringdorf (AbL)
- 13:30 Rahmenbedingungen für die Erhaltung landwirtschaftlicher Arten-, Sorten- und Rassenvielfalt in Deutschland. NN, BML
- 14:00 Vielfalt in der europäischen Landwirtschaft. H. Lorenzen, EU-Parlament
- 14:30 Bedeutung der Landwirtschaft für die Erhaltung der Vielfalt aus der Sicht des Natur- und Umweltschutzes. J. Woiwode, BMU
- 16:00 Rahmenbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Prof. Schumacher, MURL
- 16:30 Situationsbericht aus Brandenburg. R. Vögel, LAGS Brandenburg
- 17:00 Erfahrungen in Österreich. NN, BMLF Österreich
- 17:30 Erfahrungen in der Schweiz. H.-J. Lehmann, Bundesamt f. LW Schweiz
- 18:00 Diskussion

Samstag, 09. Oktober 1999

- 8:30 Diskussionsgruppen zu verschiedenen Schwerpunkten
- 17:00 Podiumsdiskussion mit: NN (BML), Prof. Schumacher (MURL), F.W. Graefe zu Baringdorf (AbL), K. Hammer (GhK, Lehrstuhl für Agrarbiogenetische Ressourcen), C. Roeckl (GLS-Bank, Saatgutfonds), E. Groeneveld (DGfZ; FAL Mariensee), Th. Schmidt (GEH), H.-J. Lehmann (Bundesamt f. Landwirtschaft Schweiz). Moderation: Detlef Reepen (WDR, angefragt)
- 18:30 Ende der Tagung

Tagungsgebühr 50 DM inkl. Tagungsunterlagen, Pausenverpflegung, Tagungsband.

Kontakt: Frau Anette Scheibe, ZADI, Abt. IGR, Villichgasse 17, 53177 Bonn, ☎ 0228-9548-202, Fax: -220; oder: AbL, F. Stodieck, ☎ 05242-48476

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 29587 Luttmissen Nr. 2, ☎ + Fax 05822/2368
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Ostheide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ + Fax 0551/7703743

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax 05242/47838
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorf, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecker, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02421/680012

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995; Ute Rönnebeck, Schützenstr. 24, 35398 Gießen, ☎ 0641/86045
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Aufm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Bitburger Str. 2, 54636 Niederweiler Alfred Hauer, ☎ 06569/7284
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Gutenzell, ☎ 07352/8928
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840

Bayern

Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Bayerisches Oberland: Hans Pischeltzrieder ☎ 08178/5478; Franz-Josef Grenzbech, ☎ 08809/603
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Bogen (Bayerischer Wald): Hermann Ettl, ☎ 09963/1590; Martin Wiethaler, ☎ 09967/9697
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Geschäftsführer: Georg Janßen, Schillerstr. 11, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758

Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718

AgrarBündnis e.V.: Friedrich von Homeyer, Zur nassen Ecke 2, 49565 Bramsche-Epe

Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960

Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue Stevin 115, B-1040 Brüssel, ☎ 00322/2300776, Fax 00322/2300348, E-mail: cpe@agoranet.be

Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Marienfelderstr. 14, 33378 Rheda Wiedenbrück, ☎ 05242/48476, Fax: 05242/47838

Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daik Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte Mitglied in der AbL werden
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von DM 200,- DM 250,- oder DM _____ zu zahlen.
- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von DM 150,-
- Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von DM 50,- (Nachweis fügen Sie bei)
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von DM 200,-
- Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von DM 100,-

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____
 Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (Dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme:
- ja nein
- Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen)

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet. Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48476, Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Claudia Schievelbein: Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185, Fax: 05242/47838 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** DM 60,- jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • Bestellungen, Adreßänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Marienfelder Straße 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Tel. 05242/48185 Fax: 05242/47838 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 Satz: StadtBlatt Verlags GmbH, Bielefeld • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

Was macht denn eigentlich...?

Ein Sommerabend in Norditalien, die untergehende Sonne und wahrscheinlich eine Batterie von wattstarken Strahlern tauchen die Piazza in güldenes Licht. Caramelpuddingfarbene Hauswände zu melonenzartem Terrakotta auf Dächern und Terrassen. Ein apfelwangiger älterer Herr mit pfirsichförmigen Haupt schiebt sich hemdsärmelig ins Bild. Nein, das ist doch..., na den hab ich aber lange nicht gesehen! Schon wird unten eingeblendet: „Ignaz Kiechle, Bauer und ehemaliger Landwirtschaftsminister“. Freundlich lächelnd beginnt er zu philosophieren über die wundervollen norditalienischen Pfirsiche – er hat gleich einen zur Hand, der in dem Licht natürlich sämtliche zuschauenden Speicheldrüsen aktiviert – Pfirsiche, die praktisch so gut wie kontrolliert angebaut und handverlesen werden, bevor sie in den so gut wie praktisch handgerührten Danone-Joghurt wandern. Bling, Szenenwechsel, noch schnell das Danone-Label einmal groß ins Bild, das war's. Das Mainzelmännchen danach guckt auch ganz begeistert. Gut sieht er aus, der Ignaz, besser als zu Amtszeiten, na da hat er auch mehr Probleme am Hals gehabt. Für die Süddeutschen musste er immer den volkstümlichen, nationalen Vorzeigekleinbauern geben, was ihm dann nach der Wende der Osten in stiller Verbrüderung mit dem Norden immer wieder aufs Butterbrot geschmiert hat. Dabei hätt' er doch damals schon viel lieber den weltoffenen, dynamischen Europäer gegeben, der er in seinem herzinnersten immer war. Genau der, den es braucht, um bei der norditalienischen Pfirsichernte zuzupacken, ohne dabei die diffizile Lage der französischen Milchbauern aus den Augen zu verlieren, aus denen Danone Joghurt macht, wenn er – Ignaz – nicht auf-



passt. Na, wenigstens als Agrarminister-Rentner kann man schließlich ausleben, was man jahrelang hinter einer lobbykonformen Fassade verstecken musste. Es wird gemunkelt, auch Jochen Borchert würde nur darauf warten, dass über seine Amtszeit als stocksteifer, westfälischer Rechner und spezialisierender Rationalisierer etwas Gras gewachsen ist. Er könnte da wohl mit einsteigen bei so einem Kleinen mit viel Direktvermarktung und mit – und man munkelt weiter, da würd' er sich am meisten drauf freuen – so Blumen zum Selberpflücken. „So macht Landwirtschaft noch Spaß“, würd' er sagen und sich eine Sonnenblume hinter das Ohr klemmen.

Bei Karl-Heinz Funke ist das alles viel schwieriger, früher war er ein Verfechter bauerlicher Strukturen, heute will er es allen recht machen und hilft damit hauptsächlich denen, die seine Hilfe am wenigsten brauchen aber am lautesten schreien. Ist also seine jetzige Fassade das Fähnlein im Wind, so zieht's ihn im Alter – als alten Norddeutschen – wahrscheinlich auf einen Fels in der Brandung. Vielleicht als Leuchtturmwärter – um wenigstens dann mal jemandem den richtigen Weg zu weisen.

Einen Fernsehspot mit einem Ex-Minister und optimaler Ausleuchtung zur besten Vorabendsendezeit wär' auch noch mal etwas, was wir zur Ankurbelung des Bauernstimmenabsatzes einsetzen könnten. Da uns dafür aber noch die nötigen Scheinwerfer fehlen (deswegen ist die Zeitung auch in letzter Zeit so düster gedruckt), bleiben wir bei der altbewährten Aufforderung an dieser Stelle, doch bitte das eine oder andere neue Abo heranzuschaffen.

UNABHÄNGIGE

9/99

nicht nur für

Ignaz, Jochen und Karl-Heinz

Zutreffendes bitte ankreuzen

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (DM 60,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf DM 50,- gesenkt werden.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 30,- bzw. DM 60,- für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 10 DM für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-)
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung (dafür erhalte ich eine Ermäßigung von DM 3,-) Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, daß die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, daß ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Datum

Beruf

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 33378 Rheda-Wiedenbrück, Marienfelder Straße 14 oder FAX 05242 -47838